DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

184 17. JAHRGANG Januar 2000 8,00 DM

20 JAHRE PLAKATE AUTONOMER BEWEGUNGEN

Die Geschichte politischer Plakate lässt sich bis in die französische Revolution zurückverfolgen, dort wurden erstmals in größerer Zahl politische Texte und später auch mit Zeichnungen versehene Plakate an die Hauswände der Stadt geklebt. Unser Schwerpunktthema beschäftigt sich mit politischen Plakaten der letzten zwanzig Jahre. Anlass ist das im Herbst erschienene Buch »hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen« der Verlage Libertäre Assozation, Schwarze Risse und Rote Straße.

SehSterne, Berlin

Jochen Knoblauch, Berlin ● Der Mensch ist gefangen in seinen Wahrnehmungen. Unsere visuellen Möglichkeiten werden zunehmend auf die Probe gestellt durch eine Fülle von Bildern, die zumindest den Großstadtmenschen überfluten. Zwischen all den Werbeplakaten, Straßen- und sonstigen Hinweisschildern muss sich das politisch ambitionierte Plakat einen Platz erkämpfen. So, wie wir uns unsere Freiräume zum Leben erkämpfen müssen, braucht die (Gegen-)Information ihre Räume, und da diese selten legal sind, müssen eben Hauseingänge, Bauzäune, Mauern, Stromkästen usw. dafür herhalten.

Politische Plakate dienen der Information für Demos, Aktionen etc., zur Agitation, oder/und als Reaktion auf Ereignisse, die die MacherInnen bewegen. Meistens handelt es sich um kurzlebige Plakate, die – wenn ihr Zweck erfüllt ist – eben überklebt oder abgerissen werden. Nichts ist so alt wie das Plakat zur letzten Demo, zur letzten Soli-Party oder Diskussionsveranstaltung. Und da mittlerweile die Räume enger werden – weniger besetzte Häuser, weniger politische Buch- und Infoläden – treibt es die Plakate immer mehr in den öffentlichen Raum. Und hier *werden wir sie eben geklebt, dem verrotten oder der Schmach* des abgerissenwerdens ausgesetzt.

Wer will und kann diese Devotionalien der Bewegung(en) sammeln? Wie können diese Mengen archiviert werden? Immerhin sind es doch Zeugnisse der politischen Willensbekundungen, eng verknüpft mit Ereignissen der Zeitgeschichte – und unserer Geschichte. Jedes Plakat macht seine visuelle Aussage und versteckt die der MacherInnen, ihrer Zeit, Ihrer Wünsche und Träume und ihrer Kämpfe. Die Idee, diese Zeugnisse zu sammeln, scheint der militanten Linken etwas spät gekommen zu sein, aber vielleicht noch nicht zu spät. Ein Unterfangen, welches ein guter Anfang ist, liegt jetzt in Buchform vor: *»hoch die kampf dem«* ist nicht bloß eine Ansammlung von Plakaten, sondern gleichzeitig ein Lesebuch mit Kurzüberblick auf die politisch-unabhängigen Bewegungen. Es macht Spaß dieses Buch zu lesen – vielleicht zur Enttäuschung jener, die sich schon gefreut haben, endlich mal 'nur' was zum Anschauen zu haben.

Natürlich stellt sich auch die Frage, ob und warum alles gesammelt und archiviert werden muss? Zumal, wenn wie mit der 68er-Bewegung auch eine Geschichtsklitterung vorgenommen, Geschichte verpersonalisiert, zum Geschäft degradiert wird. Seine eigene Geschichte zu kennen, ist jedoch kein Fehler. Neben den Erinnerungen bietet es auch Anregungen.

Die KritikerInnen derartiger Projekte werden sich schon von ganz allein melden. Jedenfalls bietet das Buch neben der CD-ROM einen Grundstock, und es werden vermutlich durch dieses Buch noch weitere Plakate hinzukommen, denn in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Archiv der sozialen Bewegungen soll das Plakat-Archiv ausgebaut werden.

Geschichte

Die politische Proklamation per öffentlichen Anschlag wurde bereits in der Französische Revolution von 1789 ff. praktiziert. Aber nicht nur die politischen Verhältnisse spielten eine Rolle bei der Verbreitung politischer Plakate, sondern vielmehr die technischen Voraussetzungen Plakate zu entwerfen und herzustellen. Dies war eigentlich – vor allem von politisch unabhängigen Gruppen ohne riesigen Kostenaufwand erst seit den 70er Jahren möglich, wenngleich selbst heute noch die Produktion von Plakaten auch nicht gerade sehr billig ist. Wurden Ende der 60ger, Anfang der 70er Jahre noch vornehmlich 'Strich'-Vorlagen benutzt (also Schrift, Zeichnungen etc., die den komplizierten fotofechnischen Aufwand bei der Herstellung der Druckvorlagen (damals noch) erschwerten), so sind heute, dank High Tech, entwurfsmäßig keine Grenzen mehr gesetzt. (...)

Forsetzung auf Seite 6

SCHWERPUNKTTHEMA:

Plakativ:

Von zahmen und wilden Vögeln
Interview mit Tommi Krippner Seite 6

Den Mauern einen Sinn geben
Interview mit Klaus Viehmann Seite 7

Das rebellische Kind
oder: Nie wieder erwachsen! Seite 8/9

AUS DEM INHALT:

TERRORISTENJAGD

GSG 9 und vermummte Polizisten veranstalteten am 19.12.99 eine wüste Durchsuchungsaktion im Berliner Zentrum Mehringhof. Ca. 100.000 Mark Sachschaden hinterließ der Sturm auf den Mehringhof, 30 Projekte und Betriebe wurden Opfer der Suche nach Waffen- und Sprengstoffdepots der »Revolutionären Zellen«, festgenommen wurden zwei Mitarbeiter der Projekte und zeitgleich in Frankfurt/Main eine weitere Person. Seite 2

WTO-KONFRENZ GESCHEITERT

Die Konferenz in Seattle ist gescheitert – allerdings nur vorläufig, denn wichtige Punkte der Konferenz werden nun hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden. Über das Scheitern gibt es wohl unterschiedliche Bewertungen, jedoch zeigten sich BeobachterInnen und Presse einig: Der massive Protest hat entscheidend dazu beigetragen. Einschätzung und Augenzeugenberichte auf Seite 4/5.

KONFERENZ IN HAMBURG

30 Milliarden will die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem neuen Sparpaket zu Lasten der Armen einsparen und knüpft damit nahtlos an die Politik ihrer Vorgängerin an. Ende November fand in Hamburg die Konferenz »Lichter der Großstadt – für soziale BürgerInnenrechte« statt, die sich mit den unübersehbaren Symptomen der Armut und der Sparpolitik im Stadtstaat Hamburg auseinandersetzte. Seite 10

GENOSSENSCHAFTEN

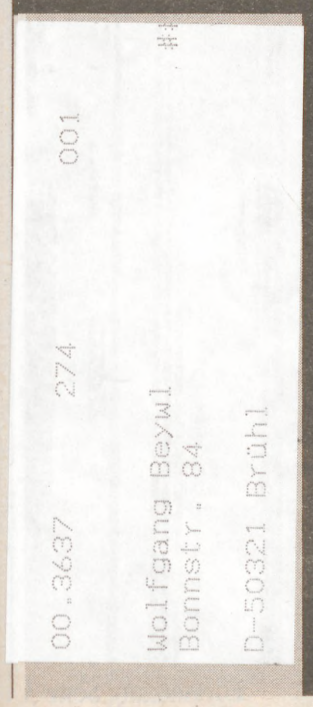
1989 entstand die Ingenieurgruppe München e.G., in der alle Mitglieder des Unternehmens unabhängig vom Ausbildungsstand selbständige und gleichberechtigte Partner sind. – In Chemnitz setzten arbeitslose Ingenieure die Genossenschaftsidee aktiv um. Sie gründeten 1998 die IngenieurDienstleistungen eG als erstes Modell dieser Art in Sachsen. – Mitte 1993 stellte die Firma Triumph Adler AG die Entwicklung und Produktion in Nürnberg ein. Schon im Dezember des gleichen Jahres ergriff eine Gruppe der Entlassenen die Initiative und gründete die TEA e.G.. – Seit 25 Jahren bietet die Leverkusener Westdeutsche Ingenieurgenossenschaft WIG e.G. Ingenieurdienstleistungen für die Großindustrie und den Mittelstand an.
Burghard Flieger stellt die erfolgreichen Ingenieurgenossenschaften vor. Seite 11/12/13

OBDACHLOSE BAUEN

Die 1996 gegründete Initiative »Bauen-Wohnen-Arbeit e.V.« plant u.a. zusammen mit 23 Obdachlosen auf dem ehemaligen belgischen Kasernengelände Klerken im Kölner Stadtteil Ossendorf eine »Vitale Stadt der Zukunft«. Seite 13

www.contraste.org

D 8008



KASSEL

Friedenspolitischer Ratschlag

Mit über 300 Teilnehmern aus mehr als 100 Orten war dieser 6. Friedensratschlag stärker als je zuvor besucht. Ausländische Gäste kamen aus neun Ländern: Belgien, Frankreich, Griechenland, Japan, Jugoslawien, Niederlande, Österreich, Schweiz und USA. Ramsey Clark musste seine Teilnahme leider kurzfristig absagen. Er ist zur Zeit als Anwalt politisch Verfolgter tätig und mußte eine Aktivistin in Peru im Gefängnis anwaltlich zu beraten. An seiner Stelle sprach John Catalinotto vom International Action Center. Nachfolgend dokumentieren wir die Abschlusserklärung aus Kassel.

Der unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland geführte NATO-Krieg gegen Jugoslawien ist ein Präzedenzfall selbstautorisierter militärischer Gewaltanwendung und der Missachtung des internationalen Rechts. Diese Form der Kriegsführung gilt der NATO als vorbildlich. Sie war ein Probelauf für kommende Kriege der NATO und der Europäischen Union, die künftig auch ohne die USA militärisch agieren und intervenieren will.

Die Militarisierung der Außenpolitik hat unausweichlich eine neue weltweite Aufrüstung zur Folge. Außerdem werden damit jene Kräfte ermutigt, die ihre zwischen- oder innerstaatlichen Konflikte mit militärischer Gewalt, mit dem Faustrecht austragen. Der Krieg in der russischen Republik Tschetschenien ist nur das jüngste Beispiel für diese unheilvolle Entwicklung.

Eine Reihe weiterer höchst problematischer politischer Entwicklungen erfordert Antworten der Friedensbewegung auf folgenden Ebenen:

Mit der Abrüstung ernst machen

Der Umbau der Bundeswehr ist in vollem Gang. Nicht Landesverteidigung sondern weltweite Intervention im Rahmen der verschärften Weltmarktkonkurrenz ist das Ziel der neuen Militärstrategie. In zwei Jahren soll eine europäische schnelle Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten einsetzbar sein.

Mit dem Bundeswehrplan '97 sind Vorhaben in Gang gesetzt worden, die insgesamt rd. 225 Milliarden DM für die Herstellung und zusätzlich rd. 320 Milliarden DM für die Nutzung modernster Kriegswaffen verschlingen werden. Auf den Beschaffungslisten stehen Großraumtransporflugzeuge, Kampfhubschrauber, Eurofighter, Panzerhaubitzen, Korvetten, Präzisions-Marschflugkörper, Fregatten, U-Boote, Satelliten-Aufklärungssysteme u. a. m.

Während der Bevölkerung ein verschärfter Sparkurs auferlegt wird, bleiben die Rüstungsprojekte, mit denen die Bundeswehr zu einer angriffsfähigen Armee umstrukturiert werden soll, von den Sparmaßnahmen unberührt. Das ist um so erstaunlicher, als gerade Rüstungsprojekte wie der Eurofighter einst von den oppositionellen Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen ebenso abgelehnt wurden wie Rüstungsexporte in Länder wie die Türkei.

Friedenssicherung ist nur durch Abrüstung und Verständigung möglich. Wir lehnen weltweite militärische Interventionen und Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden ab und treten ein

- gegen eine neue Aufrüstungsrunde der Bundeswehr, wie sie vom US-Verteidigungsminister Cohen angemahnt und von Scharping und den Kommandeuren der Bundeswehr gefordert wird,
- für eine quantitative und qualitative Abrüstung und die Verwendung freiwerdender Gelder für gesellschaftliche Aufgaben in den Bereichen Arbeit und Soziales, ökologischer Umbau sowie Bildung und Ausbildung,

Fortsetzung Seite 2

VORWEIHNACHTLICHE ÜBERRASCHUNG

Terroristenjagd im Berliner Mehringhof

Schäden in Höhe von 100.000 Mark verursachte eine durch die Bundesanwaltschaft angeordnete Durchsuchung im Berliner Projekte- und Gewerbezentrum Mehringhof. Innerhalb von wenigen Minuten wurde das Zentrum am 19.12. um sechs Uhr morgens von rund tausend teilweise vermummten Polizisten sowie Mitgliedern der GSG 9 gestürmt. Ziel des Überfalls: Die Suche nach angeblichen Waffen- und Sprengstoffdepots der Organisation »Revolutionäre Zellen/Rote Zora«. Über 30 Projekte wurden Opfer der wüsten Durchsuchungsaktion, die sich jedoch als Fehlschlag erwies. Festgenommen wurden in Berlin und Frankfurt/Main drei mutmaßliche Mitglieder der »Revolutionären Zellen/Rote Zora«. Die Hauptvorwürfe aus dem Haftbefehl gegen sie sind bereits verjährt.

Mehringhof Foto: Archiv

Redaktion Heidelberg ● Die Tatvorwürfe im einzelnen: Die 53jährige Sabine Eckel aus Frankfurt/Main und der 51jährige Harald Glöde, Mitarbeiter der *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* (FFM), sollen an einem Anschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Ausländer in Westberlin im Jahre 1987 beteiligt gewesen sein. Am 1. September 1987 sollen die beiden auch bei einem Attentat auf den damaligen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht, Korbmacher, mitgewirkt haben. Zudem wird Sabine Eckel auch vorgeworfen, an einem Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde Hollenberg im Oktober 1986 beteiligt gewesen sein. Beiden Opfern wurde seinerzeit von Unbekannten gezielt in die Beine geschossen.

Die »Revolutionären Zellen« hatten damals zu militanten Aktionen gegen die skrupellose Asylpolitik der Berliner Ausländerbehörde und gegen die Praxis einer rigiden Abschiebungspolitik des Bundesverwaltungsgerichts aufgerufen.

Dem ebenfalls verhafteten Axel H. wirft die Bundesanwaltschaft vor, über Jahre Mitglied der »Revolutionären Zellen« gewesen zu sein und ein Sprengstoff-und Waffendepot der Organisation »betreut« zu haben.

Ein nicht verjährter versuchter Anschlag aus dem Jahr 1991 auf die Berliner Siegessäule muss als einzige Begründung für den Haftbefehl gegen die drei herhalten.

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Pressemitteilung des *Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* (BUKO), dem *BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik* und dem *Informationsbüro Nicaragua* zu den Vorwürfen gegen Harald Glöde:

»Unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie der Beteiligung an Aktionen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora in den Jahren 1986/87 gegen die staatliche Flüchtlingspolitik wurde am Sonntag, den 19.12,. unser Freund und Mitarbeiter *Harald Glöde* verhaftet. Er arbeitet für die *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration im BUKO*-Arbeitsschwerpunkt mit. Dieser setzt sich bereits seit 1991 mit den rassistischen Entwicklungen in der BRD und Europa und den Folgen der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik auseinander. Als Arbeitsschwerpunkt organisieren wir über Seminare, Tagungen und Veröffentlichungen den Austausch zu diesen Themen. Harald Glöde ist insofern durch seine Arbeit bei der FFM für die Organisation und die inhaltliche Arbeit des Arbeitsschwerpunktes unverzichtbar geworden.

Am 19.12. morgens im Mehringhof: Auch Partygäste werden verhaftet

Uns drängt sich der Eindruck auf, dass mit der Verhaftung von Harald Glöde, wieder mal anti-rassistische Arbeit und das Eintreten gegen die menschenunwürdige Flüchtlingspolitik kriminalisiert werden soll. Mit Harald hat die FFM wichtige Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit zu Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen an der deutschen Ostgrenze geleistet.

Es liegt der Schluss nahe, dass diese Politik mundtot gemacht werden soll, da die Verhaftungen in Berlin und Frankfurt nach der Auflösungserklärung der RevolutionČren Zellen Anfang von 1992 und dem Ablauf der Verjährungsfristen für die vorgehaltenen Aktionen vollkommen absurd sind. Der §129a, die Strafbarkeit der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, bezweckt somit nach wie vor, die Kriminalisierung legal arbeitender politischer Strukturen mit dem Konstrukt einer nicht existierenden Gruppe. Der Paragraph gehört abgeschafft.

Die Razzia im Mehringhof, die durch das brutale und in keiner Weise gerechtfertigte Vorgehen der Polizei einen Schaden von weit über 100.000 DM hinterlassen hat, beeinträchtigt damit auch andere Mitgliedsgruppen des BUKO, wie z.B. das *Forschungs- und Dokumentationszentrum zu Chile und Lateinamerika* (FDCL). Nochmal mehr drängt sich hier der Eindruck auf, dass kritische Organisationen, die unabhängig von staatlichen Zuschüssen, Informations- und Menschenrechtsarbeit machen, behindert werden sollen. Der BUKO und das Informationsbüro Nicaragua als Mitglied des BUKO-Arbeitsschwerpunktes, wie auch alle Mitgliedsgruppen des BUKO-Arbeitsschwerpunktes fordern die sofortige Freilassung aller am 19.12.1999 in Haft genommenen.«●

Thomas Weyland

Pressemitteilung
Wuppertal und Hamburg, 22.12.99

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

Nach der erfolgreichen Mitglieder- und Spendenaktion 1999 (siehe Ausgabe 182) haben wir für das Jahr 2000 eine Deckungslücke von ca. 5.000 DM errechnet, die wir hoffen, durch weitere Eintritte in den Förderverein (Coupon s. unten), Neuabos und Spenden zu schließen. Schön wäre es, wenn von den aufgelaufenen Altschulden in Höhe von 23.500 DM nochmals 5.000 DM abgelöst werden könnten. Nochmals der Stand aus Nr. 183 vom Dezember: 10.180 DM wäre das Traumziel für das Jahr 2000. Hier die aktuelle Statistik (Stand 5.1.2000):

Kurz vor Jahresschluss konnten wir noch neue Mitglieder für einen Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Drei Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:

- Versiko AG, Düsseldorf (300 DM)
- Klaus-Peter Kurch, Lychen (120 DM)
- Hinnerk Brockmann, München (120 DM)
- Armin Scholl (Münster) hat erfreulicherweise seinen Mitgliedsbeitrag auf 200 DM erhöht.

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 220 DM an Mehreinnahmen.

Auf unserem Spendenkonto sind eingegangen:

- Heinz Weinhausen, Köln (44 DM)
- Jens Herbold, Wolfhagen (14 DM)
- Heinrich Häußler, Freiburg (6 DM)
- Hilmar Kunath, Hamburg (300 DM)
- Gisela Wilcken, Mannheim (17 DM)
- Vera Wendnagel, Frankfurt/Main (100 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 160 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 861 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. 6 Abos wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen von 480 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 381 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch **9.799 DM**.

Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (**Spendenkonto**: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1

- für die Auflösung der Krisenreaktionskräfte (KRK) und des Kommandos Spezialkräfte, (KSK)
- für die Annullierung der »Verteidigungspolitischen Richtlinien« von 1992, in denen die Umwandlung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee begründet wurde,
- für die Zurückweisung des auf weltweite Interventionen der NATO orientierenden neuen »Strategischen Konzepts« der NATO vom April 1999,
- für eine drastische Verringerung der Truppenstärke statt Verstärkung des Personalbestands durch Frauen als »Soldatinnen«,
- gegen die Herausbildung einer Militärmacht Europa und
- gegen Waffenexporte.

Atomwaffen abschaffen

Vom 24. April bis 19. Mai 2000 wird die nächste Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag stattfinden. Je mehr Staaten über Atomwaffen verfügen, desto größer ist die Gefahr eines Einsatzes dieser Waffen. Ziel ist die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen.

Daher fordern wir:

- Die Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrags müssen ihre Verpflichtungen erfüllen, welche die nukleare Abrüstung verlangen.
- Die anderen Atomwaffenstaaten müssen dem Atomwaffensperrvertrag beitreten.
- Der US-Senat muss seine Entscheidung vom Oktober 1999 revidieren und das Teststoppabkommens ratifizieren. Die russische Duma muss den START-II-Vertrag ratifizieren.
- Der ABM-Vertrag zwischen den USA und Russland, der den Aufbau von Raketenabwehrsystemen verbietet, darf nicht ausgehöhlt oder gar aufgehoben werden
- Die NATO muss ihre nukleare Ersteinsatzdoktrin aufheben.
- Die deutsche Regierung muss auf den Abzug sämtlicher US-Atomwaffen von deutschem Boden drängen.
- Die Bundesregierung muss ferner auf eine »nukleare Teilhabe« verzichten, um nicht weiter gegen die Vorgaben des internationalen Gerichtshofes zur Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen zu verstoßen.

Anklage gegen die NATO: Ein Tribunal durchführen

Die Zerstörungen insbesondere der Schlüsselindustrien und der Infrastruktur Jugoslawiens durch den Krieg der NATO sind so nachhaltig, daß der UN-Generalsekretär Annan bereits im Oktober zu humanitärer Hilfe aufgerufen hat. So könnten im Winter lediglich 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung mit elektrischer Energie versorgt werden, die Arbeitslosigkeit liege bei 60 Prozent. Eineinhalb Millionen Menschen leiden unter Hunger.

Als wichtigster Leitgedanke für die Bearbeitung der Kriegsfolgen muss das Verursacherprinzip gelten. Verantwortlich für die Kriegsschäden in Jugoslawien sind die NATO-Staaten, die am Krieg beteiligt waren. Sie haben die Kosten für die Beseitigung der Schäden und den Wiederaufbau des Landes zu tragen. Die der Bundesrepublik entstehenden Kosten für die Wiederaufbauhilfe sind aus dem Verteidigungsetat zu bedienen.

- Wir fordern die Aufhebung des vom Europarat und von der Europäischen Union verhängten Embargos gegen Jugoslawien.
- Wir rufen zu aktiver Solidarität mit der notleidenden jugoslawischen Bevölkerung auf.
- Wir unterstützen die Durchführung eines internationalen Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien.
- Wir appellieren an alle, durch Kontakte und Austausch mit der Bevölkerung Serbiens deren Isolierung zu durchbrechen.

Zivile Alternativen stärken

Zivile Konfliktlösungen vertragen sich grundsätzlich nicht mit militärischen Maßnahmen. Zivile »Interventionen« in zwischen- oder innerstaatliche Konflikte bedeuten daher zunächst grundsätzlich die Entwicklung von Alternativen zu militärischen Interventionen. Zivile Konfliktbearbeitung muss alle Bereiche der Politik durchdrin-

Fortsetzung Seite 3

DIE BUNDESWEHR UND IHRE NEUEN WAFFENSYSTEME

Mit der Abrüstung ernst machen

Lühr Henken ● Die NATO hat mit ihrem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien etwas völlig Neues in der Menschheitsgeschichte bewiesen: dass sie über eine einzigartige Technologie verfügt, die es ihr gestattet, ein Land zu besiegen ohne je einen Fuß-breit dieses Landes betreten zu haben und ohne einen Einzigen ihrer Soldaten zu verlieren.

Modell Jugoslawien-Krieg

Die Zerstörung der Schlüsselindustrien Jugoslawiens ist so nachhaltig, dass UN-Generalsekretär Annan im Oktober zu humanitärer Hilfe für Serbien und Montenegro aufgerufen hat. Im Winter könnten lediglich 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung mit elektrischer Energie versorgt werden. Das Bruttosozialprodukt Jugoslawiens liegt nun pro Kopf zwischen dem von Eritrea und Sri Lanka bei rund 800 Dollar im Jahr. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich gleichzeitig auf rd. 60 Prozent. 1,5 Mio. Menschen leiden an Hunger.

Die NATO rüstet um, um sich künftig vor allem auf solch einen Kriegstyp zu spezialisieren. Diese Form der Kriegsführung gilt der NATO als vorbildlich.

Die »selbstkritische« NATO-interne Auswertung des Jugoslawien-Krieges brachte jedoch »Schönheitsfehler« zum Vorschein, die es künftig zu vermeiden gelte. Bis zum Sieg dauere es zu lange, was Maßnahmen des Gegners ermögliche, so NATO-Strategen. Die lange Dauer und die jugoslawischen Gegenmaßnahmen hätten Zweifel am Endsieg genährt und so den Zusammenhalt der NATO gefährdet. Deshalb schlagen sie folgende Konsequenzen vor:

1. Künftig sollen die Luftangriffe schockartig ausgeführt werden. Also nicht mit 20 Angriffen beginnen, sondern gleich mit 1.000.
2. Die Option des Bodentruppeneinsatzes soll künftig nicht ausgeschlossen werden.
3. Die Präzision der Zerstörung von Panzern müsse erhöht werden.
4. Die europäischen NATO-Staaten sollen ihren Anteil an künftigen Kriegen erhöhen. Stichwort Technologielücke schließen. Gefordert wird die Aufrüstung der europäischen NATO-Staaten mit Aufklärungssatelliten, Lufttransportkapazitäten, Abstands- und Präzisionswaffen.

Militärmacht Europa

Die USA wünschen bei der Militarisierung Europas eine deutsche Führungsrolle, und damit einhergehend einen Anstieg der deutschen Rüstungsausgaben. US-Minister Cohen reicht Minister Scharpings Entscheidung, die Krisenreaktionskräfte des Heeres um ein Drittel zu erhöhen nicht. Er regte auf der Kommandeurtagung diese Woche an, die deutschen Schnellen Eingreiftruppen insgesamt zu verdoppeln oder zu verdreifachen.

Die EU-Regierungschefs sind sich einig: In zwei Jahren soll eine europäische Schnelle Eingreiftruppe von 50.000 Mann einsetzbar sein, was ein europäisches Korps von 200.000 Soldaten voraussetzt, weil die Kampftruppen bekanntlich ausgewechselt werden müssen.

Am Ende dieser Militarisierung soll eine europäische Armee stehen, die autonom d.h. ohne US-Veto agieren kann.

Deutschland: militärische Führungsmacht Europas

Auf allen Ebenen sind in Deutschland seit Jahren Planungen zur Umstrukturierung der Bundeswehr im Gange. Neue deutsche Waffentechnologien werden im Verborgenen entwickelt. All das soll nun in die Tat umgesetzt werden. Deshalb sprechen Scharping und Schröder von einer Neuausrichtung der Bundeswehr, die sie in ihrer Bedeutung mit der Wiederbewaffnung Deutschlands vergleichen.

Die Umsetzung dieser langfristig und umfassend angelegten Militarisierung ist seit dem Bundeswehrplan 97 zahlenmäßig in etwa erfassbar. Für die Herstellung neuer Waffen soll uns Bürgerinnen und Bürgern insgesamt rd. 225 Mrd. DM und für die Nutzung zusätzlich rd. 320 Mrd. DM aus den Taschen gezogen werden.

Die Summen allein reichen schon, um zu fordern: Schluss damit!

Ein Blick auf die brisantesten Waffensysteme macht jedoch zudem den aggressiven Charakter der Militarisierung der deutschen Außenpolitik deutlich. Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Deutsche Heer

Im Heer wird daran gearbeitet, eine sogenannte »Deep-Battle-Kapazität« herauszubilden, d.h. tief im und über vom Gegner besetzten Gebiet zu wirken. Zentrales Waffensystem hierfür sind die neuen Kampfhubschrauber TIGER, von denen zunächst 80 beim größten Hubschrauberhersteller der Welt, Eurocopter in Ottobrunn und Donauwörth, bestellt sind. 7 Mrd. DM sollen die Steuerzahler für diese »fliegenden Festungen« ausschließlich zur Aufrüstung der sogenannten »Krisenreaktionskräfte« aufbringen. Ein TIGER ist 23 mal so teuer wie einer seiner Vorgänger.

Ebenfalls für die »Krisenreaktionskräfte« sind zunächst 185 Panzerhaubitzen 2000 für 2,5 Mrd. DM im Bau. Übrigens hier in Kassel. Die wichtigste Waffe der deutschen Artillerie, die 154 Mehrfachraketenwerfer MARS, sollen eine Verdoppelung der Reichweite auf 70 km erhalten.

STN-Atlas Elektronik in Bremen arbeitet an der Entwicklung neuartiger Kampfdrohnen TAIFUN. Das sind Marschflugkörper mit einer Reichweite bis zu 170 km. Die Planung sieht eine Einführung von 108 dieser neuartigen Präzisionswaffen ab 2004 vor. Die Kampfdrohnen sollen in Schwärmen abgefeuert werden. Ihr RADAR-Suchkopf soll autonom LKWs von Panzern und Gefechtsständen unterscheiden können, um sie im Sturzflug zerstören zu können. Ebenso wird die Erprobung eines noch präziseren, direkt manuell lenkbaren, Flugkörpers bei der DASA-Tochter LFK in Ulm betrieben. Diese POLYPHEM getauften Flugkörper mit Video-Suchkopf sollen fähig sein, eine 25 kg-Bombe in bis zu 60 km Entfernung noch durch ein Fenster zu befördern. DASA meldet, dass die Entwicklung dieses in der Welt einzigartigen Mordinstruments bis 2006 abgeschlossen sein wird. Mit diesem Artilleriesystem POLYPHEM sollen auch die neuen Korvetten ausgerüstet werden.

Die Deutsche Luftwaffe

Für die TORNADOS und EUROFIGHTER werden Marschflugkörper mit großer Reichweite gegen gehärtete Ziele erprobt. Dieser Marschflugkörper TAURUS soll noch 4 Meter dicken Beton durchschlagen und speziell Brücken zerstören können. Diese maßgeblich von Daimler-Chrysler konzipierten strategischen Waffen sollen bereits ab 2003 der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2011 sollen davon 685 angeschafft werden.

Auf EU-Ebene geht es für den Langstreckentransport von Soldaten und Kriegswaffen um die Anschaffung von insgesamt 75 Strategischen Transportflugzeugen, welche in der Luft betankbar sein sollen. Airbus wird wohl demnächst den Auftrag bekommen.

Die Deutsche Marine

Die Deutsche Marine wendet sich in der Einsatzplanung schwerpunktmäßig der Überwasserseekriegführung in fremden Küstengewässern zu, um auf Land schießen zu können. Dafür entsteht derzeit bei Blohm+Voss in Hamburg das Typschiff einer neuen Fregattenklasse, das Ende 2003 der Bundeswehr übergeben wird. Es ist mit etwa 1,3 Mrd. DM die teuerste deutsche Kriegswaffe aller Zeiten. Zwei weitere dieser Fregatten entstehen in Kiel und Emden. Zusammen mit neuartigen, speziell für den Einsatz in flachen Küstengewässern konzipierten sogenannten Korvetten, sollen sie den Verbund des Überwasserseekrieges von der Hohen See bis in die Küste hinein ermöglichen. Die Beratung über den Bau der ersten 5 (von insgesamt 15) Korvetten (Preis 2,8 Mrd. DM) wird im Bundestag noch vor der Sommerpause erwartet.

Für den Unterwasserseekrieg entsteht derzeit bei HDW in Kiel das erste von acht neuen U-Booten. Diese U-212 setzen mit der Brennstoffzellentechnik einen neuen Weltmaßstab im U-Boot-Antrieb. Zusammen mit den deutschen Schwergewichtstorpedos SEEHECHT werden sie die kampfstärksten U-Boote der Welt.

Generell gilt, dass für sämtliche Kriegswaffen Kunden im Ausland gesucht werden. Nicht nur für die LEOPARD und TIGER, sondern auch für jene Waffen, die noch in der Entwicklung sind. Das sind qualitative Schlüsseltechnologien für zukünftige Kriege.

Der Weltraum

Für die Führung der sogenannten »Krisenreaktionskräfte« wird an der Satellitenkommunikationstechnik gearbeitet. Langfristiges Ziels ist es, eine weltweite und vor allem, von den USA unabhängige, Führungsfähigkeit der Kampfverbände zu erreichen. Voraussetzung dafür ist eine unabhängige sogenannte »strategische Aufklärung«. Deshalb wird das Projekt eines europäischen Militärsatellitensystems wiederbelebt. Die für Anfang 2000 geplante Gründung des deutsch-französisch-britischen Raumfahrtkonzerns ASTRIUM, an dem die deutsche DASA einen 50%-Anteil hält, dient genau dieser Absicht.

Diese Entwicklungen sind alles andere als beruhigend.

Abrüstung – woran orientieren?

Mir ist hier die Aufgabe gestellt, konkrete Schritte in die Abrüstung vorzuschlagen,.

Ich denke, die vordringliche Aufgabe der deutschen Friedensbewegung muss es sein, erst einmal dazu beizutragen, die Bevölkerung umfassend über die Planungen und Absichten, die horrenden Kosten und die verheerende Wirkung dieser Kriegswaffen zu informieren. Dies muss insbesondere auch in denjenigen Städten geschehen, in denen diese Waffen hergestellt werden.

Schwerpunkt muss es sein, die neuen Technologien zu verhindern. Denn sie stellen eine neue Qualität von Waffen dar. Dazu zähle ich besonders die Korvetten, die Marschflugkörper TAURUS, die Kampfdrohnen TAIFUN und das Artilleriepräzisions-system POLYPHEM sowie die Radar-Satelliten der Firma Dornier. Für diese High-Tech-Systeme neuer Qualität gibt es bisher keine Herstellungsaufträge.

Was die Abschaffung der Bundeswehr insgesamt betrifft, brauchen wir Zwischenetappen, gewissermaßen Markierungen auf der Wegstrecke.

Woran sollen wir uns, was die Abrüstung bestehender Kriegswaffen betrifft, orientieren? Ich schlage vor, auf der Grundlage des KSE-Vertrages das größte Nicht-NATO-Land Europas, Russland, als Bezugsgröße zu nehmen.

In allen schweren Waffensystemen des Heeres und der Luftwaffe hat die NATO in Europa gegenüber Russland eine dramatische Überlegenheit. Die NATO liegt zwischen 60 und 200 Prozent in den wichtigsten Waffensystemen und bei der Personalstärke über dem russischen Niveau; bei Überwasserkriegsschiffen sogar exakt bei 211 zu 36 und bei U-Booten bei 100 zu 50 nur in Europa, ohne die Seemacht USA einzubeziehen.

Die Abrüstung Deutschlands und auch der anderen NATO-Staaten Europas auf dieses geringe Niveau könnte bis Mitte des kommenden Jahrzehnts erreicht sein und ergebe für Deutschland einen Einspareffekt von mindestens 200 Mrd. DM schon in den nächsten 10 Jahren. Übrigens Schweden macht es vor: Der schwedische Generalstab schlägt vor, bis 2004 die Zahl der Armeebrigaden von 13 auf 6 zu reduzieren, die Marine zu halbieren und auch die Luftwaffe beträchtlich zu verkleinern.

Zusammengefasst:

Drei Schwerpunkte sollten uns beschäftigen:

1. An den Rüstungs- und Militärstandorten vor Ort für qualitative Abrüstung kämpfen und das mit dem Kampf gegen Sozialabbau, Renten- und Bildungsklau zu verbinden.
2. Mit einer kraftvollen bundesweiten Kampagne die Lieferung von 1.000 deutschen Kampfpanzern für den Folter- und Kriegsstaat Türkei verhindern.
3. Den Kampf gegen die Herausbildung einer Militärmacht Europa kräftig intensivieren. Dazu muss ein europäisches Netzwerk der Friedensbewegten geknüpft werden.●

Von Lühr Henken erschien im Oktober der noch ausführlichere Beitrag: »Rüstungsprojekte der Bundeswehr nach dem Krieg« in: Ulrich Cremer/Dieter Lutz (Hrsg.), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, Hamburg (VSA-Verlag) 1999, S. 81-96; Das Buch, das im Buchhandel DM 24,90 kostet, ist durch den Autor zum Subskriptionspreis von DM 17,36 (inkl. Versand DM 20,11) erhältlich bei:

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. c/o Lühr Henken, Flotowstr. 6, D-22083 Hamburg,
Tel. (0 40) 22 26 29, Fax 227 78 67,
E-Mail LuehrHenken@t-online.de

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 2

gen. Notwendig sind Sensibilisierung, Veränderung der Wahrnehmung und Kenntnis der Möglichkeiten ziviler Konflitkbearbeitung. Zivile Friedensdienste dürfen nicht vereinnahmt oder als Alibi für Militäreinsätze missbraucht werden.

Die Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung durch die neue Bundesregierung wie die Ausbildung von OSZE-Mitarbeitern und die Errichtung einer Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung stellen positive Ansätze dar, reichen aber längst nicht aus. Zivile Konfliktbearbeitung darf nicht allein im Bereich der Forschungs- oder Entwicklungspolitik bleiben. Auch darf sie nicht enger staatlicher Kontrolle unterliegen. Die Friedensbewegung wird ihre internationalen Kontakte verstärken und intensiver zusammenarbeiten.

Eine auf zivile Konfliktlösungsmechanismen orientierte Politik muss

- die zivilen Friedensdienste sowie die Friedens- und Konfliktforschung ideell und materiell stärken,
- Ressourcen vom militärischen in den zivilen Bereich umschichten, statt die NATO weiter aufzurüsten,
- die OSZE-Strukturen stärken,
- langfristig und präventiv angelegt sein.

Aktivitäten der Friedensbewegung im Jahr 2000

Das Jahr 2000 wurde von der UNO zum Jahr der Kultur des Friedens erklärt. Aus diesem Anlass sind zahlreiche Aktivitäten geplant. Wir unterstützen z.B. friedenspädagogische Projekte in Kindergärten, Schulen und Universitäten, die Einrichtung von »Friedensparlamenten« in den Kommunen, lokale und regionale Projekte gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie entsprechende Basisinitiativen in den Ländern der »Dritten Welt«. Doch ein Jahr der Kulktur des Friedens ist nicht genug. Wir unterstützen den Aufruf der Friedensnobelpreisträger und den Beschluss der UNO »Zur Dekade für eine Kultur des Friedens, der Menschenrechte und für die Rechte der Kinder«.

Darüber hinaus empfiehlt der Friedensratschlag den Friedensgruppen und -initiativen folgende Aktionen:

- Kampagne »Keine Panzer für die Türkei!« Sammlung von Unterschriften, Informationsveranstaltungen, Infotische, Gespräche mit Parteienvertretern bis hin zu spektakulären zentralen Aktionen.
- Aufklärung über und Aktionen gegen den Bombenkrieg Russlands gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung. Darüber hinaus soll über die sich zuspitzenden Konflikte in der gesamten Region am Kaspischen Meer informiert werden.
- 27. Januar: Befreiungstag von Auschwitz: Aufklärung über die Verbrechen der Wehrmacht und die Traditionspflege der Bundeswehr.
- 8. März: Internationaler Frauentag: Die Friedensbewegung bringt sich mit dem Thema »Frauen in die Bundeswehr?« in die traditionellen Veranstaltungen der Gewerkschaften und von Frauenorganisationen ein.
- 24. März: 1. Jahrestag des NATO-Angriffskrieges auf Jugoslawien. Örtliche Gedenk- und Informationsveranstaltungen, Tribunale; gemeinsame internationale Aktionen (Aufrufe, Aktion in Brüssel).
- Ostermärsche und andere Aktionen an Ostern; auch in Abstimmung mit Friedensbewegungen benachbarter Länder; Förderung der »Tribunal«-Bewegung.
- 24. April bis 19. Mai: Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag in New York: örtliche Informationsveranstaltungen; Diskussion mit Abgeordneten; Lobbyarbeit.
- 1. Mai: Teilnahme an den Veranstaltungen des DGB, Unterschriftensammlung gegen Panzerexporte, Thematisierung des Zusammenhangs von militärischer Aufrüstung und Sozialabbau.
- 10. Juni: Erste internationale europäische Tribunalveranstaltung zu geostrategische und ökonomischen Ursachen und Hintergründen des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien.
- 6. August: Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima örtliche Mahnwachen und Veranstaltungen; Reaktivierung kommunaler »atomwaffenfreier Zonen«.
- 1. September: Beginn des Zweiten Weltkrieges Veranstaltungen und Demonstrationen, wo möglich in Zusammenarbeit mit dem DGB.
- 3. Oktober – 10 Jahre deutsche Einigung: Veranstaltungen und Aktionen gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik.●

SEATTLE:

Macht in Frage gestellt!

Proteste gegen die WTO zwischen Erfolg und Lethargie, emanzipatorischen und nationalistischen Tönen

Die WTO-Konferenz in Seattle ist gescheitert – zumindest vorläufig. Woran es am Ende lag, kann zwar unterschiedlich bewertet werden, jedoch zeigten sich BeobachterInnen und Presse einig: Der massive Protest hat entscheidend dazu beigetragen.

Jörg Bergstedt, Reiskirchen ● Das ist mehr als z.B. beim Scheitern des MAI. Die Proteste aus Basisgruppen sowie den deutlich betroffenen Menschen in ärmeren Randzonen, außerhalb der Metropolen waren dort noch eher bescheiden, aber sie trugen das Thema in die Öffentlichkeit. Bedenken einiger Nationalstaaten stellten das geheim ausgehandelte Investitionsschutzabkommen ist Frage. Über was es dann stolperte, ist schwer zu sagen. Bei der WTO-Sitzung war der Protest bereits deutlich stärker. Hinzu kamen die Uneinigkeit der Industrienationen, z.B. der Streit zwischen der EU und den USA in Agrarfragen und die mangelnde Bereitschaft, Forderungen zu Umweltschutz und Gerechtigkeit einfließen zu lassen. Das reichte. Die WTO scheiterte – und damit wurde etwas wahr, was vorher sowohl von Regierungen und Konzernen als auch von angepassten Verbänden und Organisationen (NGOs) als unmöglich abgetan wurde. Der Widerstand gegen Herrschaft und neoliberale Umgestaltung hat erstmals in einer politisch bedeutsamen Frage eine Sieg errungen – so, wie wenn der Castor-Protest einen Castor zum Umkehren zwingen würde.

Die Proteste gegen die WTO-Konferenz in Seattle sowie zum parallel ausgerufenen Global Action Day haben eine Qualität erreicht, die eine interessante Grundlage für einen neu belebten Widerstand bilden kann. Sie haben sehr vieles deutlich gemacht, aus dem heraus die Debatte um politische Positionen und Strategien weiterentwickelt werden kann. International, vor allem aber in Deutschland geht es nun darum, aus dem Geschehenen zu lernen. Linke, alternative, soziale, ökologische oder sich sonstig bezeichnende Gruppen und Zusammenhänge haben bewiesen bekommen, dass die alten Rezepte linker Kaderstruktur und langweiliger Großaktionen ebenso wenig zum Widerstand und zur politischen Veränderung taugen wie die anbiedernde Haltung der Verbände und Organisation, die meinten, die WTO in Details beraten zu müssen, weil das Gesamte doch nicht zu verhindern sei. Die Realität ist nun das beste Argument gegen NGOisierung und Kaderstrukturen. Radikale und emanzipatorische Aktion ist möglich. Es gibt eine Alternative zu Anbiederung und Kadern. Sie muss weiterentwickelt werden – in ihren politischen Positionen und der Praxis kreativer, direkter Aktion.

Gegenmacht von unten – zur Frage der Aktionsstrategien

Die WTO in Seattle war vom Ereignis her mit dem Weltwirtschaftsgipfel im Juni in Köln vergleichbar. Die Sachfragen, die auftretenden Politgrößen und der Popanz rund um die Veranstaltungen hatten etliche Ähnlichkeiten. Nicht vergleichbar ist jedoch der Protest gewesen. Während in Deutschland (Köln im Juni 1999) einerseits linke Dominanzkultur vorherrschte und von wenigen dominierte Kader zentrale »linksradikale« Demonstrationen planten sowie andererseits bürgerliche und angepasste Verbände in einem zweiten Bündnis ihre Forderungen auf SPD-Programmatik runterdebattierten und sanfte Kongresse und Veranstaltungen durchführen, galt in Seattle das Ziel eines vielfältigen, auf handlungsfähigen Basiszusammenhängen basierenden Aktionskonzeptes. Das war nicht ganz neu: Am vergangenen Global Action Day, eben aus Anlass des Kölner Weltwirtschaftsgipfels, zeigte sich die deutsche politische Bewegung zwar erstarrt und konzeptionslos, in London aber wurde am 18.6.99 schon ausgeführt, was in Seattle dann noch in größerem Maßstab funktionierte. Doch nur wenige politische Gruppen nahmen damals wahr, was in London geschah (siehe unter http://www.j18.org oder dokumentiert im Köln-Reader »Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen ...«). Noch schlimmer: Angepasste Verbände oder linke Kadergruppen verurteilten die offenen Aktionsstrukturen mit dem Hinweis, dass dann auch bürgerliche oder rechte Gruppen mitmischen konnten, andere verurteilten die Radikalität. Und sie feierten ihre zentralistischen und überwiegend inhaltsleeren Demonstrationen in Köln als Erfolg ab.

Wenn Seattle in Deutschland gelegen hätte, dann hätte es in der Vorbereitung die klassischen Probleme gegeben:

- Verbände und Organisationen (NGOs) hätten gefordert, sich von Gewalt zu distanzieren und auch nur solche Aktionskonzepte zu fahren, die Gewalt unmöglich machen. Dazu hätten sie ihre Konzepte im Vorfeld mit der Polizei absprechen wollen.
- Über die Aktionsinhalte wäre es zum Streit gekommen, weil gefordert worden wäre, alle beteiligten Gruppen müssten genau die gleichen Positionen haben. Darüber wäre es zum Streit gekommen, das Bündnis hätte sich in mehrere gespalten, innerhalb der Teilbündnisse wäre es zu weiteren Ausgrenzungen gekommen.
- Als Mittel, sich Dominanz zu verschaffen, wären die Androhung des Entzugs von Geldern oder Infrastruktur von Seiten einiger oder aller NGOs, direkte Beschimpfungen oder Ausgrenzungen von Seiten kaderorientierter, linker Gruppen sowie das Einforderung von wichtigen (natürlich den eigenen) gegenüber unwichtigen Politikfeldern ständig vorgekommen.
- Durch die Kooperation erheblicher Teile politische Bewegung mit Presse, Polizei und Staat wäre es letzteren leicht gefallen, selbstorganisierte und kreative Aktionsgruppen abzutrennen und als Splittergruppe nach Belieben zu schikanieren. Vor allem die NGOs hätten sich wahrscheinlich noch öffentlich von Direkten-Aktionsgruppen distanziert.
- Während sich NGOs in Sachen Öffentlichkeitsarbeit vor allem an den Interessen der bürgerlichen Medien ausgerichtet hätten, würden Medien, die sich zur politischen Bewegung zugehörig oder als linke Opposition verstehen, zum großen Teil der konkreten Aktion skeptisch gegenübertreten und sie entweder verschweigen oder statt einer kritischen Begleitung und Mitwirkung vor allem arrogant Missstände zum grundlegenden Übel hochstilisieren und kreativ-vielfältige Aktionsstrategien auszugrenzen versuchen.

Genau so lief es in Köln – und viel davon war auch wieder in der Vorbereitung des Global Action Days in Deutschland bzw. der kritischen Arbeit an der WTO-Tagung zu sehen. Nur ein Höhepunkt: Bundesdeutsche NGOs stimmten ihre Strategie in Seattle vor allem mit Regierungsinstitutionen ab und beauftragten Klaus Töpfer, ihre Positionen in die WTO einzubringen. Töpfer war unter der Regierung Kohl u.a. Umweltminister und ein Befürworter nicht nur der CDU-Politik, sondern im besonderen auch der Atom- und Gentechnik ... Die NGOs forderten Verbesserungen in der WTO und lehnten weitgehendere Forderungen zur Abschaffung der WTO oder die Absage des WTO-Treffens als illusorisch ab.

NGO-Zeitschriften verschwiegen die Aktivitäten zum Global Action Day, die meisten »linken« Medien ebenfalls. Die *Jungle World* berichtete zweimal vor allem über rechte Gruppen im Widerstand, ohne die tatsächlichen Aktionen in Deutschland auch nur ein einziges Mal überhaupt zu erwähnen. Flugblätter mit dem Aufruf zum Widerstand am 30.11. wurden von Jungle-World-AnhängerInnen weggeschmissen!

Nur einige Beispiele für viele ... aber das, was trotzdem am 30.11. stattfand, war die beste Antwort!

Der Global Action Day im Überblick

Die Auseinandersetzungen in Seattle waren zweifelsfrei der Höhepunkt des WTO-Widerstandes. Bis zu 50.000 Personen aus vielen Organisationen und Gruppen und mit vielfältigen Aktionsideen machten der WTO das Leben schwer. Der AugenzeugInnenbericht zeigt, dass nichts weiter von der Realität entfernt liegen könnte als die Annahme, es handele sich um ChaotInnen, die hier ein Event feierten. Ganz im Gegenteil: Die intensive inhaltliche und strategische Vorbereitung stellt das, was in den letzten Jahren in Deutschland an Aktionsformen zu finden war (vom 1. Mai über X-tausendmal quer bis zum Straßentheater) weit in den Schatten. Das war auch am 18.6. in London so – intensive Vorbereitung und inhaltli-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Augenzeuginnenbericht aus Seattle (Auszüge)

Die Zitate in den Kästen stammen aus den USA und sind persönliche Eindrücke, z.T. sind sie übersetzt.

»Zunächst mal zu den Gründen, die mich und so viele andere nach Seattle gebracht haben. Die Presse stellt als Motiv ein mehr oder weniger diffuses und emotionales Unbehagen gegenüber der Globalisierung dar, vereint mit Technikfeindlichkeit und einem rückwärts gewandten Regionalismus, wenn nicht nationalem Protektionismus. Das ist natürlich Unsinn! Das Motto des Widerstands war: Fairer Handel statt Freiem Handel! Der Protest richtete sich nicht gegen weltweiten Handel generell, sondern gegen den Abbau von Handelsbarrieren jedweder Art, den sich die Clinton-Administration und die WTO auf die Fahnen geschrieben haben. Als »Handelsbarrieren« gilt dabei alles, was den ungehemmten Fluss von Waren, Kapital und Arbeitskraft behindert, so z.B. Arbeitsrechtliche und Umweltschutz-Auflagen. Die Auslagerung der Produktion in Drittweltländer, in denen es weder Umweltauflagen noch Arbeitsschutzbestimmungen gibt, ist für transnationale Konzerne äußerst profitabel. ...

Am Freitagabend begann dann ein großes »Teach-In« zur WTO. ReferentInnen aus aller Welt hielten Vorträge über die verheerenden Folgen der derzeitigen Welthandelsstrukturen für Landwirtschaft und Umwelt, Kleinbauern, ArbeiterInnen und KonsumentInnen. Vandana Shiva berichtete über die wachsende Abhängigkeit indischer Bäuerinnen von internationalen Saatgutkonzernen. [...] Die während des Teach-Ins angesprochenen Themen wurden und werden im Laufe dieser Woche in verschiedenen Workshops vertieft: WTO und Weltfrieden, WTO und Entwicklung, WTO und Umwelt, WTO und soziale Gerechtigkeit, WTO und Gentechnik usw. Davon steht natürlich in den Zeitungen nichts, da erscheint der Widerstand als uninformiert und irrational.

Nach jeder Menge Sachinformation am Freitag, Samstag und Sonntag waren L. und ich am Montag früh beim Gewaltlosigkeitstraining des direct-action-Netzwerks. Das ist die Gruppe, die sich vorgenommen hatte, durch gewaltfreie Aktionen auf den Straßen am Dienstag das WTO Treffen zu verhindern. [...] ich war völlig beeindruckt, mit wie viel Fantasie und Spaß die ganze Aktion vorbereitet wurde. [...]

Dienstag war dann der große Showdown. Die FR und die Süddeutsche Zeitung behaupten unisono »mehrere Tausend haben sich im Anschluss an die Demonstration der Gewerkschaften auf die Strasse gelegt« und den Zugang zum Tagungsgebäude der WTO blockiert – Unsinn! Die »direct action« Leute haben sich schon früh um 7 getroffen und sind in einem perfekt durchorganisierten Zug zur Innenstadt marschiert. Einzelne Gruppen haben sich unterwegs abgeseilt und zentrale Kreuzungen blockiert – mit Fahrradschlössern im Kreis aneinandergekettet, auf einem wackligen Dreifuß sitzend, immer aber gewaltfrei und bereit, sich festnehmen zu lassen. Den Rest hat dann der Berufsverkehr gemacht – eine halbe Stunde die Kreuzungen dicht und nichts geht mehr.

So konnten dann die anderen das Tagungsgebäude umstellen, sich unterhaken und keinen Delegierten mehr durchlassen. Auf den Straßen wurde Theater gespielt, Musik gemacht, getanzt – jede Menge Volksfest-Stimmung. Obwohl an manchen Kreuzungen Pfefferspray, Tränengas und sogar Gummigeschosse eingesetzt wurden, war das »Convention-Center« für mehrere Stunden dicht. Ich hätte nie und nimmer damit gerechnet, dass das klappt und ich glaube, die meisten OrganisatorInnen auch nicht. [...]

Gegen 4 Uhr abends, als die Demo vorbei war, wurde dann der Haupteingang gewaltsam freigeräumt und von da an spitzte sich die Situation zu. Wir haben davon an unserem Eingang gar nichts mitbekommen. Die Sprecherin, die uns bis dahin auf dem Laufenden gehalten hatte, erklärte den Tag zu einem Erfolg, die feierlich Eröffnung habe wegen uns verschoben werden müssen, jetzt könnten wir nachhause gehen und feiern. Offenbar kam die Info nicht bei allen an, oder das Besetzen der Kreuzungen hat sich verselbstständigt – jedenfalls fand die Polizei offenbar, dass es jetzt langt und viele DemonstrantInnen fanden das nicht – und schließlich entlud sich der aufgestaute Frust bei einigen in zerschlagenen Fensterscheiben und all den Bildern, die seither über die Bildschirme flimmern.

Ich glaube aber nicht, dass das allein der Grund für den Ausnahmezustand war. Die vorherige – gewaltlose! – Verhinderung der Kongress-Eröffnung war ein Skandal, den Clinton, Bürgermeister und Polizei nicht auf sich sitzen lassen konnten. Viele Delegierte waren empört und verständnislos, dass so etwas passieren konnte. Madeleine Albright saß über Stunden in ihrem Hotelzimmer fest und konnte nicht Raus, weil der secret service es für zu gefährlich hielt – da gab es noch keine zerbrochenen Scheiben und Feuer in den Strassen, nur jede Menge sehr entschlossene Menschen. ...

Am Mittwoch – das weiß ich jetzt nur noch aus der Zeitung – wurden 400 Leute festgenommen, die trotz des verhängten Protestverbots von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen wollten.«●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

che Arbeit waren die Grundlage für den Aktionstag.

In etlichen weiteren Städten der USA kam es noch zu kleineren Protestmärschen oder Einzelaktionen. Gleiches gilt international: In vielen Ländern kam es zu Streiks, Demonstrationen oder kleinen Aktionen wie der Anschlag auf die Shellzentrale auf den Philippinen oder Aktionen gegen McDonalds in mehreren Städten. Besonders betroffen war die WTO-Zentrale in Genf. Sie wurde schon vor dem 30.11. symbolisch besetzt und am Global Action Day durch einen Anschlag auf die Stromversorgung gestört.

Der Widerstand war weltweit mit den auch beim letzten Global Action Day sowie den internationalen Treffen und Netzwerken z.B. von *PGA* (Peoples Global Action) bekannten Schwerpunkten (Lateinamerika, Indien, Westeuropa) und weißen Flecken (u.a. Afrika, Teile von Mittel- und Osteuropa).

Erstmals gab es diesmal auch etwas breiteren Protest in Deutschland. In ca. 10 Städten kam es zu organisierten Aktionen, in einen weiteren zu kleinen oder spontanen Attacken auf Symbole des Neoliberalismus. Die Aktionsspanne reichte von zivilem Ungehorsam im Straßenverkehr (z.B. in Hannover oder Tübingen) über Sachbeschädigung z.B. gegen die Modernisierung von Bahnhöfen, Straßentheater, Aktionen vor ausgewählten Großkonzernen oder anderen Symbolen neoliberaler Ausbeutung (u.a. *Siemens, adecco, Expo 2000*) sowie gegen Abschiebung und ihre Handlanger (z.B. *Lufthansa*) bis zu größeren Protestumzügen mit kreativen Aktionen z.B. in Berlin auf der Spackparade oder in Bochum auf der Ruhrpott Action Party, wo neben gelungenen Kleinaktionen allerdings noch viele TeilnehmerInnen das klassische linke »Gelatsche in schwarz« praktizierten und Symbole wie die Lufthansafiliale, Burger King oder die Deutsche Bank geschont wurden. Sehr unterschiedlich waren die TeilnehmerInnenzahlen in den verschiedenen Städten. Die größte Aktion war die Spackparade in Berlin mit ca. 1.000 TeilnehmerInnen.

Resümee: Ein Erfolg, wenn es ein Schritt zu mehr wird

Der Global Action Day unterschied sich von sonst typischen Ein-Punkt-Bezügen in politischen Bewegungen in Deutschland darin, dass von vorneherein die Idee bestand, den 30.11. als ersten Schritt politischer Praxis hin zur Entwicklung einer breiten Widerständigkeit gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur zu begreifen. Solche Debatten haben auch tatsächlich in etlichen Städten stattgefunden. Ziel war und ist es, aus den klassischen Themenfeldern und Ein-Punkt-Bezügen auszubrechen und einen Widerstand zu entwickeln, der die Machtfrage stellt. Den neoliberalen Weltbildern, in denen Mensch und Natur der profitablen Verwertung unterworfen werden, sollen emanzipatorische Gegenbilder entgegengestellt werden. Eigene Visionen, die Verweigerung und der Kampf gegen die Herrschaft der Ökonomie, der Konzerne, der Nationen und aller Institutionen, die sie stützen, gehören zu den Elementen dieses Widerstandes. Er entsteht nicht aus der Retorte, sondern aus der Debatte um Strategien und aus der Realisierung als politische Praxis.

Der 30. November wäre, ohne diese Hoffnung auf eine intensive Weiterentwicklung, kaum von politischer Bedeutung gewesen. Eine öffentliche Wirkung des Widerstandes in Deutschland war nur in einigen Regionen vorhanden. Etliche Aktionen waren immer noch zaudernd oder erstarrt – wie die politische Bewegung in Deutschland halt ist (und sicher nicht nur dort). Wenn aber die Debatte weitergeht, wenn die Bündnisse breiter werden, Grenzen überwunden und kreative Aktionsstrategien gefunden werden, dann ist der 30.11. der erste Tag politischer Praxis eines Stranges geworden, der vielleicht wesentliche Bedeutung erlangen kann. Und darüber gibt es berechtigte Hoffnung: Die ersten Nachbereitungstreffen zeigten gewachsene Entschlossenheit, die gemeinsame Aktionsfähigkeit über Grenzen hinweg weiterzuentwikkeln. Weitere Regionen wollen die Debatte aufnehmen.

Die nächsten Schritte: 1.5. und Expo 2000

Die bisherige Diskussion beinhaltet neben den regionalen Aktionen und politischer Praxis zwei weitere Ereignisse als Kristallisationspunkte im Jahr 2000. Am 1.5. findet der nächste Global Action Day statt – und damit die Möglichkeit, Aktionsformen und Bündnisse weiterzuentwikkeln. Hauptereignis aber wird dann die Expo 2000 sein. Sie zeigt im Kern eine Welt von morgen – ausgerichtet an Verwertungsinteressen der Konzerne. Das lässt sich nutzen für einen kreativen und direkten Widerstand für eine emanzipatorische Welt, gegen alle (!) Institutionen der Herrschaft von Nationalstaaten über Konzerne, Wirtschaftsinstitutionen, Gefängnissen, Armeen oder den Grenzen mit ihrer Bewachung und gegen alle sozialen Verregelungen der Ungleichheit zwischen Menschen. Die Vision des sich entwickelnden Widerstandes, der auch in seinen inneren Strukturen emanzipatorsicher Ansprüche verwirklicht und Anbiederung an Staat und Konzerne genauso vehement ablehnt wie Dominanz und Kader, könnte der einfachen Losung entspringen:
London – Seattle – Hannover ...●

Weitere Infos im Internet, u.a. über die deutsche 30.11.-Seite http://come.to/n30.de. In Berlin hat der *Infoladen Daneben* einen Pressespiegel erstellt zu Seattle, der für drei DM erhältlich ist:
Liebigstr. 34, 10247 Berlin
Tel.: (0 30) 42 01 72 79. mail: daneben@mail.nadir.org
Das Gegeninfobüro hat ganz viele Bilder (und Berichte) gesammelt:
http://www.gib.squat.net/millenium/

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

EXPO 2000: DIE NÄCHSTEN TERMINE

3.-5.3. in München
Seminar zur Expo 2000
Hintergründe, Funktion der Expo, Widerstand
Info: Anti-Expo-AG, c/o Infoladen M

24.-26.3. in Nordrhein-Westfalen
Seminar zur Expo 2000
Hintergründe, Funktion der Expo, Widerstand
Info: JungdemokratInnen/Junge Linke, Kieler Str. 129c, Wuppertal

7.3.-14.4. (Eröffnung: 7.3. 18 Uhr)
Hannover, Pavillon
GENiale Zeiten (Ausstellung und mehr)
Info: Pavillon

8.3. Überall
Intern. Frauenstreiktag
Info: 0511/21979-0

Mehr im EXPO-Kalender im Februar

Kolateralschaden in Seattle (Augenzeugenbericht 2)

(Aus einer Telefonzelle außerhalb Seattles am Mittwoch 19.30 Pacific Time)

»Ich habe gerade 4 Tage in Seattle verbracht. Die »Information«, die die Leute über die Massenmedien erhalten, ist falsch. Es war nicht, wie Präsident Clinton behauptet, ein friedlicher Protest, der durch die Aktionen gewalttätiger Demonstranten vernichtet (???marred) wurde. Es war ein gewaltiger, friedlicher Protest, der von der Polizei wiederholt mit der eindeutigen Absicht angegriffen wurde, eine gewalttätige Reaktion zu provozieren und den westlichen Medien Gelegenheit zu Bildern zu geben. Ich weiß das, weil ich beobachtet habe, wie es passierte. Ich werde Ihnen erzählen, wie sie es angestellt haben.

Wie Michael Chossudovsky in »Die Entwaffnung der Neuen Weltordnung« sagt, war die Regierung sehr darum bemüht sicherzustellen, dass die Demonstranten in Seattle als eine »loyale Oppositionsbewegung« erschienen, die die WTO reformieren aber nicht abschaffen wollten. Aber die Menschen in Seattle – Amerikanische Metallarbeiter, kanadische Postangestellte, Studenten von überall, Umweltschützer aus Australien – wer immer – sie waren nicht für eine Reform der WTO. Sie waren für ihre Abschaffung.

Und das galt nicht nur für die Demonstranten. Ich interviewte Delegierte. Keiner sagte über die WTO etwas Vorteilhaftes. Zwei Delegierte aus der Karibik waren über die Verluste der Arbeitsplätze wütend. Ein Delegierter aus Peru kletterte mit einem Megafon auf ein Auto und sprach zu den Demonstranten gegen die Welthandelsorganisation (WTO). Er sagte, dass sie den Arbeitern und Bauern schaden würde. [...]

Also zettelte die Regierung Krawalle an, um die Bewegung gegen die WTO in Misskredit zu bringen, weil sie sie nicht mehr auflösen konnte. Ich stelle keine Vermutungen an. Ich war dort. Ich habe gesehen, wie es passierte. Und ich muss Ihnen sagen, dass ich, der ich so nah dran war, ehrlich entsetzt darüber bin, wie gleichgültig es unserer Führung ist was mit den gewöhnlichen Leute geschieht. Clinton mag sich in Pose stellen und noch so viel blumige Worte machen; die Wahrheit ist – wir sind ihnen völlig wurscht. Ich habe das mit meinen eigenen Augen gesehen.

Sonntag und Montag, gab es keine Gewalt. Keine. Die Leute waren auf eine herausfordernde Weise gewaltlos; sie hatten sich unter Kontrolle (???they were self-policing). Bis einschließlich Dienstag 4 Uhr nachmittag war in der ganzen Stadt lediglich eine Fensterscheibe zu Bruch gegangen – ein Fenster bei McDonald. Man konnte das Ganze sehr zu seinem Vorteil mit einem Rockkonzert vergleichen, (???This compares favorably to the typical rock concert) wenn man einmal von den Leuten absah, die den Eingang zum World Trade Centre gewaltlos blockierten!

Zu diesem Zeitpunkt, zogen neue Polizeieinheiten auf – taktische Einheiten und gingen mit Gas gegen die Leute vor und schossen mit »Gummi«-Munition. Ist es verwunderlich, das Leute verrückt wurden? Natürlich wehrten sich die jungen Leute und schlugen zur Vergeltung, dass sie mit Gas besprüht wurden, einem sehr schmerzhaftem Pfeffergas und mit gefährlicher »Gummi«-Munition beschossen wurden, ein paar Scheiben ein. Die Polizei provozierte diese Jugendlichen schlicht und einfach.

Sonntag und Montag hatten sie junge Polizisten eingesetzt, die die Strassen absperren mussten. Sie waren noch in der Ausbildung. Aber Dienstag hatten sie die richtigen Polizisten. Keiner von denen war jung. Sie waren darauf abgerichtet, Leute anzugreifen. Eine kleine Gruppe, etwa 100 Leute insgesamt, wehrte sich und schlug zurück. Darauf trieben die Polizisten diese Gruppe durch die Stadt, und sorgten dafür, dass es viele gute Fotografier-Gelegenheiten von »gewalttätigen Demonstranten« gab.

Dienstag Nacht hat die Polizei im gesamten Stadtzentrum Gas eingesetzt. Das fing um 3 Uhr nachmittag an und ging bis 6 Uhr abends. Überall war Gas. Jugendliche schlugen bei Mc-Donald und bei Starbucks ein paar Scheiben ein, – nicht viel – zündeten ein paar Mülltonnen an. Die Polizei hat diese Leute wie Statisten benutzt. Das war inszeniert. Ich glaube auch, dass die Polizei ihre eigenen Leuten darunter hatte, die Leute dazu anstiftete, Sachen kaputt zu schlagen. Falls jemand glaubt, ich könnte übertreiben: ich sah angebliche Demonstranten – die schrien und machten – und später, als alles vorbei war, haben die selben Leute andere Demonstranten überwältigt und ihnen Handschellen angelegt.

Um 6 Uhr nachmittags wurde der Notstand ausgerufen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sie die 100 Leute aus der Innenstadt vertrieben, die Polizei setzte nach, und ging auch in diesem Stadtteil mit Gas vor, mit Gas in den Wohngegenden der normalen Leute (???gassing the neighborhoods where the regular people live). Ich übertreibe nicht. Die Polizei war hemmungslos.

Das war in einem Gebiet außerhalb der Stadtgrenze etwa 10 Strassenblocks vom »Seattle Central Community College« entfernt. (???This was in an area from the city limits for about 10 blocks to the Seattle Central Community College). Gegen alles, was sich irgendwie bewegte, setzte die Polizei Gas ein. Leute die von der Arbeit nach Hause kamen, Kinder, Frauen, jeder, Leute die auf die Strasse gingen, weil sie sehen wollten was los war – diese Tränengaswerfer hören sich an wie richtige Kanonen – wurden mit Gas beschossen. Ein Block weiter stand eine Texaco Tankstelle – sie warfen Tränengasbomben mitten zwischen die Zapfsäulen. Ob man es glaubt oder nicht – Sie führten sich wie Vandalen auf . Sie beschossen einen Autobus mit Tränengas. Ich hab es mit eigenen Augen gesehen. Einen Bus. Der Fahrer, die Fahrgäste, die Leute sprangen aus dem Bus. [...]

Wie auch immer, da sie auf jede/n mit Gas los gingen, wurden die Leute des Stadtteils auch zornig und schlossen sich den Hundert an, die aus der Innenstadt getrieben worden waren. So kamen mit den Leuten aus der Nachbarschaft bald 500 zusammen, die alle sehr aufgebracht waren. Natürlich. Man hatte sie mit Gas und Pfefferspray beschossen, was eine ungeheure Wirkung hat. Darüber hinaus haben sie mit diesen verdammten Kugeln geschossen. Dann haben die Menschen am Seattle Central Community College Barrikaden errichtet. Die Polizisten haben sich eine Stunde lang beraten und gingen dann mit Gas in dem Viertel vor.

Heute haben sie mit Massenverhaftungen begonnen. Und zwar, weil Clinton, – die Griechen nennen ihn Planitarchis, Weltherrscher – eintraf. Er weinte Krokodiltränen weil er, wie er sagte, friedlichen Protest WAHNSINNIG GUT FINDET. Dazu muss man natürlich ein Zweijähriger sein, um zu glauben, dass er nichts mit der Polizeiaktion zutun hatte. Alles das, der Angriff der Polizei war US-Außenpolitik und nicht etwas, das ein Bürokrat in Seattle entschieden hätte. Das war das State Deparatement. Sie wollten die Leute diskreditieren.

Am Sonntag war eine Solidaritäts-Protestveranstaltung mit Leuten aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen. Montag kamen immer mehr. Dienstag war eine Art großer Karneval, wo die Leute alle möglichen Sachen gemacht haben. Eine Band spielte Musik und Leute haben das Welt-Handels-Zentrum (World Trade Centre)blockiert. Und gegen 3 Uhr nachmittags fingen die Polizisten an Tränengas zu werfen.

Das, was Clinton wahnsinnig gemacht hat, war, dass am Dienstag die Demonstranten es geschafft haben, gewaltlose Menschenketten zu bilden und dadurch jeden am Zugang zum Welthandelszentrum zu hindern. Nur ungefähr 27 Delegierte kamen durch, meist Amerikaner und Engländer. Es schien so als ob 10 Tausende von Demonstranten beteiligt waren. Deswegen brachte die Polizei die Nummer mit dem Gas gegen diese gewaltlosen Leute, um die Menschenketten zu durchbrechen. Damit die Demonstranten gewalttätig aussahen.

Heute (Donnerstag) folgte ich dem Gewerkschaftsprotest, den die Hafenarbeiter-Gewerkschaft organisiert hatte. Sie zogen zum Hafen, hatten eine Versammlung und marschierten dann zur Dritten Strasse. Sowie sie angekommen waren, fingen die Bullen an, sie mit Gas zu beschießen. Da war eine alte Frau. Sie war mit dem Bus zum Einkaufen in die Stadt gekommen. Die alte Dame war an die 70. Ich sah, wie sie wegzurennen versuchte, aber sie hatte keine Luft mehr. Sie stand unter Schock. Ich trug sie in einen Hauseingang. Sie schnappte nach Luft und war von Entsetzen gepackt. Sie hatte einmal in Deutschland gelebt und es war, wie wenn alte Erinnerungen wieder hochkamen; das Abschießen von Tränengas, das wie Kanonendonner klingt, die Hubschrauber über einem, Sirenen, berittene Polizisten, alles. Sie hatten sich eindeutig vorgenommen, diese Bewegung zu zerstören. [...]●

Interview mit Tommi Krippner

Plakativ

Von zahmen und wilden Vögeln

In dem Buch »hoch die kampf dem« ist u.a. das Plakat »Zahme Vögel singen von Freiheit wilde Vögel fliegen« abgebildet. Das Original von 1980 war mit einem Copyrightzeichen versehen und hatte eigentlich den Untertitel »Zahme Vögel singen von Freiheit die wilden fliegen«. Es gilt als eines der meist reproduziertesten Motiven in der linken Szene, obwohl KritikerInnen es auch als kitschig bezeichnen. Der Urheber dieses Plakates Tommi Krippner lebt in Berlin. Das kurze Gespräch mit ihm wurde im November 1999 geführt.
J.K.

Knobi: *Wie ist damals das Plakat entstanden, bzw. wie bist Du auf die Idee gekommen dieses Plakat zu machen?*

Tommi: Ende 1979, Anfang 1980 waren wir auf Jamaika, 12 Langhaarige auf Reggae-Tour. Damals waren Poster schwer angesagt, die Kneipen und Wohnungen waren voll damit, und auf einem Tisch im »Schwarzen Café« las ich den Spruch: »Zahme Vögel singen von Freiheit, wilde Vögel fliegen«. Ich habe zu der Zeit viel gemalt und so kam mir die Idee auch mal ein Plakat zu machen. Mit Hilfe eines Bildbandes über Greifvögel aus der Charlottenburger Stadtbücherei und dem noch anhaltenden tropischen Gefühl von Jamaika in den Knochen entstand das Motiv und wurde direkt umgesetzt.

Also nichts mit Plattencover aus den USA usw., so wie es in dem Buch »hoch die kampf dem« vermutet wird. Die erste Auflage wurde in Essen gedruckt und damals über den Regenbogen-Buchvertrieb unter die Leute gebracht. Eine Mark habe ich pro Plakat verdient.

Hast Du das als politisches Plakat gesehen?

Ich weiß nicht, was ist nicht politisch? Man wollte und will sein Lebensgefühl ausdrücken. Ich hatte Lust das Plakat so zu malen, und viele Leute damals wie heute hatten und haben Lust sich das Plakat an die Wand zu hängen. Ist doch toll.

Hast Du Dich denn politisch betätigt?

Wir haben demonstriert für die besetzten Häuser und gegen die Atomkraftwerke. Wir haben uns doch eigentlich über alles aufgeregt. Wir haßten fremd bestimmte Arbeit und machten was wir wollten. In einer Partei war ich nie, aber auf so mancher Demo.

Was hältst Du davon, daß Dein Plakat kitschig sein soll? In dem Buch »hoch die kampf dem« schreibt die Autorin Asea Eckenreich, daß Dein Plakat wohl das bekannteste ist, und gleichzeitig findet sie es kitschig.

Ist doch wohl klar. Es ist das bekannteste Plakat geworden, weil es kitschig ist. In meinem Wohnzimmer hängt ein Ölbild mit Herbstlandschaft ich höre gerne Hardcore-Country. Aus dem Gefühl heraus entsteht kreatives, wer will sagen was Kitsch ist?

»Zahme Vögel...« ist Kitsch-Kunst, welche vielen Leuten Freude gemacht hat und vielleicht immer noch macht. Wie ihr es nennt ist doch egal!

Und anscheinend ist es auch weit rumgekommen. Ein Freund hat es selbst in Nepal gesehen. Das Motiv wurde auch auf eine Toreinfahrt eines besetzten Hauses gemalt usw. Und natürlich sehr oft nachgedruckt.

Was geht Dir durch den Kopf ,wenn Du heute junge Leute siehst, die das Motiv als Aufkleber haben, oder als T-Shirt?

Dann denke ich, die müssen ja irgendwie so drauf sein wie ich damals. Bei all den Konsum-Kids läßt das hoffen.

Damals wolltest Du ja mit Deinem Plakaten Geld verdienen, was ja nun nicht so hingehauen hat. Heute ist Dein Motiv von den »zahmen und den wilden Vögeln« quasi ein Gemeingut. Wie findest Du das?

Damals habe ich mich geärgert, wenn wieder mal so ein Schwarzdruck auftauchte, und meine eine Mark pro Plakat flöten war. Heute finde ich es gut, daß es noch immer im Umlauf ist. Man freut sich doch darüber, wenn man was gemacht hat, und nach 20 Jahren finden die Leute es immer noch gut.

Es war ja nicht Dein einziges Plakat in dem Buch ist noch das »Bakery-Plakat« (auf 5.194). Und dann gab es da noch das Poster »Nur wer den Mut zum Träumen hat, hat die Kraft zu Kämpfen«? (1)

Ja, ich habe dann noch ein paar mal Motive von mir drucken lassen, die waren aber nicht so erfolgreich wie »Zahme Vögel...«

Du hast zu der Zeit ja auch viel gemalt, z.B. ein Bild über Brockdorf oder eins mit dem Titel »Deutschland muß sterben, damit wir leben können«?

Ja, ich habe einige Bilder auch mit Wut im Bauch gemalt. Würde ich heute noch viel malen bei dieser Schröder-Bande gäbe es sicherlich wieder kreative Wutausbrüche.

Wenn Du jetzt so eine Interpretation über Dein Plakat liest, wie das in dem Plakate-Buch «hoch die kampf dem« geschrieben worden ist, hast Du das Gefühl, daß es zerredet wird oder interessiert es Dich schon was darüber geschrieben wird?

Es interessiert mich natürlich wen jemand meine Bilder, in diesem Fall das Plakat, kritisiert. Allerdings finde ich viele Passagen der Interpretation als bla-bla – in Anführungszeichen. Das Poster ist aus meinen individuellen Gefühlen entstanden, und dient »einzelnen Subjekten« – Zitat – zu träumen. Davon haben in 20 Jahren viele Leute Gebrauch gemacht, that's it! Ich wollte niemand verhöhnen mit der Aufforderung zu Fliegen. Im Großen und Ganzen ist mir der Beitrag von Frau Asea Eckenreich viel zu kopflastig. Ein bischen Erbauung für alle Vögel, na und! Die Freiheit sollte süßlich sein.

Danke für das Gespräch.

(1) Dieses Plakat, sowie das »Zahme Vögel«-Plakat gibt es u.a. noch in der Buchhandlung Schwarze Risse in Berlin.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Freiburg, Jahr unbekannt

...Plakate, die nicht nur direkte Informationen transportierten wurden in den 70er und 80er Jahre zum beliebten Wandschmuck für WG-Küchen, Kneipen mit Anspruch sowie den politischen Buch- und Infoläden. Die »Sekt-Generation« der 80er forderte auch eine größere Ästhetik ein, und u.a. war hier die Zeitschrift *radikal* durchaus auch ein Vorreiter für neue Ideen im Bereich des Layouts, der Gestaltung im Allgemeinen.

In der Zeit entwickelte sich auch (wieder) das Plakat zum Kaufen, mit »Grundsätzlicheren« Themen, die einfach 'in' waren. Daneben war es aber auch immer ein Medium das die Straßenbilder beherrschte, wenn auch nur in den Großstädten, und da oft auch nur in bevorzugten Gegenden.

Zwischen dem Che-Plakat und dem Poster wo Frank Zappa auf dem Klo sitzt aus den 60er nehmen immer mehr die Fahndungsplakate des Staates an Raum in Beschlag. Dagegen setzten die verschiedenen Bewegungen, ob Frauen-, Friedens- oder Anti-AKW-Gruppen, ihre visuellen Zeichen. 1994 bringt die Zeitschrift CONTRASTE in Zusammenarbeit mit dem ID-Archiv in Amsterdam eine Plakat-Mappe heraus zum Thema »Stadtguerilla« mit 14 Plakaten im A-3-Format aus den »letzten 25 Jahren«,. Ein zaghafter Versuch das Medium Plakat aus den letzten Jahrzehnten auch als etwas historisches zu betrachten. Plakatmappen waren in den 70er und 80er Jahren ebenfalls von Internationalismus-Gruppen verbreitet worden. Die Mischung von Plakat und Buch aus den letzten Jahren brachte z.B. das Buch *»Kunst als Widerstand«* von Bernd Langer zusammen. Hier wurde vor allem die Arbeit der Göttinger Gruppe *KUK (Kunst und Kampf)*, dokumentiert, die für eine ganze Anzahl Antifa-Plakate IdeengeberIn war und ist.

Längst sind Plakate über die Kämpfe des Tages hinaus auch zu einem bekennenden Wandschmuck geworden.

Das Buch

Das Plakat ist die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, mit der Gesellschaft. Anders als bei Zeitschriften oder Broschüren, die meist nur in geschlossenen Kreise zirkulieren, heischt das Plakat im öffentlichen Raum um jeden Blick den es einfangen kann. Plakate markieren aber auch einen gewissen »Linken Raum«, einen Bewegungsradius der »Szene«. Nicht jedes Plakat allerdings schafft es, auch sein Anliegen zu transportieren. Einige Plakate werden daher auch recht harsch aus der heutigen Sicht kritisiert. Die rund 3.000 abgebildeten Plakate (incl. denen auf der CD-ROM) bilden aber alles in allem einen ziemlich repräsentativen Einblick in die politische Arbeit der letzten Jahrzehnte.In einschlägigen Zeitungen und Zeitschriften der Szene wurden Anzeigen und Aufrufe gestartet, um möglichst viele Plakate für dieses Buch zusammen zu bekommen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann wohl niemand erwarten, und die zeitliche Eingrenzung auf die letzten 20 Jahre war wohl eher der etwas hilflose Versuch die Ansprüche an ein solches Projekt nicht zu hoch zu stellen. So ist der Untertitel denn auch etwas zweideutig: »20 Jahre autonomer Bewegungen« liest sich auf den ersten Blick als wären hier nur die Autonomen gemeint, aber dies sollte eben nicht der Fall sein. Die Schwierigkeit lag nun darin, Plakate der 60er und 70er Jahre aufzutreiben, wenngleich auch Plakate vor 1979 im Buch abgedruckt wurden. Schwierig war auch, Plakate aus der Ex-DDR zu bekommen, und selbst aus der Nachwendezeit sieht es noch ziemlich mau aus. Die SammlerInnen hatten auch nichts gegen Plakate aus der Schweiz oder Österreich, aber im Endergebnis lagen eben nicht so viele davon vor, so daß eben letzten Endes doch mehr oder weniger die Plakate der (West-)Autonomen hier versammelt, samt diverser Einsprengsel. Für die Verlage – selbst in der Kooperation – war es eine große finanzielle Anstrengung. Es sollte nicht zu teuer werden, so dass bei der Auflage von 3.000 Exemplaren eine Dekkungsauflage von über 2.000 Stück erreicht werden muß, um die Unkosten auf Seiten der Verlage abzusichern (normalerweise liegt die höchstens bei einem Viertel der Auflage). Außerdem wird dieser Band vermutlich zur Folge haben, dass jetzt weitere Plakate auftauchen, und ob dann ein zweiter Band in gleicher Ausstattung erfolgen kann, wäre zu bezweifeln. Wenn es hoch kommt, vielleicht eine erweiterte CD-ROM, wodurch das Projekt – wie so einige Archiv- und Sammelprojekte – nur wieder was für SpezialistInnen werden würde. Aber das ist alles noch in weiter Ferne.

Dieses Buch ist zugleich eine kleine Geschichte der politischen Bewegungen in den letzten 20 Jahre, die z.T. so gar nicht mehr existieren. In den 18 Textbeiträgen geht es aber nicht nur um die diversen politischen Bewegungen und ihre visuellen Darstellungen, auch KleberInnen, ÄsthetikerInnen und MacherInnen kommen zu Wort. Die Beiträge, die sich mit den politischen Kämpfen wie um die besetzten Häuser, Frauen/Lesben-Bewegung, Soldaritäts- und Friedensbewegung, Antiimp, Antifa, Anti-AKW, Antirassismus und Antimilitarismus usw. auseinander setzen, sind überraschend selbstkritisch, nicht nur was die Gestaltung der Plakate angeht. Meistens sind es Rückschauen von Menschen, die aktiv in diesen Bewegungen steckten, oder noch stecken. Und um bloß nicht alles 'nur' als umfassende politische Arbeit der Bewegung zu betrachten kommen eben auch Leute zu Wort, die Plakate herstellen, kleben, betrachten und darüber einfach nur reden.In den Annotationen zu den einzelnen Abbil-

Wuppertal, 1989

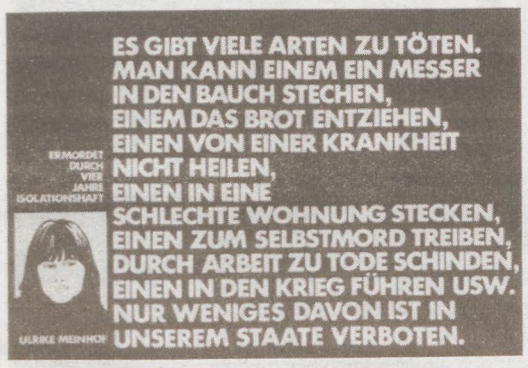
Interview mit Klaus Viehmann

Plakativ

Den Mauern einen Sinn geben

Klaus Viehmann ist einer der Herausgeber des Buches »hoch die kampf dem«, die hier den Gruppennamen HKS 13 haben. HKS 13 das ist im »Druckerlatein« die Bezeichnung für eine ganz bestimmte rote Druckerfarbe, die auf sehr vielen der linken Plakaten vorkommt.

Knobi: *Im Buch wird kurz angesprochen, dass du das Plakat zum Tod von Ulrike Meinhof »Es gibt viele Arten zu töten...« geklebt hast. – Anfang der 80er haben wir vom Kneipenkollektiv das im Übrigen nachdrucken lassen und für die Knastkasse verkauft, ein immer noch sehr eindrucksvolles Plakat. – Wie war das damals, hast du Lust darüber etwas zu erzählen?*



Berlin 1976

Klaus: Das war im Mai 1976 gewesen, ein paar Wochen später bin ich aus anderen Gründen »untergetaucht« und war dann die 80er Jahre über wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2.Juni und anderem im Knast. Nach der Meldung vom Tod Ulrike Meinhofs hatten sich in der ESG in der Westberliner Carmerstraße Leute aus der damaligen Berliner Roten Hilfe, aber auch viele andere Linke und die vom Komitee gegen die Folter – vergleichbar mit den späteren Antiimps – getroffen. Es gab von den »undogmatischen« Linken schon diesen Plakatentwurf, der binnen weniger Stunden in einer linken Druckerei in einer 1.000er Auflage gedruckt wurde. Ein anderes, kleineres Plakat, zeigte Ulrike beim Hofgang im Knast Köln-Ossendorf, an den Text kann ich mich nicht mehr entsinnen. Über »unser« Plakat gab es ein wenig Streit, weil manche meinten, es werde nicht explizit von Mord gesprochen, wir würden uns nicht eindeutig verhalten. Ich fand und finde den Text aber richtig. Übrigens aus einem Gedicht von Bertolt Brecht, manche denken heute, der sei von Ulrike selbst.

Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, besteht HKS 13 aus Sebastian Haunss, Markus Mohr und dir. Ihr lebt nicht in der selben Stadt, war jetzt der Gruppenname eher für dieses Buch-Projekt gedacht, oder versteht ihr euch darüber hinaus als Gruppe?

HKS 13 ist einfach nur ein Name für die Herausgabe dieses Buchs, den wir ganz treffend und witzig fanden. Hätten wir keinen Herausgeber, würde außerdem die Deutsche Bibliothek den Verlag nerven, weil die in ihrer Datei halt ein Feld für AutorIn bzw. Herausgeber haben und das sonst nicht in ihren Computer eingeben können – wir mussten bei einem andern Buch schon mal jemanden erfinden. Aber zu deiner Frage: wir kannten uns schon vorher, hatten unterschiedlich viel miteinander zu tun, haben aber beim Plakatbuch zum ersten mal alle zusammengearbeitet. Neben dem gemeinsamen Redigieren und Betreuen der Texte hat sich Sebastian in erster Linie um die Sammlung und Digitalisierung der Plakate gekümmert, Markus konnte als wandelndes Bewegungslexikon zu den meisten Plakaten die Geschichten liefern, die sich dann in den Bildunterschriften niedergeschlagen haben und ich habe das Buch noch von der Verlagsseite aus betreut. Gemeinsam haben wir die Artikel bei GenossInnen »bestellt« und dann überarbeitet, das waren oft kontroverse, aber immer ergiebige Diskussionen. Die Einleitung haben wir dann zusammen geschrieben. In Zukunft werden wir uns weiter um dieses Buch, aber auch ein wenig um den Aufbau eines Plakatarchivs kümmern und vielleicht bei einem anderen Buchprojekt wieder zusammensitzen, mal sehen.

Mit 39.80 DM ist das Buch, obwohl es natürlich auch viel Geld ist, immer noch ziemlich preiswert. Ist dies nicht ein finanzielles Wagnis für die Verlage, denn Druck, Verarbeitung und Gestaltung sind ja doch sehr aufwendig, was für kleine Verlage, die meist auch noch unterkapitalisiert sind?

Das ging nur, weil wir praktisch die gesamten technischen Arbeiten wie Bildbearbeitung, Scannen, etc. selbst gemacht haben. Das alles und die ganze Vorbereitung, also Reisen zu Archiven, das Fotomaterial und die Gerätschaften für die Digitalisierung der Plakate waren nur durch unbezahlte Arbeit, privates Geld und Reste anderer Projekte vorfinanzierbar. Löhne hätten das Buch wenigsten 68 DM kosten lassen. Die DruckerInnen haben sehr günstig gearbeitet und einige linke Zeitungen haben uns durch Vorabdrucke – also unbezahlte Werbung – unterstützt. Die Druckrechnung ist durch einen privaten Zwischenfinanzierungskredit gesichert, aber wir müssen fast alle der 3.000 gedruckten Bücher auch verkaufen, um das wieder reinzukriegen. Der Aufruf im Buch, das Buch als Bewegungsprojekt zu begreifen und entsprechend zu unterstützen, ist sehr ernst gemeint – andernfalls können sich solche Bücher nur noch die leisten, die genug Geld haben, aber wir wollten gerade auch Infoläden und Jugendliche erreichen.

Ihr habt euch ja mit dem Buch quasi eine Sisyphusarbeit aufgehalst, nicht nur, dass das Zusammentragen von 3.000 Plakaten Arbeit gemacht hat, sondern jetzt werden ja wohl noch Nachzügler kommen – ich habe z.B. auch noch welche – wie kann also die Arbeit eines solchen Plakat-Archives aussehen?

Sammeln, sortieren, in eine Datenbank aufnehmen, fotografieren, digitalisieren, auf CD brennen. Das wäre die Technik, natürlich wäre es vor allem aber ein politisches Projekt und die Plakate müssen allgemein zur Verfügung stehen, entweder über eine Internetseite, über regelmäßige »Update-CDs« oder sonstwie. Schön wäre eine Diskussion über die gesammelten Plakate und wenn sich Leute die Originale oder Daten ansehen können, am besten, um selber neue – und gute – Plakate zu machen. Für das Hamburger Plakatarchiv im Archiv der sozialen Bewegungen, was in der Roten Flora beheimatet ist, laufen zur Zeit Spendenanträge, die sind aber noch nicht entschieden. Denn so ein Archiv ist nicht billig und braucht viel Arbeitszeit.

Bei den politischen wie auch theoretischen Beiträgen fiel mir eine Sache besonders auf: Die AutorInnen sind fast alle unter 40 Jahren, also relativ jung – im

Berlin, Anfang der 90er

Gegensatz zu uns beiden –, dafür sind aber die Beiträge zum Teil ziemlich abgeklärt. Habt ihr euch die AutorInnen nach besonderen Kriterien ausgesucht?

Wir haben nach politisch engagierten AutorInnen gesucht, die zu Plakaten, bzw. zu den visuellen Ausdrucksformen z.B. der Internationalismus- oder Frauenbewegung bereits etwas diskutiert oder geschrieben hatte. Und wir haben Leute gefragt, die zwar ungern Texte verfassen, aber viel von Grafik verstehen, PlakatmacherInnen eben. Abgeklärt zu sein ist sicher kein Privileg der über 40-jährigen, die über 25-jährigen sind das heute auch ... Wichtig war uns und allen AutorInnen, kein Buch zu machen, dass die autonomen Bewegungen hochleben lässt und unkritisch gegenüber den eigenen (Plakat-)Erzeugnissen ist. Ein glattes Buch ohne Reibungspunkte würde wenig Nutzen haben, und wir wollen ja alle, dass wenigstens »unsere« Plakate besser werden in einer politisch eher schlechter werdenden Situation. (Denk bitte nicht, wir sähen Plakate als das linke Heilmittel – aber sie sind schon wichtiger, als mensch manchen ansieht).

Dann fiel mir noch allgemein auf, wenn mensch so geballt linksradikale Plakate auf einen Haufen sieht, dass sie doch im direkten Vergleich zu den Werbeplakaten des Kapitals stehen, mal abgesehen von den verschiedenen technischen Aufwand, der sich ja im Übrigen immer mehr angleicht. Da sieht z.B., dass in dem Buch aus grafischer Sicht hochgelobte Plakat vom Berliner Ermittlungsausschuss, doch genauso aus wie Werbung für verschiedene Dosensuppen, wenn die entsprechenden Unterschriften nicht wären. Wer will da denn wem was vormachen? Oder anders gefragt: Wieviel Design braucht das politische Plakat?

Im Buch ist ein schöner Artikel von sandy k., wo es genau um diese Frage geht. Auch im Artikel von Kerstin Brandes über Frauenplakate werden ein paar grundsätzliche Reflexionen über Bilder und das, was sie aktivieren wollen/sollen angestellt. Dass Werbefuzzis sich auch Gedanken über das Wirken von Plakaten machen, ist zwangsläufig, aber da ist doch der Unterschied, für was. Umgekehrt schadet linken Zwecken eine entsprechende Gestaltung, sprich Verbreitung, grafisches Können und Wissen über subtile Wirkungen von Bildern im gesellschaftlichen Kontext ganz bestimmt nichts. Ich glaube, dass in der linken Geschichte 99% der Redezeit Texte betraf und nur 1% Bilder. Ein paar Prozent mehr sind in einer visualisierten Welt sicher angebracht.

Manchmal wurden in dem Buch – auch zurecht – einige Plakate heftig kritisiert. Was glaubst, wird euer Buch jetzt bewirken, dass mehr Leute Plakate, und vielleicht 'bessere' machen werden, oder ob das vielleicht auch mehr abtörnend wirken könnte?

Manche Plakate haben uns beim Auspacken der Postrollen wirklich erschauern lassen. (Und manche waren ganz toll!) Bei manchen merkt mensch, dass sie nicht »funktionieren«, dass es eher große Flugblätter sind, die mit dem Format, den Farben, den Fotos und der Zusammenstellung nichts produktives anfangen können. Ganz klar: Vor ein paar Jahren hätten wir Plakate weniger genau und weniger kritisch betrachtet, aber wir lernen ja ständig dazu. Abtörnend soll das Buch gerade nicht sein, es wird ganz bestimmt viele für das Plakatemachen interessieren und mit dem Buch und der CD gibt es jetzt reichlich Anschauungsmaterial.

Danke für das Gespräch. Ich hoffe, dass sich euer Buch gut verkauft, und wir bald mehr von eurem Archiv-Projekt hören werden. Danke.●

jetzt müssen wir die Suppe gemeinsam auslöffeln!
Der EA braucht Spenden für Prozeßkostenübernahmen

Am besten Daueraufträge, aber auch sonst: Sonderkonto Klaus Schmidt, Postgiroamt Berlin BLZ 100 100 10, Konto-Nr.: 20610106

Berlin 1997

FORTSETZUNG VON SEITE 6

dungen finden sich nicht nur das Erscheinungsjahr und der vermeintliche Druckort – sofern diese rückwirkend ermittelbar waren – sondern auch, leider jedoch noch zu wenige Anmerkungen zu den Ereignissen um das Plakat herum. Dies hätte sicherlich noch im größeren Umfange genutzt werden können, denn hinter jedem Plakat steckt auch eine Geschichte, stecken Menschen, die das produzieren von Plakaten meistens ja nicht von Berufswegen machen und/oder aus Jux und Dollerei.

Im Übrigen ist das Pseudonym der Herausgeber(Innen?) 'HKS 13' nicht unbedingt der Code für eine Geheime Gruppe von FreundInnen bedruckten Papiers, sondern vor allem im Bereich der DruckerInnen die Bezeichnung für die Farbe Rot, ohne die die meisten Plakate kaum auskommen.

Die CD-ROM

Dass auf dem Buch selbst kein Hinweis auf die CD-ROM in Form eines Aufklebers oder ein sonstiger Hinweis ist, mag ein verkaufsstratigischer Fehler sein, denn für jene, die die technischen Möglichkeiten besitzen, verdoppelt sich der Gebrauchswert des Buches. Auf der CD-ROM, die unter Mac und PC läuft sind zusätzlich noch ca. 2.400 Plakate zu besichtigen. Über eine Suchmaschine kann hier nach verschiedenen Kriterien bestimmte Plakate gesucht werden oder via »Slideshow« kann mensch auch alle Plakate an sich vorüberziehen lassen. Die Suche nach bestimmten Worten oder Begriffen gestaltet sich mitunter etwas schwierig. Die Kategorien sind mitunter nicht so tauglich, wenn mensch ein spezielles Plakat sucht. Eine Volltext-Recherche kann aber eben auch nur funktionieren, wenn die Texte auf den Plakaten alle eingegeben werden, und dies scheint nicht immer passiert zu sein.

Was fehlt

Ohne das Buch in seinem Wert, oder seiner Wichtigkeit zu schmälern soll hier noch kurz drauf eingegangen werden was fehlt, bzw. wonach noch gesucht werden könnte. So lose, wie bereits in den 70er Jahren die Sponti-Bewegung organisiert war, so entstanden auch Plakate oder Poster, die neben dem direkten Informationsträger für Sit-Inns, Demos usw. ein Lebensgefühl der damaligen Zeit ausdrückten – wie etwa das Plakat »Zahme Vögel singen von Freiheit, wilde Vögel fliegen«, welches zu einem der weit verbreitetsten Motive in der linken Szene zählt.

Wie 68 so gilt wohl heute auch wieder das schlichte Che-Guevara-Plakat, dank der Musikgruppe »Rage against the machine« als ein angesagter Wandschmuck. Seit den 60er Jahren hat der Grafiker Klaus Staeck mit seinen zahlreichen Plakaten sicherlich auch zu einer Kultur der politischen Plakate beigetragen, selbst wenn die oft im Auftrag von Gewerkschaften oder der SPD hergestellt wurden. Wodurch sie sich allerdings für dieses Buch nicht empfehlen, aber durchaus erwähnenswert wären.

Ab Mitte der 70er Jahre gab es in Berlin z.B. das »Produktionskollektiv Kreuzberg« welches nicht nur eine eigene Postkarten- und Plakat-Edition vertrieb sondern auch für zahlreiche Gruppen grafische Hilfestellungen leistete. Die Gruppe, die sich später *»SehStern«* nannte, machte z.B. Mitte der 80er Jahre ein Plakat zum Paragraphen 218, welches ihnen prompt ein Verfahren wegen 'Pornografie' einbrachte. Und nicht zuletzt waren sie auch zuständig für die ersten Plakate, die für eine unabhängige, linksradikale Tageszeitung werben sollten. Was letztendes daraus geworden ist? Nun, wie so manches hoffnungsvolles Projekt haben wir auch die *taz* schon seit Jahren begraben müssen, da es inzwischen zu einem Sprungbrett karrieresüchtiger JournalistInnen vergekommen ist. Die Gruppe »SehStern« ist heute noch tätig, wenn auch vielleicht nicht mehr ausschließlich für ein linksradikales Klientel. Ähnlich wie das im Buch beschriebene Projekt der Druckerei in der »Roten Flora« Hamburg.

In den 70er und 80er Jahren gab es z.B. einige Motive im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Nordamerikanischen Ureinwohner. Von *Gerhard Seyfried* gab es auch einige nette Plakate, wie das vom dem fein säuberlich auseinander gelegten Panzerfahrzeug, oder dem wildgrinsenden Latzhosenmännchen mit der Zwille. Und was war mit dem *Tunix-Kongress* in Berlin von 1978? Wo sind die Plakate der Stadt-Land-Projekte und Kongresse usw. Plakative Revolutionsdevotionalien – bunt, und dafür gut, um einen schlecht gestrichenen Untergrund an der Zimmerwand in einfacher Weise zu verschönern.

Und noch'n Plakat

Den MacherInnen muss klar gewesen sein, hier nur einen Teil der linksradikalen Plakate zusammengetragen zu haben. Es kann wohl auch nie behauptet werden, alle zu haben. Diesen Anspruch hat das Buch aber auch nie gehabt. In seinem Umfang ist es bisher einzigartig. Die Texte mit ihren politischen Einschätzungen werden sicher bei einigen Rezensenten Widerspruch herausfordern, aber gerade das Sammeln und dokumentieren der Plakate in einem kontroversen Raum macht das Buch lebendig und lässt es nicht 'nur' zu einem Archivierungsprojekt verkommen.

Selbst wenn es gegen Schluss den Eindruck machen sollte, aber eigentlich gibt es nichts zu meckern. Das Buch »hoch die kampf dem« ist ein Projekt, welches wärmsten zu empfehlen ist. Vielleicht regt es ja auch an mal ein Plakat zu machen, und den Mauern einen Sinn zu geben..●

Weitere Infos zum Plakat-Archiv z.B. gibt es bei:
Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg, Schulterblatt 71, D- 20357 Hamburg, Tel.: (0 40) 43 30 07, Fax: 432 47 54

Sowie bei den Buchhandlungen
Schwarze Risse Berlin
oder Buchladen Rote Straße Göttingen

DOKUMENTATION:

Plakativ

Das rebellische Kind

oder: »Nie wieder erwachsen!« Zur Funktion der Kinder-Ikone in der autonomen Propaganda

Der nachfolgende Beitrag und die Abbildungen wurden dem von »HKS 13« herausgegebenen Band »hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen« entnommen. Aus Kostengründen leider ohne HKS-Farben. Für CONTRASTE-LeserInnen mit einem Internetanschluss haben wir die Abbildungen in Farbe dargestellt: www.contraste.org/plakativ.

H. Frankurter ● In der Selbstpräsentation der militanten, linksradikalen Bewegung dominierten vom Beginn der Achtziger Jahre an »die Kämpfenden«. Sie veranschaulichten verschiedene bewaffnete Kämpfe, gegen schwierig zu visualisierende, mächtige Feinde: Bullenstaat, Imperialismus, Faschismus oder Patriarchat. Ihr politischer Kontext, der Befreiungskrieg oder die polarisierte Konfrontation von Macht und Gegenmacht, charakterisierte die Kämpfenden-Ikonen. Nur starke, optimistische SiegerInnen oder zornige, konzentriert und ernsthaft angreifende KriegerInnen wurden den Ausdrucksbedürfnissen der Militanten und ihrer Konzepte gerecht, nur diese Bilder konnten in der subjektiv als zugespitzt wahrgenommenen Situation bestehen. Sie verkörperten den Willen, neues Recht und neue soziale Beziehungen mit Gewalt durchzusetzen oder Herrschaftsprojekten bedingungslos zu widerstehen. Witz, Ironie und Chuzpe blieben den Seyfried-Figuren vorbehalten, deren Ästhetik für revolutionäre Militante nur Klamauk war und die die Bilddominanz der »Kämpfenden« nicht in Frage stellten.

Es waren andere Prozesse, die dazu führten, dass sich viele Militante nicht mehr von dieser alten Ikone repräsentiert sahen. Ausschlaggebend waren wie so oft Ereignisse, die schlagartig bereits registrierte Unstimmigkeiten in offene Kritik und Opposition umschlagen lassen. Die Ermordung einer Kommandantin der Guerilla in El Salvador durch ihre eigenen Genossen wegen politischer Konflikte 1982, die Erschießung des GIs Pimental durch die RAF 1985 oder die beiden toten Polizisten nach den Schüssen an der Startbahn West 1987 waren Anlässe, die eigene Theorie und Praxis grundsätzlich zu hinterfragen. Die politischen und ganz praktischen Niederlagen der Massen-Autonomie, der sozialen Bewegungen und der Guerillagruppen taten ein Übriges, um die Identifizierung mit der Kämpfenden-Ikone schwinden zu lassen. Die politisch-strategische und sozial-emanzipatorische Qualität der absoluten Militanz, des revolutionären Befreiungskriegs und der Guerilla-Mentalität wurde »neuen Fragen« unterworfen. Ist das Ergebnis revolutionärer Siege Herrschaft und Despotie? Ist der Kampf nur für den Verlust moralischer Integrität zu haben? Was alles wird dem revolutionären Soldaten geopfert? Sind militante Strategien noch Antworten auf gesellschaftliche Verhältnisse oder ignorieren sie diese?

Abb. 2: Frankfurt/Main 1998

Werden diese Auseinandersetzungen verweigert oder delegitimiert, gerinnt die Kämpfenden-Ikone zum autoritären Fetisch einer unkritisierbaren »Identität«. Sie wandelt sich vom Mittel der Mobilisierung gegen einen äußeren Feind zum Instrument des Regierens in der radikalen Linken – was sie immer schon auch war. Sie dient der Stabilisierung eines Binnen-Milieus und wird traditionsstiftende Mititanz-Mythologie. Die Selbstvergewisserung der eigenen tugendhaften Gesinnung wird zum Hauptargument für politische und ästhetische Technik der Präsentation, des Beeindruckens und der sinnlichen Überwältigung. Kämpferisch zu sein ist nicht mehr Bestandteil unmittelbarer Erfahrung und politisch kontrollierbarer Sinnhaftigkeit, sondern Image einer ästhetisierten Politik. Sie will als kämpferische erlebt werden, ankommen und beeindrucken – ohne einen Maßstab außer dem Verkaufserfolg ihrer Autorität selbst.

Der Aufstieg der rebellischen Kinder ...

Der Durchbruch der rebellischen Kinder begann 1987/88. Ein kleiner baskischer Junge, der verspielt, nachahmend und probend mit seiner Zwille zielt (Abb. 1 und 2), tauchte auf Plakaten, Aufklebern und Broschüren der autonomen Kampagne gegen den IWF und Weltbank-Kongress 1988 auf (Guckt mal, jetzt komm ich!), ein fröhlich lachendes Mädchen springt Seil zur Parole »Die Revolution ist großartig – alles andere ist Quark« (ist bnicht süß genug ...) der revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin 1988 (Abb. 5 und 6) und das gemischte Doppel Anna und Arthur (Wir petzen nix!) machte eine fulminante Karriere in der Aussageverweigerungs-Kampagne nach der Repression gegen StartbahngegnerInnen (als Folge der Schüsse am 2. November 1987) und der Razzia am 18. Dezember 1987 gegen Revolutionäre Zellen und Rote Zora (Abb. 9 und 10). Die sich schnell verbreitende und akzeptierte Ikone »rebellisches Kind« symbolisierte den Optimismus und das Selbstbewusstsein einer aufstrebenden, leistungsbereiten Schicht der Autonomen. Sie bebilderte die Legende der unbeschwerten, jugendlichen, erfolgreichen und schönen Autonomen, einer überlegenen, militanten Avantgarde.

Abb. 1: Bremen 1988

Für die »Autonome Partei« hatte die Ikone »rebellisches Kind« verschiedene Funktionen, eine war die visuelle Außendarstellung. Die Autonomen waren gerade 1986 und 1987 konfrontiert mit einer massiven Medienkampagne, oder militärisch gesprochen: mit psychologischer Kriegsführung, in welcher der vom Staatsschutz erfundene Begriff »gewaltbereite Autonome« begierig aufgegriffen und weitererzählt wurde. Inhalt der Verklammerung von Gewaltbereitschaft und Autonome ist die Behauptung, dass Politik für Autonome nur Anlass und Vorwand der Gewalttätigkeit, Gewalt der eigentliche Zweck und das wahre Ziel all ihrer Bemühungen und jedes andere proklamierte Motiv nur vorgetäuscht sei. Diese konstruierte Bösartigkeit wird vom »natürlichen Gutsein« der Kinderbilder unterlaufen. Sie sind nicht bedrohlich, sondern kreativ und lustvoll. Sie laden ein zu einem anerkennenden Lächeln, sie sind ein Angebot, emotional teilzuhaben an ihrer fröhlichen Militanz. Die Ikonen der rebellischen Kinder spekulieren mit ihrem kindlichen Charme; ihrer sympathischen Ehrlichkeit (Abb. 3 und 4).

Der bis heute andauernde Erfolg des baskischen Jungen beruht auf der Bildkonstruktion. Er ist der alleinige Mittelpunkt des Bildes; er ist eine narzisstische Projektion, die den Raum mit ihrer Lust, ihren Interessen und Bedürfnissen füllt. Kein Zielobjekt ist sichtbar, auf das der Junge schießt. Die Harmonie der Konstruktion würde zerstört, wenn es eine Katze oder Taube wäre. Die Grausamkeit würde die Projektionsfläche zerstören, das Bild würde nicht mehr funktionieren. So aber ist die Militanz nur eine selbstverliebte Geste, die aus dem Fotoalbum einer Kleinfamilie stammen könnte. Erst der Zusammenhang mit der jeweiligen Parole wie »IWF angreifen« schärft das Bild, macht es politisch bedeutungsvoll. Trotzdem bleibt der Junge harmlos klein. Er wächst nicht mit dem politischen Kontext, sondern bleibt wie er ist: duldbar, so wie der Hofnarr der schärfste Kritiker des Königs sein darf. Der Junge kann lustvoll und kinderleicht militant sein, ohne dafür mit Angst und Bestrafung bezahlen zu müssen. Die Militanz in der Bildkonstruktion macht diese erst interessant, das Kind muss rebellisch, mutig und selbstbewusst wirken, um bei den Betrachtenden erfolgreich zu sein und mit Aufmerksamkeit und Anerkennung belohnt zu werden. Gleichzeitig begrenzt die Form den realen Gehalt der Rebellion, sie ist nicht existenziell, sondern verspielt, nicht tödlich, lieber lebendig. Es ist offensichtlich, dass diese Bilder vom Image kleiner Kinder in der deutschen Metropolengesellschaft profitieren und zumindest einige Effekte ähnlich von der Werbung und Warenästhetik ausgebeutet werden.

Wesentlich wichtiger waren jedoch die Funktionen, welche die rebellischen Kinder innerhalb der Autonomen erfüllt haben. Die Ikone illustriert neue politische Zielvorstellungen. Nach den Bauzaun-Schlachten und der Sabotagewelle 1986 gegen das Atomprogramm, die sich praktisch nicht mehr steigern ließen, entstand die Parole »Den Kampf in die Städte tragen«. Für diese Losung gab es mindestens zwei Interpretationen. Die eine verstand unter ihr die Radikalisierung des Kampfes gegen das Atomprogramm zu einem breiteren antikapitalistischen Kampf und suchte thematische Anschlüsse wie die Leiharbeit in Atomlagen oder die Profiteure des Atomgeschäfts (Siemens, KWU, Degussa, RWE u.a.).

Die andere dockte bei schon vorhandenen Praktiken wie dem Häuserkampf neu an und setzte »Erobern wir uns die Stadt« wieder auf die Tagesordnung. Es ging um Aneignung, den Widerstand gegen eine durchkapitalisierte, verwaltete und sozial kontrollierte »Lebenswelt«. Symbole dieser Interpretation waren der Volkszählungsboykott, die 1. Mai-Revolte in Berlin-Kreuzberg und der Kampf um die besetzten Häuser der Hafenstraße in Hamburg 1987. Das Plakat mit dem Luxemburg-Zitat veranschaulicht, dass diese unterschiedlichen Positionen 1988 vereinbar waren und sich zu »einem Kampf« verbünden und integrieren ließen. Die Ikone »rebellisches Kind« drückte die Wünsche und Fantasien der Autonomen aus. Es sind proletarische Straßenkinder, die den öffentliche Raum aneignen, kollektiv nutzen und eigensinnlich gebrauchen. Die rebellischen Kinder sind Symbole für unabhängige Kinderkollektivität (die Mama am Herd wird erst abends wieder wichtig), kreative Respektlosigkeit, ungebrochene Neugier, optimistische Weltzugewandtheit und Aktivität. Sie sind die idealisierte Charakterisierung einer verlorenen, aber wiederzugewinnenden Utopie, eines radikalen Humanismus,

Abb. 3: Hamburg 1990

der einer feindlichen, erwachsenen Außenwelt trotzt, ein »so soll es sein« und "so sind wir« zugleich. So etwa lassen sich einige damalige Grundzüge autonomer Ideologie entziffern.

Eine dritte Funktion der Kinder-Ikone, so meine These, ist die Entsexualisierung der eigenen Repräsentation. Die Kämpfenden-Ikone war noch sexuell, Che Guevara erotisches Objekt. Die Geschlechtlichkeit trat zurück, blieb sekundär unter Vermummung, hinter Waffen und Blicken, aber die Bilder zeigten sexuell Erwachsene. Die Spannung der Körper, ihre Aktion und Konzentration war auf den zweiten Blick erotisch. Gerade die Verwischung von Geschlechtergrenzen, Eindeutigkeiten, machte die Kämpfenden anziehend. Das biologische Geschlecht hinderte Frauen nicht, sich mit Militanten zu identifizieren, Waffen und Körper waren nicht männlich besetzt. Sekundäre »männliche« Geschlechtsmerkmale wie Körpergröße, Muskelmasse oder Breitschultrigkeit spielten keine Rolle, die Kämpfenden waren weder besonders groß noch kräftig, die Dreiecksform nicht ausgeprägt, oder sie verdankte sich der bei Frauen und Männern beliebten Motorrad-Lederjacke. Einige produzierte Bilder von Kämpfenden repräsentierten nicht alle, sondern nur »die Männer«. Bilddiskursiv reproduzierten sie die Geschlechterpolarisierung mit und definierten intern, was »männlich(er)« ist und was nicht. Bilder von Schwäche oder Stärke wurden im Ausschluss-Einschlussverfahren mit Intellektualität oder Militanz assoziiert, was zusammen mit der Kritik am Sexismus der Männer die Opposition gegen den Streetfighter verstärkte. Die Kämpfenden waren nicht mehr unumstritten, sondern harter Kritik ausgesetzt. Dies ging so weit, dass Militanz mit sexualisierter, Frauen bedrohender Gewalt gleichgesetzt und nicht mehr unterschieden wurde. Es waren doch immer die gleichen Männer: »Genosse auf der Straße, Faschist im Bett«.

In einer reformbereiten Männerfraktion hatte die politische Trennung der Frauen und die 1987 bis 1989 statt-

Abb. 4: Bielefeld 1999

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Plakativ

findende Patriarchats-Debatte Folgen: Es gab vielfältige Bemühungen, den Konflikt zu rationalisieren, einzugrenzen und aushaltbar zu machen. Die Ikone »rebellisches Kind« kann ein Reflex dieses Konfliktes und seiner Konsequenzen sein. Die Kinder-Ikonen zeigen keine bedrohliche Sexualität oder Gewalt, kein genitales Begehren. Kleine Jungs können sogar in Frauengruppen toleriert wer-

Abb. 5: Berlin 1988

den. Sie wecken »Mutterinstinkte« oder spekulieren zumindest auf die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für die soziale Liebesarbeit, das Sorgen, Schützen und Helfen. Den Kleinen verzeiht frau gerne, das Verzeihen ist die Bestätigung der Beziehung und Angebot eines symbiotischen Friedens, von dem beide profitieren. Die rebellischen Kinder präsentieren entgegen den oft harten Zügen

Abb.: 7 Ort und Datum unbekannt

der Kämpfenden weiche, lustbetonte Sinnlichkeit, sorglosen Hedonismus und Schweigen in Gefühl und Spiel. Versteckt ist darin vielleicht ein gewünschtes (von Männern? von Frauen? von beiden?) Verhältnis der Geschlechter und der Heterosexualität: ohne Konflikte, Angst, Sorgen, Getrenntsein, Trennung und Grenzen.

... und ihre Krise

Die politisch entscheidenden Ereignisse seit Herbst 1989, die Auflösung der staatskapitalistischen Strukturen der realsoziatistischen Länder und eine nationalistische Deutschlandbewegung in der ehemaligen DDR, der zweite Golfkrieg 1991 und insbesondere die rassistische Mobilisierung und Terrorweite vor und nach Hoyerswerda im selben Jahr markierten die weit gehende Zerstörung der westdeutschen Legende der überlegenen Autonomen, selbst wenn sich diese individuell bis heute borniert behauptet. Die Autonomen mussten feststellen, dass es eine reaktionäre, autoritäre Massenbewegung ist, die erfolgreich militant und außerparlamentarisch auf der Straße agiert, »völkisch-proletarische« Interessen vertritt und politisch konzentriert. Überrascht stellten sie fest, dass sie weder alleine auf der Straße sind, noch das Monopol auf Militanz und Rebellion innehaben. Die Autonomen mussten ihre Präsenz mühsam organisieren, ihre praktischen Antworten kamen wie in Rostock viel zu spät.

Die von Teilen der Autonomen erhoffte proletarische Rebellion entlud sich 1991 und 1992 als faschistischer Pogrom, als wilde Durchsetzung einer rassistischen Ordnung, die im Kern eliminatorisch ist. Zwölfjährige Baby-Skins in Trabantenstädten und an dörflichen Bushalte-

stellen sind das grausame Zerrbild der eigenen Kinderlkonen. Deren Rebellion war eine für mehr Autorität, für gesellschaftliche Teilhabe und Sättigung an der überwältigten Beute. Diese erschreckenden Erkenntnisse veränderten die politische Praxis der Autonomen nachhaltig. In dieser Zeit schob sich neben die gewinnende, optimistische Militanzparole die aggressive, defensive Antifaparole. Mit neuen politischen Erfahrungen und durch die Selbsterkenntnis und Veränderung des politischen Bewusstseins geriet die politische Repräsentation durch die Ikone der rebellischen Kinder ins Wanken. Autonome entdeckten sich selbst in der rassistischen Gesellschaft als weiße Deutsche.

Das rebellische Kind repräsentierte ein »An-sich-Gutsein«, das sich nur gegen eine ihm äußerliche Unterdrükkung behaupten müsse, im Kampf »unten« (gutes Kind) gegen »oben« (böser Erwachsener). Die Kultivierung des politischen Status »rebellisches Kind« ignorierte die gesellschaftliche Bedingtheit des eigenen Sprechortes und Blickwinkels, die verinnerlichte Gesellschaftlichkeit.

Die Vergesellschaftung der Individuen in einem kapitalistischen, rassistischen und autoritär demokratischen Deutschland prägt die Inhalte, Werte, Interessen und Fantasien der autonomen Opposition mit, lässt sie nicht unberührt. Beispielhaft dafür ist die Ikone »rebellisches Kind« selbst, ihre Bildkonstruktion und Auswahl.

Sie ist instrumentell, um eine Schicht der Autonomen zu repräsentieren: Es sind lustige, kecke, gut genährte, unverletzte und freie Kinder, die Bilder schließen Depression, Brutalität, Sucht, Armut, Hunger, Rigidität, Arbeitszwang und Abhängigkeit aus, alte Eigenschaften, die das antiautoritäre, glückliche Kinderbild trüben würden. Sie reflektieren daher nicht die Sozialisationsbedingungen, die aus kleinen Kindern NationalistInnen und RassistInnen machen. Die Beliebtheit der Kleinen Strolche (Abb. 7 und 8), ein Produkt der frühen US-amerikanischen Kulturindustrie, ist ein Hinweis darauf, dass die Ikone »rebellisches Kind« ein integratives Projekt ist. Sie versöhnt die kindliche Rebellion mit der Erwachsenenwelt, sie ist ein Bild, wie sich Erwachsene Kinderwelten wünschen. »Alle« können über die Kleinen Strolche lachen, weil sie drollig sind und gewinnen, den dummen Polizisten entkommen. Sie sind Identifikationsfiguren für Kinder und Erwachsene. Sie sind keine fremden Kinder, die im eigenen Garten Äpfel klauen und Vogelnester zerstören, im Bus unangenehme Zoten reißen, provokativ gegen Mülleimer treten, Wände bekritzeln und in Museen lärmen. Sie sind in ihrer drallen Liebenswürdigkeit das innere, narzisstisch geliebte Kind. Die Bilderbuchkinder entkommen den fremden, feindlichen Autoritäten, der Wunsch wird virtuelle Wirklichkeit, denn es findet sich immer noch ein Loch im Zaun, durch das der Erwachsene nicht folgen kann.

Die Eltern bleiben von diesem erzählten Autoritätskonftikt merkwürdig unberührt, die Familie ist kein entmutigender, total beherrschter Binnenraum ohne Fluchtchancen, im Gegenteil, Pippi Langstrumpf zum Beispiel verehrt ihren Papa. Die Popularität der »rebellischen Kinder« (solange es nicht spielende Roma-Kinder sind) in einem liberalen, antiautoritären, alternativen Milieu spiegelt sich in der immer gleichen Namensgebung für Krabbelstuben und Schülerläden.

Für Autonome, die diese Ikone im Zusammenhang mit Parolen wie »Bildet Banden« benutzten, wurde sie durch ganz alltägliche Ohnmachtserfahrungen demontiert. Zu oft war eben keine Lücke im Zaun, der blöde Wachtmeister entpuppte sich als perfektes Zielfahndungskomrnando, Wunsch und Wirklichkeit fielen auseinander. Das freche Lachen erstarb, und die alte Angst saß in allen Gliedern. Dass Autonome von gesellschaftlichen Autoritäten (RichterInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen u.a.) »wie Kinder« behandelt und vorgeführt wurden, konfrontierte sie mit den Ohnmachtserfahrungen ihrer eigenen Kindheit. Das »Was wir tun, ist gut« und »So

Abb. 6: Tübingen, Datum unbekannt

wie wir sind, sind wir komplett« der rebellischen Kinder entlarvt sich als Abwehr massiver Versagensängste: »Alles was wir tun, ist falsch« und »So wie wir sind, sind wir unvollständig«. Das einstige Überlegenheitsgefühl der Autonomen, welches als Omnipotenzfantasie zum Streit mit Mächtigeren ermutigte und vor Strafängsten schützte, zerbrach. Es regrediert zum autoritären Charakter, wenn es sich als Dünkel und Engstirnigkeit gegen andere Linke richtet. Die Kinder-Ikonen können auch »kleine Tyrannen« und »eifersüchtige Prinzessinnen« verkörpern.

Diesen Konservativismus der Kinder-Ikonen, mit strenger Scheidung in Fremdes und Eigenes, entschlüsselt auch die Betrachtung der Sexualität in der bildhaften Repräsentation. Autonome Frauen und Männer versuchten nach der Auseinandersetzung um Sexismus ihre erwachsenen sexuellen Beziehungen, Wünsche und Begehren zu thematisieren. Die »Sexualität«-Ausgabe der Zeitschrift arranca (Nr. 8/1996) war nicht schnell ausverkauft, weil sie so gut war, sondern weil überhaupt eine Öffentlichkeit für dieses Bedürfnis entstand. Für Sexualität gibt es in der autonomen Linken keine öffentlich legitimierten Bilder, die nicht-pornografisch sind und die von Frauen gesetzten Grenzen und ihre Interessen respektieren. Der erigierte Penis, den auch der kleine Junge hat, was in der Ikone unsichtbar bleibt, ist aus guten Gründen tabuisiert, aber ohne dass dadurch die Ambivalenzen aufgehoben wären. Die entsexualisierte Kinder-Ikone »das rebellische Kind« repräsentiert jedenfalls kein erwachsenes Begehren und keine Sexualität, die ihre Grenzen und Ambivalenzen anerkennt, die nicht wegsieht, sondern sich ein Bild macht.

Die rebellischen Kinder symbolisieren eine Haltung, die jede auf Anerkennung und Autonomie beruhende Beziehung zu Erwachsenen verweigert. Sie akzeptieren nicht die Subjektivität des Gegenüber, der sich nicht unterordnet und aufgibt. Das »Nie wieder erwachsen« der kleinen RebellInnen ist anmaßend: Jedes Anerkennen eigener Schuld und Verantwortung, jedes Einfühlungs- und Einsichtsvermögen, das die Abstraktion von eigenen Interessen und Sichtweisen voraussetzt, ist für sie ungeheuerliche, erwachsene Zumutung. Die scharf gezogene Grenze zwischen bunter Kinderwelt und der fremden Welt der Erwachsenen dichtet die Eigengruppe hermetisch ab und eröffnet die Möglichkeit eines moralischen und politischen Rigorismus gegenüber anderen. Je höher der Wert der eigenen Gruppe geschätzt wird, desto stärker erwächst daraus ein Vorrecht gegenüber allen anderen.

Abb. 9: Berlin 1995

Die ideologische Abdichtung der Kinderwelt wird erkennbar, wenn die fast durchgängige Abwesenheit von pubertären Kindern, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen auf den Bildern festgestellt wird, alles Bilder, die das mögliche Erwachsen-Werden der Kinder sichtbar machen.

Die Selbstrepräsentation »rebellische Kinder« ist widersprüchlich und sehr fragwürdig, ihr sind viele Autonome Männer und Frauen entwachsen. Ob eine visuelle Selbstinszenierung überhaupt emanzipativ sein kann oder ob sie unmöglich geworden ist, darüber kann nur die politische und kulturelle Auseinandersetzung in der radikalen Linken entscheiden. ●

Abb. 8: Heidelberg 1991

HKS 13 (Hg.): »hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen«, Verlag Libertäre Assoziation / Verlag der Buchläden Scharze Risse – Rote Straße, ISBN 3-922611-73-7, 39,80 DM incl. CD-ROM mit 3.000 Plakat-Abbildungen.

Abb. 10: Berlin 1998

Konferenz »Lichter der Großstadt« – für soziale BürgerInnenrechte

Gegen Sozialabbau – für soziale BürgerInnenrechte

30 Milliarden DM will die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem neuen Sparpaket zu Lasten der Länder und Kommunen sowie zu Lasten der RentnerInnen, Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Flüchtlinge und lohnabhängig Beschäftigten einsparen, um »den Standort Deutschland wieder konkurrenzfähig zu machen.« Bereits in ihrem ersten Jahr knüpft die Schröder-Fischer-Regierung damit an die Tradition ihrer Vorgängerin an. Von 1993 bis 1996 sind drei solcher Sparpakete im Umfang von 20-50 Mrd. DM aus der Taufe gehoben worden, mit so wohlklingenden Namen wie »Föderales Konsolidierungsprogramm« oder »Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms«.

10 Millionen DM will Hamburg im nächsten Jahr nur durch die zwangsweise Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen »in Arbeit« einsparen. Für 11,50 DM brutto Öltanks reinigen oder ein vierwöchiges »Praktikum« ganz ohne Geld, das sind die »Angebote«, die nicht abgelehnt werden können. 12,5 Millionen sollen durch Leistungskürzungen und verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen eingespart werden: Bis zum Jahr 2003 sollen 279 Millionen DM bei der Sozialhilfe eingespart werden, über 70 Mio. DM pro Jahr. Im Bereich der Kindertagesbetreuung werden 27 Mio. DM gespart. 30% der Stellen in der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit sind nicht besetzt.

Sparzwang und Standortlogik

Haushaltskonsolidierung und »intelligentes Sparen« haben in den letzten Jahren die soziale Schieflage weiter zugespitzt. Die Symptome der Armut sind unübersehbar geworden: Menschen ohne Obdach gehören schon fast selbstverständlich ins Straßenbild vieler Viertel. Immer mehr Kinder kommen hungrig zur Schule. 150.000 Menschen, d.h. jede/r zehnte leben in dieser Stadt von Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; davon 52.000 Kinder, 22.000 unter 7 Jahren. Die Anzahl derjenigen, deren Erwerbseinkommen so niedrig ist, daß sie zusätzlich Sozialhilfe beantragen müssen, ist im letzten Jahr um 6,9% gestiegen. Auch Hamburg kennt sie mittlerweile, die »working poor«. Dabei ist Hamburg immer noch eine reiche Stadt, und ähnlich rasant wie die Armut zunimmt wächst auch der Reichtum. Die angeblichen Sparzwänge der öffentlichen Hand sind nicht so naturgesetzlich, wie sie oft dargestellt werden. Immerhin gibt der Senat Unsummen für sozial und ökologisch zweifelhafte Projekte aus. Für den Bau der vierten Elbtunnelröhre, für die Subventionierung der DASA ist immer genügend Geld da. Und wenn's dem »Unternehmen Hamburg« dient, verzichtet der Staat auch auf Einnahmen: Die Spielräume, um kommunale Steuern wie z.B. die Gewerbesteuer zu erhöhen oder Steuerschlupflöcher zu stopfen werden keineswegs vollständig ausgenutzt. Es dürften einige hundert Millionen Mark sein, auf die Hamburg schlicht und einfach verzichtet. Mal ganz davon abgesehen, daß es bisher noch keinen ernsthaften Versuch von Seiten der Hansestadt gibt, die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene zu korrigieren. Statt dessen im Bund wie in Hamburg dasselbe Gejammer über leere Kassen, Sparzwänge bei gleichzeitig kräftigen Steuergeschenken für Unternehmen und Reiche. Doch Geld ist genug da!

Die neue Sozialstaatsidee: Mehr Markt, weniger Rechte

Doch wir werden nicht bei der Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit stehen bleiben, unsere Themen, unsere Kritik und unsere Forderungen gehen weiter. Es geht bei allem »Sparen« und Sozialabbau um mehr als die sozial ungerechte Kürzungspolitik. Es geht auch und vielleicht sogar in erster Linie um einen Angriff auf die Köpfe der Menschen. Die Idee des Sozialstaates wird von oben neu definiert. Die Vorstellungen davon, was »soziale Gerechtigkeit« ist, was »soziale Sicherung« ist und welche Ansprüche gerechterweise an den Staat bzw. die Gesellschaft gestellt werden dürfen, dies alles wird z.Z. neu bestimmt und in die Köpfe gehämmert. Im Kern geht es darum: Der Sozialstaat sei zu teuer, weil er ineffizient organisiert sei, weil er zu umfassend konzipiert sei und weil die Leistungen zu ungenau verteilt werden.

Leistung und Gegenleistung, ökonomische Effizienz, Markt, Budget, »Kunden«: das sind die neuen Zauberwörter, in deren Windschatten soziale Dienstleistungen und soziale Arbeit vollständig Marktbeziehungen unterworfen werden sollen. SachbearbeiterInnen auf den Ämtern soll »Kostenbewußtsein« und »Budgetverantwortung« beigebracht werden, damit sie mit »entfesselter Kreativität« nicht mehr an Ermessensspielräume für KlientInnen denken, sondern an das vorgegebene Kostenziel. Träger und Einrichtungen werden über Ausschreibungen und Leistungsverträge in eine gnadenlose Lohnkostenkonkurrenz getrieben, in der Standards der sozialen Arbeit und der sozialen Angebote nichts mehr, niedrige Angebote alles zählen. Tarifliche Arbeitsbedingungen und Löhne bleiben dabei genauso auf der Strecke wie engagierte und kompetente Arbeit für die NutzerInnen. Die Ökonomisierung der sozialen Arbeit macht Träger und Einrichtungen zu ausschließlich betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmen.

Die Sozialstaatskritik von oben setzt aber nicht nur auf Marktgesetzte und Deregulierung. Sie beklagt auch den angeblich zu lockeren Zusammenhang zwischen Arbeit und Sozialleistungen. Es gehe nicht mehr an, daß so viele Menschen mit durchgefüttert werden, obwohl sie arbeiten könnten. Immer häufiger ist vom »aktivierenden Staat« die Rede. Mit mehr oder weniger sanftem Druck sollen Hilfebedürftige dazu gebracht werden, sich selbst zu helfen. Was dann unter Schlagworten wie »Hilfe zur Selbsthilfe«, »Loslösung aus der Sozialhilfe« oder »Bruch mit der Versorgungsmentalität« daher kommt, ist oft genug die blanke Repression: Leistungskürzungen, verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen, Abschreckung und immer wieder Arbeitszwang. Die modernisierte Sozialhilfesteuerung zielt systematisch darauf ab, Hilfeberechtigte los zu werden. Demütigung, Entwürdigung und Einschränkung elementarster BürgerInnenrechte sind dabei Mittel zum Zweck: SozialhilfeempfängerInnen haben nicht mehr das Recht der freien Entscheidung, zu welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Bei unangemeldetetn Hausbesuchen gilt das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung für Hilfeberechtigte nur eingeschränkt.

Auch das Bedarfsdeckungsprinzip bzw. das Individualrecht auf »menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben«, eine der Errungenschaften des Bundessozialhilfegesetzes, ist inzwischen faktisch abgeschafft. Im Vordergrund steht nicht mehr die Frage: Was braucht ein Mensch in der Bundesrepublik mindestens für ein Leben in Würde? sondern die Frage: Was kostet die SozialhilfeempfängerIn? Was kostet ein Mensch »den Staat«? Vorreiter für diese Vorrangigkeit des Kostenkalküls in der Sozialpolitik war das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993. Mit ihm wurde das erste Mal ein sozialpolitisches Sondergesetz für eine Bevölkerungsgruppe geschaffen, in dem ihr Existenzminimum schlicht um 25% unter dem der Sozialhilfe festgelegt wurde. Ein individueller Bedarf wird Flüchtlingen nicht mehr zugestanden.

Inzwischen gibt es keinen Bereich des sozialen Hilfesystems mehr, in dem Ansprüche, formuliert als soziale Grundrechte auf ein menschenwürdiges Leben, nicht systematisch ausgehebelt werden:

- In der Drogen- und Suchthilfe wird dem akzeptierenden Hilfeansatz, der erst mal nur danach fragt, was DrogenkonsumentInnen zum Leben brauchen, das Messer an die Kehle gesetzt.
- Kinder und Jugendliche werden zwischen Spardiktat und Kriminalitätsdiskurs eingeklemmt. Die Forderung nach geschlossener Heimunterbringung erhält durch Sondereinrichtungen zur U-Haftvermeidung und Studien zur Jugendkriminalität immer neue Nahrung. Andererseits müssen Kinder und Jugendliche erst stigmatisiert und ausgegrenzt werden, bevor individuelle Hilfen gewährt werden. In der Beschäftigungspolitik steht uns ein neuer Billigtarif für Jugendliche ins Haus, der erklärtermaßen nicht mehr existenzsichernd ist. Er wäre ein vorläufiger Höhepunkt einer Beschäftigungspolitik, der es nur noch um den erzieherischen und strafenden Charakter der Arbeit geht: Die Jugendlichen sollen beizeiten darauf trainiert werden, daß sie an die Arbeit keine Erwartungen und Ansprüche zu stellen haben. Ihre Hoffnungen, Wünsche und Perspektiven sollen über den Horizont der ungesicherten Billiglohn-Jobs nicht hinausgehen.
- Die MigrantInnen und Flüchtlinge in dieser Stadt werden nach wie vor wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie sind durch ein ganzes System von Sondergesetzen umzingelt und werden täglich diskriminiert und ausgegrenzt, aus dem Wohnungs- wie aus dem Arbeitsmarkt, in Schulen wie in Behörden. Antidiskriminierungspolitik und Fördermaßnahmen für strukturell Benachteiligte sind in Hamburg Fremdworte. Für Flüchtlinge gibt es nur den Teufelskreis von Lagerunterbringung, Arbeitsverbot bzw. rechtloser Schwarzarbeit und Abschiebung. Die Ausländerbehörde hat unter rot-grün eine Abschiebemaschinerie perfektioniert, die in der Bundesrepublik unerreicht ist.

Gegen diese Politik der Verarmung und Entrechtung beziehen wir Position. Soziale Ansprüche, der Anspruch, ein menschenwürdiges Leben in dieser Gesellschaft leben zu wollen, mit vollständigen Teilhabemöglichkeiten, ist ein Recht! Ein Grund- und BürgerInnenrecht. Wir erbitten keine Almosen und keine großzügigen Gnadenakte. Wir stellen selbstverständliche Rechte fest und fordern sie selbstbewußt und energisch ein.

Pflicht, Zwang, Ausgrenzung: vom Sozialstaat zum aktivierenden Staat

Auch im alten keynesianischen Wohlfahrtsstaat gab es Elemente der bürokratischen und sozialen Kontrolle: Vom Sozialstaat zu reden, ohne von Innerer Sicherheit zu sprechen, war falsch, ist falsch und wird immer falsch bleiben. Doch mittlerweile wird der keynesianische Sozialstaat zum »aktivierenden Staat« umgebaut. Das heißt insbesondere Ausbau von sozialer Kontrolle, von Hierarchisierung und von Repression. Aggressiv gestärkt wird vor allem die Produktivitäts- und Leistungsorientierung des Sozialstaatsgedankens: Keine staatlichen Leistungen ohne Gegenleistungen. Die Legitimität von Sozialleistungen wie Krankengeld, Rente, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe wird untergraben: Sozialleistungen müssen sich verdient werden. Wer nur irgendwie seine Haut zu Markte tragen kann, muß dies tun; nach Arbeitsbedingungen, Löhnen und Sinnhaftigkeit der Arbeit wird nicht mehr gefragt. Soziale Leistungen ohne Gegenleistung werden allerhöchstens Alten, Kranken oder sonstwie zweifelsfrei »Arbeitsunfähigen« zugestanden. Nur sie gelten als »wirklich bedürftig«.

Dies ist die Basis, auf der Einschluß- und Ausschlußmechanismen gebastelt werden: Wer gehört zur Gemeinschaft der Steuerzahler? Wer hat ein Recht hier zu sein? Wessen Ansprüche an die »Solidargemeinschaft« sind berechtigt? Und dies ist auch die Basis, von der aus der gesellschaftliche Konsens gegen diejenigen konstruiert wird, die aus dem Verwertungsprozeß herausfallen oder ihn in Frage stellen. Alte, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, DrogenkonsumentInnen, BettlerInnen usw. Sie werden als »gefährliche Klassen« oder »Problemgruppen« definiert, vom gesellschaftlichen Kern abgespalten und einer ganzen Bandbreite gesonderter Maßnahmen unterzogen. Dort werden sie entweder »produktiv« oder aber unsichtbar gemacht. Wegsperren, polizeiliche Vertreibung und andere Formen des polizeilich-repressiven Kontroll- und Ausgrenzungsarsenals sind dabei nur ein Pol in einem kontinuierlichen Spektrum.

In der Vertreibung von offenen Drogenszenen, Obdachlosen oder bettelnden Menschen, in der Kriminalisierung von Flüchtlingen als »ausländische Drogendealer«, in der neuen Debatte um das Wegsperren krimineller Jugendlicher zeigt sich die repressive Spitze des autoritären Eisbergs namens »aktivierender Staat«. Gänzlich unverfroren wird den sog. Problemgruppen das Freizügigkeitsrecht abgesprochen.

Die rot-grüne »Neue Mitte« bedeutet also nicht nur mehr Markt und mehr Deregulierung. Sie bedeutet auch mehr Repression und mehr autoritären (Sozial-)Staat. Soziale und gesellschaftliche Alternativen müssen das berücksichtigen. Der Widerstand gegen den »aktivierenden Staat« muß sich selbstverständlich gegen den Kahlschlag bei den Sozialleistungen, gegen Einkommensverluste und gegen eine Politik der Verarmung wenden. Er muß sich aber genauso selbstverständlich gegen die agressiven Ein- und Ausgrenzungsmechanismen richten, gegen die Ideologie und Praxis des Zwangs, der Kontrolle und der Repression, die der »aktivierenden Staat« so sehr betont. Mehr denn je ist emanzipatorische Sozialpolitik Bürgerrechtspolitik. Sozialabbau bekämpfen und gleichzeitig die sozialen Grund-und BürgerInnenrechte verteidigen. Leistungskürzungen kritisieren und gleichzeitig Demütigungen, Schikanen, Zwangsmaßnahmen und Ausgrenzung verhindern. Das sind die tagespolitischen Aufgaben einer sozialpolitischen Opposition gegen den marktwirtschaftlich-autoritären mainstream von rot-grün.

Einleitungsreferat der Konferenz »Lichter der Großstadt – für soziale BürgerInnenrechte« am 27. November 1999 in Hamburg. Redaktionell gekürzt. Veranstalter: KollegInnen aus: Sozialpolitische Opposition, Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV Hamburg, Fraktion REGENBOGEN – für eine neue Linke (Hamburger Bürgerschaft), Jusos Hamburg. Kontakt: SOPO, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg oder REGENBOGEN, fon (0 40) 428 23-4835, fax -48 24

Anzeige

BERLIN – ARMUTSKONFERENZ:

Nicht die Not ist das Schlimmste, sondern das sie ertragen wird!

Mehr als 200 Menschen kamen am 17.12.1999 zur Armutskonferenz von unten, die der Erwerbslosenverein Hängematten e.V. durchführte. Erstmals saßen Arme auf dem Podium und zahlreiche Politiker, darunter der Bürgermeister von Kreuzberg, Franz Schulz, sowie der Sozialstadtrat aus Friedrichshain, Lorenz Postler im Publikum.

Dieter Hoch, Berlin ● Sieben Arbeitsgruppen präsentierten die Ergebnisse ihrer zweitägigen Beratungen zu den Themen »Leben in Armut, Familie in Armut, Obdachlosigkeit, Verdrängung und 'Soziale' Stadtentwicklung, Sozialberatung und ihre Grenzen, Erwerbslosigkeit, Beschäftigungsprogramme und working poor und Drogenproblematik«.

An den Arbeitsgruppen nahmen vorrangig Betroffene teil. Bei den beiden geplanten Arbeitsgruppen: Alter in Armut und MigranntInnen fanden keine Referate statt, da sich zu wenige Betroffene bereit erklärten, in diesen Arbeitsgruppen zu arbeiten. Auch hier blieben die Hängematten ihrer Maxime treu: Es findet kein Referat ohne Betroffene statt. Die Konferenz verabschiedete mit drei Enthaltungen, ohne Gegenstimme einen Forderungskatalog.

Das Motto der Konferenz »Nicht die Not ist das Schlimmste, sondern das sie ertragen wird! Denn das Hinnehmen von Armut, während es Reichtum gibt, ist geistiges Versagen, ist Unempfindlichkeit der Seele gegen die Beleidigung« (Erich Mühsam, 1932), wurde ausgiebig [illegible]t.

Zahlreiche Politiker von PDS, Bündnis90/Die Grünen und SPD nahmen an der Armutskonferenz teil. Ein Ziel der Veranstaltung, dass in erster Linie Betroffene ihre Fragen und Meinungen einbringen konnten wurde erreicht. Die Veranstalter, die Teilnehmer und anwesende Pressevertreter werteten die Konferenz als großen Erfolg. Die Qualität der Beiträge war sehr hoch. Die Resonanz und das Interesse an der Armutskonferenz waren gut. Last not least wurde ein Forderungskatalog aus den Arbeitsgruppen erarbeitet und dann von allen Teilnehmern ohne Gegenstimme verabschiedet.

Die erste Auswertung der Konferenz findet am 18. Februar 2000, 20.00 Uhr voraussichtlich in den Räumen der Hängematten, Grünberger Straße 73, D-10245 Berlin, statt. Der Reader der Konferenz wird dort vorliegen.

Infos zum Forderungskatalog und Bestellung des Readers über Hängematten e.V. im Stadtteilladen »Zielona Gora«, Grünberger Str.73, D-10245 Berlin-Friedrichshain, Tel./Fax: (0 30) 29 00 68 08
Email: haengematten@gmx.de●

INGENIEURGRUPPE MÜNCHEN E.G.

Hinter den sieben Bergen ...

– Selbständig in genossenschaftlicher Partnerschaft

Die heutige »IG Ingenieurgruppe München e.G., Beratung Planung Entwicklung«, kurz Ingenieurgruppe München e.G., geht auf die 1969 gegründete Gruppe Ingenieurbau Bünde zurück. Neben einer interdisziplinären Zusammensetzung im technischen Consultingwesen versuchten die Initiatioren Rottmayr und Jordan erstmals ein Betriebsmodell zu verwirklichen, in dem alle Mitglieder des Unternehmens unabhängig vom Ausbildungsstand selbständige und daher gleichberechtigte Partner sind. Nach verschiedenen Experimenten und Trennungen entstand 1989 das Unternehmen in seiner jetzigen Form.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die genossenschaftlich organisierten Ingenieurgruppe München e.G. bietet durch in den Fachgruppen zusammengefassten Spezialisten Leistungen im Bauwesen, in der Informationstechnik und im Umweltschutz mit einem jeweils breiten Aufgabenspektrum an. Beispielsweise bestehen im Umweltschutz Erfahrungen in den Bereichen Altlasten, Betriebliche Umweltberatung, Abfallwirtschaft, Umweltstudien und Wasserwirtschaft.

Die besondere Leistungsfähigkeit des Unternehmens zeigt sich bei fachübergreifenden Aufgaben. Das kann das computer- und lasergesteuerte hydraulische Heben eines setzungsgefährdeten Bauwerks sein, die Gesamtplanung einer Flussbrücke in einem Naturschutzgebiet oder die computerunterstützte Grundwasserüberwachung im Stadtgebiet München. Hier greift die jahrelang geübte interdisziplinäre Zusammenarbeit und das Know-how, das sich durch die Unternehmensgründungen in der Vergangenheit und die Entwicklung neuer kooperativer Strukturen angesammelt hat.

Die Selbständigkeit

Die Lösung vieler grundsätzlicher Probleme demokratischer Unternehmensstrukturen wird bei der Ingenieurgruppe München e.G. in der Verbindung der Selbständigkeit der Unternehmensmitglieder und gleichzeitiger unternehmerischer Partnerschaft gesehen. Für die Selbständigkeit spricht das hohe Mass an Freiheit und Unabhängigkeit. Jedoch hat diese Freiheit ihren Preis: ein Stück Sicherheit oder vermeintliche Sicherheit, nämlich die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und zum Teil gegen Krankheit, muss aufgegeben werden. Die soziale Absicherung, für die beim Angestellten zum Teil der Staat oder der Arbeitgeber sorgt, muss der Selbständige allein tragen.

Diesem Nachteil stehen eine Reihe von Vorteilen gegenüber. An erster Stelle ist die höhere Lebensqualität durch die freie Arbeit zu nennen. Das Wechselprinzip Risiko und Erfolg und auch der Lernprozess aus Risiko und Misserfolg geben dem Selbständigen das von vielen ersehnte Maß an Abenteuer und Steigerung des Lebensgefühls. Dieses macht ihn fähig, die selbständige Existenz mit den oft erheblichen Arbeitsanforderungen auf sich zu nehmen und daran zu wachsen.

Ein großes Problem für Lohnabhängige ist die Fremdbestimmung der Arbeit und durch die Arbeitsteilung die Entfremdung von der Arbeit. Daraus resultiert eine mangelnde Identifikation mit der Arbeit. Für Selbständige gibt es dieses Problem nur selten, da sie ihre Arbeit weitgehend selbst wählen und für ihre Arbeit mit ihrer Existenz haften. Die Identifikation ist deshalb meist selbstverständlich und besonders ausgeprägt. Zudem müssen sie sich mit vielen fachfremden Gebieten beschäftigen wie Akquisition, Steuern, Buchhaltung, Versicherungen, Arbeitsorganisation, Investitionen etc. Dies führt zu einem vielseitigen Informiertsein, einer Horizonterweiterung und einem realistischen Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge.

Die Partnerschaft

Allerdings ist der Mensch kein Einzelwesen. Er lebt und arbeitet lieber in einer Gemeinschaft. Auch können komplexere Aufgaben nur von einem Team gelöst werden. Deshalb suchten die Initiatoren der Ingenieurgruppe München, eine Organisationsform, die die Vorzüge der Selbständigkeit mit denen der Gemeinschaft verbindet. Relativ einfach gestaltet sich die Zusammenarbeit von Gleichgestellten mit etwa gleichen Fähigkeiten und gleichem Einsatz. Im Normalerweise ist für ein Unternehmen aber ein viel breiteres Spektrum von Qualifikationen erforderlich. Für eine kooperative Unternehmensorganisation ist deshalb die Integration von Mitgliedern unterschiedlicher Ausbildung und Qualifikation entscheidend.

Unterschiedlich können z.B. sein:

- die Fachqualifikation (Fachinteresse, Erfahrung, Werkzeugbeherrschung)
- die allgemeine Qualifikation (Vorbildung, Gedächtnis, etc.)
- die geschäftliche Qualifikation (Risikobereitschaft, Akquisition)
- die Gemeinschaftsqualifikation (kooperativ, integrierend, etc.)

Hoch qualifizierte Fachleute werden in Fragen ihres Fachs oder ihrer Erfahrung überstimmt, so lautet eine häufig geäusserte Befürchtung, wenn unterschiedlich Qualifizierte das gleiche Stimmgewicht erhalten. Die Praxis zeigt jedoch, dass dies nur selten vorkommt. Zwar hat jeder Partner eine Stimme mit gleichem Stimmgewicht, der Einfluss der einzelnen Personen kann aber trotzdem sehr unterschiedlich sein. Erfahrene, kenntnisreiche Partner erhalten meistens einen grösseren Einfluss, indem andere sich häufig ihrem Urteil anschliessen. Einfluss ist jedoch etwas anderes als Macht. Er muss immer wieder neu gewonnen und begründet werden.

Die Grundidee

Die Ingenieurgruppe München setzt ihre Vorstellungen von Selbständigkeit und Partnerschaft in einem ausgewöhnlichen Modell um. Alle Unternehmensmitglieder sind unabhängig von Qualifikation und Ausbildung selbständige und gleichberechtigte Mitglieder in der Genossenschaft. Alle längerfristigen Arbeitsverhältnisse haben das Ziel der Partnerschaft. Lohnabhängige Arbeitsverhältnisse auf Dauer gibt es nicht. Gegenwärtig besteht die Ingenieurgruppe München e.G. aus 26 Partnern. Dazu kommen einige freie oder angestellte Mitarbeiter, so genannte Partneranwärter, und ständige Subunternehmer.

Selbständige Partner: die Genossenschaftsmitglieder der Ingenieurgruppe München e.G.

Trotzdem haftet der Einzelne durch die juristische Form Genossenschaft nicht mit seinem privaten Vermögen. Die Mindesthaftung des Einzelnen ergibt sich aus seinem Genossenschaftsanteil und der Haftsumme der Partner. Das gesamte Eigenkapital des Unternehmens beträgt zurzeit 312.000 DM. Die Versicherungsdeckung für Fehler bei der Berufsausübung der Mitglieder umfasst für Personenschäden 3.000.000 und für sonstige Schäden 2.000.000 DM. 1996 betrug der Jahresumsatz 4,0 Mio. DM und 1998 rund 4,6 Mio. DM.

Das Betriebsmodell

Die Organisationsstruktur des Unternehmens stellt die bisher letzte Stufe einer nunmehr 30-jährigen Entwicklung dar. Alle wesentlichen Regelungen wurden in Gemeinschaftsarbeit theoretisch entwickelt, eingeführt, erprobt, verändert und schließlich in die Satzung übernommen. Das Ergebnis steht jedoch heute Interessierten zur Verfügung und braucht nicht mehr mühsam erarbeitet zu werden.

Das Unternehmen gliedert sich in subsidiär eigenverantwortliche Organisationseinheiten, in Fachgruppen, Fachbereiche und den Gesamtbereich. Jede Organisationseinheit hat ihre besonderen Verantwortungsbereiche. Die Fachgruppen bilden wirtschaftlich selbstverantwortliche Organisationseinheiten, in denen die zugeordneten Erlöse und Kosten nach Leistung, Arbeit und Kapitaleinsatz auf die Mitglieder aufgeteilt werden.

Die vier verschiedenen Unternehmensaufgaben Willensbildung, Leitung, Produktion, und Selbstkontrolle werden durch die Organe wahrgenommen, die aus den Organisationseinheiten heraus durch Wahl oder Delegation gebildet werden. Die entsprechenden Organe heißen:

- Fachgruppenversammlung, Fachbereichsversammlung und Generalversammlung;
- FachgruppensprecherIn, Fachbereichsleitung und Vorstand;
- Projektgruppen disziplinär, Projektgruppen interdisziplinär;
- Prüfpartner, Kontrollgruppe und Aufsichtsrat.

Die Mitglieder der Leitungs- und Kontrollorgane wechseln alle drei Jahre. Die Projektgruppen werden jeweils nach den Erfordernissen eines Projekts bzw. Auftrags gebildet. Für alle Organe gibt es einen Organvorsitz, wobei der wichtigste die Projektleitung ist. Jeder Auftrag bzw. jede Projektgruppe verfügt über eine verantwortliche Projektleitung, der die letzte Entscheidungsbefugnis obliegt. Der Projektleiter oder die Projektleiterin ist Ansprechpartner des Auftraggebers.

Das Eigentum

Das Unternehmen gehört den Partnern als gleichberechtigte Gesellschafter und Mitunternehmer. Die Beteiligung am Unternehmen, verbunden mit dem Stimmrecht und dem Recht auf einen Arbeitsplatz, erfolgt durch den Genossenschaftsanteil in Höhe von DM 6.000. Hinzu kommt im Haftungsfall eine Haftsumme jedes Partners von weiteren 6.000 DM. Jedes Genossenschaftsmitglied haftet also mit einer Gesamtsumme von 12.000 DM.

Neu hinzukommende Partner bezahlen – als Ausgleich für die erhebliche Aufbauarbeit in der Vergangenheit – im Laufe von zwei Jahren ein Beitrittsgeld in Höhe von 6.000 DM. Dieses Geld wird den Rücklagen der Genossenschaft zugeführt, die bei finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens herangezogen werden. Daneben kann im Fachgruppenrahmen ein Ausgleich vereinbart werden.

Die Fachgruppen bilden jeweils eine Einheit, innerhalb der das wirtschaftliche Risiko geteilt wird. Die durch die Fachgruppe erzielten Erlöse einerseits und die anfallenden Kosten andererseits werden auf die Fachgruppenpartner verteilt. Darüber hinaus werden die Kosten des Gesamtbereiches und, sofern vorhanden, die Kosten des Fachbereiches auf die Partner umgelegt. Erlöse und Kosten werden also unabhängig voneinander verteilt und unabhängig voneinander geschuldet. Dies entspricht der Situation eines allein Selbständigen, der beispielsweise die Miete für seine Büroräume unabhängig von Umsatz oder Erfolg seiner Bemühungen zahlen muss.

Die Leistungsbewertung

Die Leistungsfähigkeit geht aus einer gegenseitigen Leistungsbeurteilung hervor: Alle beurteilen die Leistung aller. Die Bewertung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Partner geschieht am Ende jedes Jahres. In einem speziell dafür entwickelten Bewertungsverfahren spielen nicht nur rein fachliche, sondern auch unternehmerische und gemeinschaftsrelevante Kriterien eine Rolle. Auch wird berücksichtigt, in welchem Maße sich jeweils zwei Partner gegenseitig in ihrer Leistung bewerten können. Das Ergebnis der Leistungsbewertung führt zu einem Stundensatz für jeden Partner.

Proportional zu diesem Stundensatz erfolgt die Verteilung der Festkosten und, multipliziert mit den Stunden, die Verteilung der Erlöse und der arbeitsabhängigen Kosten. Die Leistungsbewertung hat somit einen direkten Einfluss auf das Einkommen des Partners und ist deshalb ein wichtiges Element des Betriebsmodells. Ein in seiner Leistung hochbewerteter Partner trägt demnach einen höheren Anteil an den Kosten des Unternehmens als einer, der niedriger eingestuft wurde. Die Verteilung der Erlöse und der arbeitsabhängigen Kosten erfolgt proportional zur geleisteten Arbeit. Diese ergibt sich aus Leistung x Arbeitszeit, also aus einem Stundensatz, der die Leistung ausdrückt, multipliziert mit der Arbeitszeit in Stunden.

Die Konflikte

Besonders die Leistungsbewertung führt häufig zu heftigen Diskussionen, weniger wegen der Bewertungsergebnisse, sondern weil es zum Verfahren unterschiedliche Wertvorstellungen gibt. Beispielsweise wird die Frage, ob die Leistungsbewertung geheim oder offen durchgeführt werden soll, immer wieder kontrovers diskutiert. Auch wegen der Ergebnisse gab es Probleme. So musste die Leistungsbewertung in einigen Fällen wiederholt werden, weil sich Partner nicht richtig beurteilt fühlten. Der Zeitaufwand, den die gegenseitige Leistungsbewertung erfordert, ist ebenfalls Gegenstand interner Kritik. Da das Ergebnis die Basis des für den ein Jahr lang gültigen Verteilungsschlüssels ergibt, erscheint der Aufwand jedoch gerechtfertigt.

Ein Konflikt, der durch Unachtsamkeit immer wieder auftritt, bezieht sich auf den Status der Unternehmensmitglieder: Auch neu hinzukommende Mitarbeiter sollen selbständige Partner werden. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Die geltenden Gesetze, Gewohnheiten und Denkvorstellungen gehen von normalen Inhaberunternehmen aus. Insofern wollen neue Mitarbeiter das Angebot der Selbständigkeit oftmals nicht annehmen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn es sich um Personen handelt, die nicht zum Kreis der üblich Selbständigen gehören. Würde diese Tendenz akzeptiert, wäre die Ingenieurgruppe München e.G. schnell statt einer ungewöhnlichen Kooperation ein herkömmliches Unternehmen mit einigen Inhabern und vielen Angestellten. ●

Anzeige

Wüsten sind schön.

Wir aber meinen, es gibt bereits genug davon.

Informieren Sie sich bei uns, wie Sie zum Schutz der Wälder beitragen können.

Pro REGENWALD
Frohschammerstr. 14
80807 München
Tel.: 089-359 8650
www.pro-regenwald.org

INGENIEURDIENSTLEISTUNGEN EG, CHEMNITZ

Am eigenen Schopf aus dem ...

– Gemeinsam aus der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose Ingenieure setzen in Chemnitz die Genossenschaftsidee aktiv um. Sie gründeten 1998 die IngenieurDienstLeistungen eG als erstes Modell dieser Art in Sachsen. Mit zehn Gründungsmitgliedern und einem relativ geringem Eigenkapital gelang die Eintragung ins Registergericht einschliesslich Gründungsprüfung in weniger als drei Monaten.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Idee eine Genossenschaft zu gründen, entstand im »Otto-Brenner-Haus« in Chemnitz, das der gewerkschaftliche Verein für Kultur, Bildung und Entwicklung e. V. trägt. Arbeitslose und andere interessierte Bürger können hier soziale Beratungsleistungen in Anspruch nehmen, aber auch selbst aktiv zu werden. Eine größere Gruppe vorwiegend arbeitsloser Ingenieure traf sich dort regelmäßig unter der Moderation des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerald Thalheim. Anfang 1998 beschlossen mehrere von ihnen, sich ihren Arbeitsplatz selbst zu schaffen.

Externe Unterstützung

Auf Grundlage der eigenen Fähigkeiten wurde ein Grobkonzept formuliert. Der aktuelle Bedarf des sich in der Region wieder entwickelnden Maschinenbaus fließt darin ein. Entsprechend bietet das Unternehmen produktionsnahe Ingenieurdienstleistungen für den Maschinenbau und angrenzende Bereiche an. »Hilfe zur Selbsthilfe« fanden die Gründer bei verschiedenen Partnern: dem Institut für Managemententwicklung (ifip) der TU Chemnitz, der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft (CWE) und dem Genossenschaftsverband Sachsen. Sie halfen, aus den ersten Ideen ein tragfähiges Unternehmenskonzept zu erarbeiteten.

Ein entsprechender »Businessplan« war Grundlage der am 25. August 1998 als gewerbliche Produktivgenossenschaft gegründeten IngenieurDienstLeistungen e.G. Für diese Rechtsform entschieden sich die Ingenieure nach Prüfung aller Alternativen, weil sie eine sehr weit gehende Mitarbeiter- und Entscheidungsbeteiligung ermöglicht. Nach der Gründungsprüfung und der Bestätigung durch den Genossenschaftsverband Sachsen erfolgte innerhalb kurzer Zeit die Eintragung ins Genossenschaftsregister. All dies sind juristische Voraussetzungen für das wichtige Anhängsel »e.G.«.

Mehrere Abgeordnete sowie die Leiterin des »Otto-Brenner-Haus« zeichneten Geschäftsanteile. Sie übernehmen damit als fördernde Mitglieder Verantwortung und tragen zur Eigenkapitalstärkung der Genossenschaft bei. Externe einschliesslich einem Steuerberater haben auch die Funktionen des in einer Genossenschaft notwendigen Aufsichtsrates übernommen.

Schwierige Finanzierung

Das Thema Eigenkapital war für die IngenieurDienstLeistungen e.G. nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus ein besonderes Problem. Verstärkt wurde dies durch die genossenschaftliche Rechtsform: Die Stellung der Genossenschaftsmitglieder sowohl als abhängig Beschäftigte als auch als Mitinhaber der Genossenschaft erwies sich für die Auswahl geeigneter Förderprogramme als schwierig. Auch bei den konkreten Finanzierungsverhandlungen mit Banken führte die Rechtsform zu Irritationen und Rückfragen. Mit Unterstützung des Genossenschaftsverbandes Sachsen konnten diese jedoch ausgeräumt werden.

Als Problem bleibt, dass nicht alle von den Kreditgebern bzw. durchleitenden Banken geforderten Sicherheiten im erforderlichem Umfang aufzubringen waren. Erforderliche Investitionen mussten deshalb zurückgestellt werden. Trotzdem führt die neue Produktivgenossenschaft nach erfolgter Gewerbeanmeldung ihren Geschäftsbetrieb seit April 1999, vorerst mit drei festen Angestellten. Eigene Geschäftsräume wurden erst nach Klärung der komplizierten Finanzierungsfragen angemietet. Denn laut den Förderungsbedingungen muss die Beantragung notwendigerweise vor Investitionsbeginn liegen.

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen läuft die Markteinführung nur langsam an. Dabei sind schon frühzeitig Akquisitionsgespräche geführt worden. Neben den anfangs zwangsläufig fehlenden Referenzen liegen Gründe auch in dem geringen Vertrauen in ein von Arbeitslosen gegründetes Unternehmen. Gegenwärtig realisiert die Genossenschaft verschiedene Aufträge für Maschinenbauunternehmen der Region Chemnitz. Die Verantwortlichen hoffen, auf diese Weise Referenzen aufbauen zu können und sich so Schritt für Schritt zu etablieren.

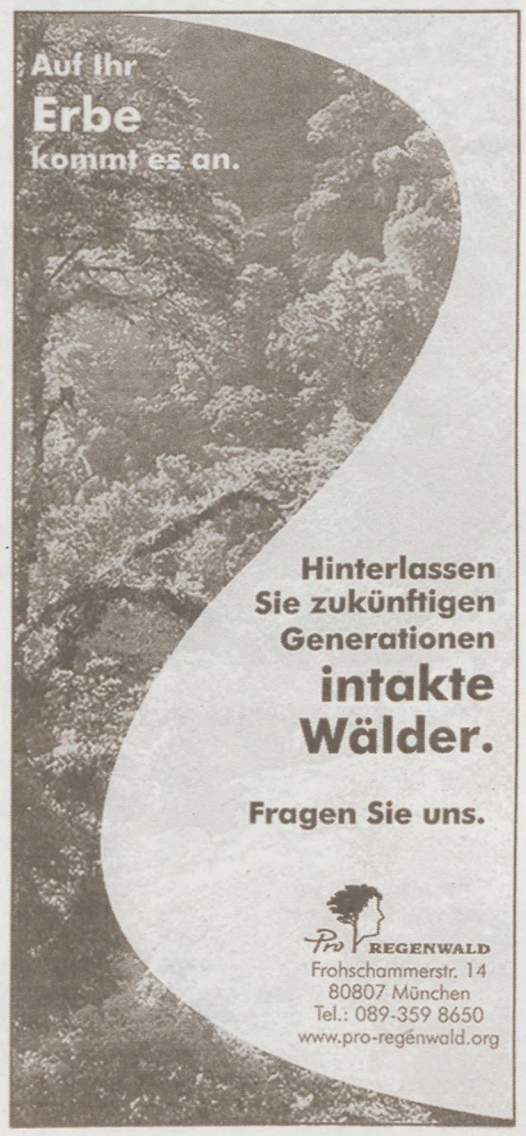
Otto-Brenner-Haus, Chemnitz

Motivation als Ressource

Schwerpunkte des Leistungsangebot liegen in den Geschäftsfeldern mechanische Konstruktion (2D/3D-CAD) und Technische Dokumentation. Die Genossenschaft wendet sich damit an Unternehmen mit eigenem CAD- bzw. Dokumentationsbereich. Sie springt ein bei Kapazitätsengpässen und ermöglicht die Auslagerung von Routinearbeit, damit die Kunden zusätzliche Kapazitäten bei ihren hochspezialisierten Fachkräften gewinnen. Zielgruppe sind ausserdem Unternehmen, für die der Aufbau entsprechender eigener Fachabteilungen aus Auslastungsgründen nicht sinnvoll ist. Diese können so mit CAD-gerechter Konstruktion ihre Einbindung in die überbetrieblichen Wertschöpfungsketten erreichen und dadurch besser am Markt bestehen.

Der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnik, ihre ständige Aktualisierung sowie die laufende, an die aktuellen Erfordernisse angepasste Weiterqualifizierung des Personals gehören zum Selbstverständnis der IngenieurDienstLeistungen e.G. Verbunden ist dies mit einer hohen Motivation der MitarbeiterInnen, die sich durch die Beteiligung an der Genossenschaft ihren Arbeitsplatz selbst geschaffen haben. Nach Bewältigung der mühsamen Aufbauphase werden nicht zuletzt in dieser bisher noch selten anzutreffenden betrieblichen Konstruktion besondere Marktchancen gesehen.●

Anzeige



INGENIEURGENOSSENSCHAFT TEA, NÜRNBERG

Da waren's wieder ...

– Sichere Arbeitsplätze durch Eigeninitiative

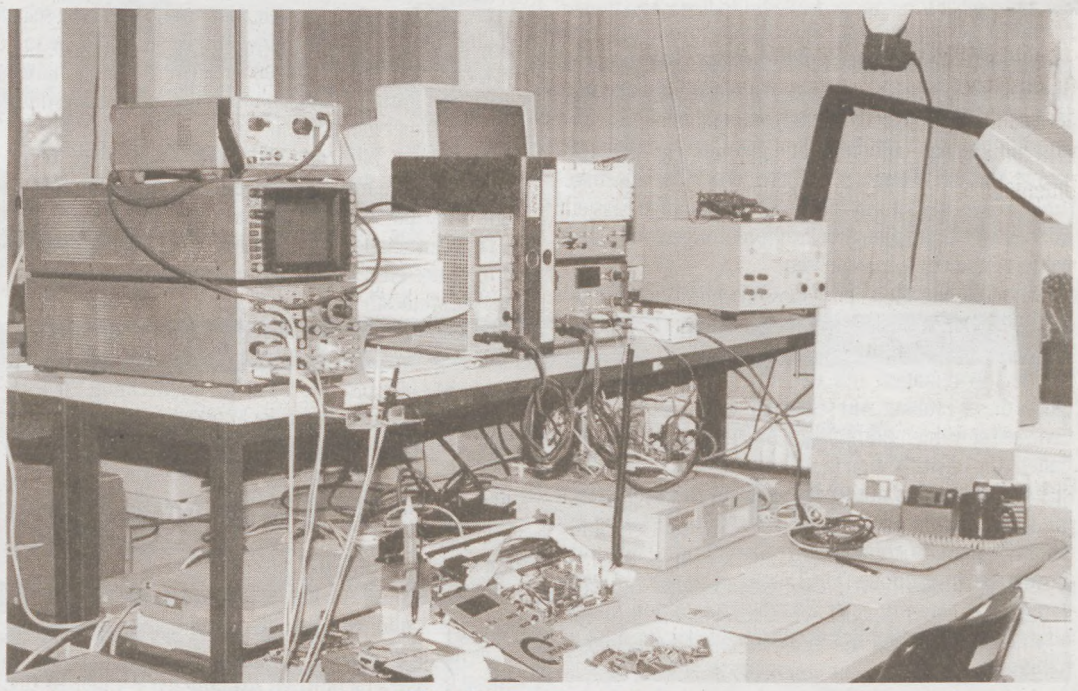
Mitte 1993 stellte die Firma Triumph Adler AG die Entwicklung und Produktion in Nürnberg ein. Schon im Dezember des gleichen Jahres ergriff eine Gruppe der Entlassenen die Initiative und gründete die TEA Gesellschaft für Technologie Entwicklung Anwendung e.G. Auf diese Weise konnten bis heute 23 hochwertige Arbeitsplätze im Elektronik- und Datenverarbeitungsbereich geschaffen werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Als die Nürnberger Ingenieurgenossenschaft TEA ohne jedes Fremdkapital gegründet wurde, gab es nur vage Vorstellungen, wie das Unternehmen in der Zukunft Geld verdienen könnte. Als eine Art Anschubfinanzierung standen für ein Jahr die Räume auf dem von Triumph Adler aufgegebenen Betriebsgelände mietfrei zur Verfügung. Ausreichendes Durchhaltevermögen und der erforderliche Gemeinsinn waren vor dem Hintergrund der fehlenden Perspektive zum Glück groß genug. Das Ergebnis ist eine heute gut funktionierende Produktivgenossenschaft – die Beschäftigten sind auch Eigentümer des Unternehmens.

Mühevoller Start

Trotz guter Kontakte lief das Geschäft anfangs nur schleppend an. Mit zwei fest angestellten Mitarbeitern und Teilzeitkräften erzielte die Genossenschaft im ersten Jahr bei einem Umsatz von 263.000 DM einen Jahresüberschuss von 49.000 DM. Im darauf folgenden Jahr stieg der Umsatz schon auf 1,8 Mio. DM an. Der Markteinstieg gelang mit Schulungen in den klassischen EDV-Arbeitsfeldern wie Standardanwendungen auf dem PC. Die Seminar- und Schulungsunterlagen dafür wurden vor der Gründung selbst erarbeitet.

Ende 1995 erreichte die Genossenschaft bereits 18 Angestellte. Der aktuelle Stand beträgt 22 Beschäftigte, von denen 21 auch Mitglieder der Genossenschaft sind. Sie erwirtschafteten im Jahre 1997 rund 2,5. Mio. DM Umsatz. Erreicht wurde dies mit der gleichzeitigen Entwicklung elektronischer Hardwarekomponenten und von Software. Die Kunden umfassen ein breites Spektrum von Unternehmen, Banken sowie sozialer, kirchlicher und Bildungseinrichtungen. Beibehalten wurde der klassische



Im Laborraum der Ingenieurgenossenschaft TEA werden neu entwickelte Hardwarekomponenten getestet

des PC-Service mit herstellerneutraler Beratung, Beschaffung, Installation, Anwenderunterstützung und Instandhaltung. Hinzu kommt die Einrichtung und Betreuung von Netzwerken und mit fallender Tendenz weiterhin die Schulung und Ausbildung.

Gute Kapitalverzinsung

Der Geschäftsanteil bei der TEA beträgt 5.000 DM. Immerhin wurde mit der Höhe dieses Pflichtanteils ein Eigenkapital von 440.000 DM erreicht. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Geschäftsanteilen und den Rücklagen, die im Laufe der Zeit angesammelt wurden. Fremdkapital ist dabei wie in der Anfangszeit weiterhin nicht enthalten. Die Anteile der Mitarbeiter werden im Schnitt mit zehn bis fünfzehn Prozent Dividende verzinst. Allerdings wird die Sicherung des Unternehmens und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig angestrebt.

Erreicht wurde der wirtschaftliche Erfolg durch eine flexible Arbeitsorganisation. Eine strenge Einbindung in hierarchische Betriebsstrukturen existiert nicht. Projekt- und aufgabenbezogen bilden sich immer Teams, die eigenverantwortlich Lösungen erarbeiten und umsetzen. Darüber hinaus gibt es regelmässige Arbeitssitzungen, in denen die wirtschaftliche Situation besprochen wird.

Positive Verbandserfahrung

Die Pflichtprüfung des Genossenschaftsverbandes wird im Unternehmen positiv gesehen. Aus Sicht der Geschäftsführung ist sie eine wertvolle Unterstützung, da der Verband kompetent prüft und berät. Sogar finanziell steht sich die TEA so besser, weil freie Wirtschaftsprüfer wesentlich teurer wären, als die »Pflichtprüfer«. Die gute Zusammenarbeit mit dem Genossenschaftsverband in Bayern zeigt sich durch eine aktive Mitarbeit im Fachausschuss der gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Vielleicht dokumentiert sich darin ja auch ein Gesinnungswechsel einzelner westdeutsche Genossenschaftsverbände gegenüber der Idee, durch produktivgenossenschaftliche Unternehmensgründungen gezielt Wege aus der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen?●

Der Verein »Bauen-Wohnen-Arbeiten« verwirklicht seine Pläne

Obdachlose bauen Wohnhäuser

Die Initiative »Bauen-Wohnen-Arbeiten e.V.« wurde 1996 gegründet. Ihr gehören acht Vereine an, die seit Jahren qualifizierte, bürgernahe Stadtteilarbeit machen, wie der »Böcking-Treff«, »Mach mit«, die »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim« (SSM), das »Forum 91«, das »Institut für Theorie und Praxis der Neuen Arbeit« (INA), die »Ökumenische Fördergemeinschaft«, die »Winterhilfe Bürger helfen Bürgern« und die Wohnungslosenselbsthilfe »Ohne festen Wohnsitz« (OfW).

Ein großer Nutzgarten steht zur Selbstversorgung zur Verfügung — Foto: Archiv Initiative Bauen-Wohnen-Arbeiten

Philipp Rügemer / Anne-Kathrin Apel ● Die Initiative wird von Walter Neumann, einem Versicherungskaufmann aus Köln-Mülheim, geleitet. Schon Ende 1995 entwickelten einige Leute eine zukunftsweisende Idee entlang der Fragestellung wie der »normale« soziale Wohnungsbau zu verbessern sei. Obdachlose sollten nicht einfach nur eine Wohnung beziehen, sondern diese auch vorher mit aufbauen. Zudem sollen die, meist Langzeitarbeitslosen, eine sinnvolle und auf lange Zeit gesicherte Tätigkeit bekommen, um der Alkohol- oder Drogensucht entrinnen zu können. Deshalb stehen auch Informations- und Beratungsmöglichkeiten bereit, um diese Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Kaserne Klerken in Ossendorf

Die 10-15 Aktiven des Vereins versuchten ein geeignetes Gelände zu finden, bis sie schließlich im Frühjahr 1996 auf einen Architekturwettbewerb aufmerksam wurden. Dieser, von NRW-Bauminister Dr. Michael Vesper ausgeschriebene Wettbewerb, hatte das Ziel, ein Konzept zu entwickeln, welches das ehemalige belgische Kasernen-Gelände Klerken in Ossendorf zu einem großen Wohngebiet umwandeln soll. Neunzig Architekten stellten ihre Modelle vor, um das einstige Militärgelände in eine Wohnsiedlung für viele soziale Gruppierungen umzugestalten.

Diese Veranstaltung gab der Initiative Bauen-Wohnen-Arbeit e.V. den Impuls, ihr Konzept mit Hilfe eines Flugblattes publik zu machen, das sie vor dem Kölner Rathaus verteilten. Das Konzept überzeugte Bauminister Vesper, der sofortige Unterstützung des Projektes signalisierte. Die vierzehn Hektar Grund samt der Kasernen wurden vom Land NRW gekauft, mit dem Auftrag, es an verschiedene Investoren zu verteilen.

Die Initiative stellte im Juni 1996 ihr »Drei-Stufenmodell« im Bauministerium vor. Hier fiel auch die Entscheidung, das Projekt möglich zu machen, in dem ein Teil des Geländes zum Kauf ausgeschrieben wurde. Die Gelder für den Erwerb der Kaserne mit dem dazugehörigen Gelände stellte zum größten Teil die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) zur Verfügung. Das übrige Kapital musste die Initiative noch beschaffen. An die Bewilligung waren Bedingungen geknüpft: die Initiative musste ein Kreditinstitut finden, welches das fehlende Geld bereitstellt und gleichzeitig die Bürgschaft für das Projekt übernimmt. Die Bank für Sozialwirtschaft, eine Gemeinschaftsgründung der sieben Wohlfahrtsverbände, sicherte »Bauen-Wohnen-Arbeiten« die notwendige Unterstützung zu. Insgesamt hat dieses Projekt ein Finanzvolumen von 7,5 Millionen DM.

Vitale Stadt der Zukunft

Nach Umsetzung der Bedingungen konnte sich die Initiative im November letzten Jahres ihren Traum vom »Stufenmodell zur Wiedereingliederung Wohnungsloser in eine vitale Stadt der Zukunft« (Neumann) erfüllen. Im Frühjahr 1999 wurde das Gelände dem Verein überschrieben. Seit dem 15. Oktober laufen die Restaurierungsarbeiten, deren Rahmen sich durch den bestehenden Denkmalschutz bestimmt, d.h., Grundmauern beispielsweise dürfen nicht abgerissen werden.

Andere Investoren werden auf dem Gelände noch viele Neubauten errichten, so dass später insgesamt 5.000 Menschen dort leben werden. Ossendorf, zu dem auch die ehemalige Kaserne Klerken gehört, hat bisher nur 5.000 Einwohner – nach Vollendung hat der Stadtteil dann 10.000 Bürger. Der Vorwurf der Ämter und Behörden, es würde durch das Projekt der Initiative ein sozialer Brennpunkt entstehen, ist ungerechtfertigt, da in der »vitalen Stadt der Zukunft« nur dreiundzwanzig Obdachlose leben werden.

Der Plan der Initiative ist es in 30 Monaten 46 Wohneinheiten zu erschaffen, von denen zehn für die derzeit auf dem Bau beschäftigten Wohnungslosen zur Verfügung stehen werden. Die anderen dreizehn Obdachlosen, die derzeit im hauseigenen Betrieb »Naturbau« im Bau- und Grünflächenrecycling beschäftigt sind, werden schließlich in Gartenhäuschen und Wohnwagen leben. Zur eigenen Verpflegung steht ihnen ein großer Nutzgarten, selbst anlegten, zur Verfügung, in dem auch Hühner und Kaninchen gehalten werden. Koordination und Betreuung liegt in den Händen einer arbeitslosen Sozialpädagogin und einer Gartenbauingenieurin. Die übrigen Wohnungen werden an Berechtigte mit Wohnberechtigungsschein vergeben. Diese Zielgruppe besteht aus 16- bis über 50-jährigen, die oft über keinen Schulabschluss, oder eine abgeschlossene Ausbildung verfügen. Die Streetworker von der OfW e.V. stellten den Kontakt zu Wohnungslosen her und begannen vor drei Jahren, sie auf solch ein Projekt vorzubereiten.

Den »ersten Spatenstich«, anlässlich des Baubeginns der Initiative Hat NRW-Bauminister Dr. Michael Vesper am 18. November vor vielen geladenen Gästen getätigt.●

Aus: Kölner Woche Nr. 26/99

WESTDEUTSCHE INGENIEURGENOSSENSCHAFT E.G., LEVERKUSEN

Wunder dauern etwa länger
– Gute Fachkenntnisse erleichtern die Kundenbetreuung

Seit 25 Jahren bietet die Westdeutsche Ingenieurgenossenschaft WIG e.G. Ingenieurdienstleistungen für die Grossindustrie und den Mittelstand an. Gewachsen von 8 auf 160 Mitarbeiter arbeitet sie erfolgreich. Die Zahl der Anteilseigner ist allerdings mit sieben an der Grenze der gesetzlichen Mindestzahl stehen geblieben. Die WIG hat von daher mehr den Charakter einer Unternehmer- als einer Produktivgenossenschaft.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Gegründet wurde die Westdeutsche Ingenieurgenossenschaft WIG e.G. bereits 1975. Damit ist sie vermutlich die älteste bestehende Ingenieurgenossenschaft in Deutschland. Durch die Wahl der genossenschaftlichen Rechtsform sollten alle Anteilseigner von Anfang an mit gleichen Rechten, Pflichten und Risiken eingebunden werden. Das Unternehmen startete mit acht Gründern. Bereits ein Jahr später übernahm die Genossenschaft ein gut eingeführtes Ingenieurbüro mit 13 Mitarbeitern – ein wichtiger Schritt, um die heutige Grösse von 160 Beschäftigten zu erreichen.

Erklärt wird der Erfolg, wie in diesem Marktsegment notwendig, aber auch üblich, mit dem Know how der Mitarbeiter und ihren Fähigkeiten, »immer auf dem neuesten Stand der Technik« zu handeln. Die Grundlagen hierfür entstanden durch Investitionen in Millionenhöhe, mit denen 1986 der Einstieg in CAD-Leistungen erfolgte. Das entsprechende Angebotsspektrum wurde konsequent ausgebaut – zu dieser Zeit noch unter Einsatz eines zentralen Grossrechners. Heute gehört der Einsatz modernster CAE/CAD-und Kommunikationssysteme zum Selbstverständnis des Unternehmens.

Noch einmal grundlegend erweitert wurde die Leistungspalette der WIG im Jahre 1993 durch den Aufbau einer Abteilung für Verfahrenstechnik sowie der Abwicklung von Turn Key-Projekte. Betont wird von Seiten der Genossenschaft, dass das Erfüllen individueller Anforderungen der Kunden Grundlage der erfolgreichen Unternehmensentwicklung ist. Erleichtert wird dies durch die sieben Niederlassungen. Auf diese Weise ist die WIG in ganz Deutschland präsent. Entsprechend können umfangreiche Betreuungsleistungen an jedem Standort unmittelbar zur Verfügung gestellt werden.●

BUCHBESPRECHUNGEN

Betriebsmodell für kooperative Unternehmen

Langjährige praktische Erfahrungen mit demokratisch organisierten Betrieben sind für genossenschaftliche Neugründungen und Umwandlungen von nicht zu überschätzenden Wert. Die vorliegende Veröffentlichung von Sepp Rottmayer ist eine Fundgrube hierfür. Sie eignet sich besonders als Hilfe für die gleichberechtigte Organisation qualifizierter Berufsgruppen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Monografie von Sepp Rottmayer »Selbstständigkeit in der Partnerschaft« ist kein Krimi, sondern eine minutiös ausgearbeitete Handlungshilfe für Existenzgünderinnen und -gründer, die sich für eine kooperative Unternehmensstruktur interessieren. Ihnen stellt Rottmayer seinen über zwanzigjährigen Erfahrungsschatz in sehr detaillierter Weise zur Verfügung. Manchmal geht er schon fast zu sehr in Einzelheiten, die er und seine Partner als »Kooperationstüftler« entwickelt haben. Wer sich davon nicht abschrekken lässt, hat die Chance viele Fehler zu vermeiden, die so manche Gruppe bei ihrem »Hindernislauf zur Selbstverwaltung« ausbaden musste.

Ausgehend von den Entwicklungen der Ingenieurgruppe München e.G. (siehe Beitrag auf Seite 12) wird das Betriebsmodell dieses Unternehmens in seinen Verästelungen für eine Übertragbarkeit auf andere Betriebe aufbereitet. Ausgehend von den Prämissen der Selbständigkeit und der Partnerschaft zeigt Rottmayer jeden Schritt auf, den er für eine funktionierende genossenschaftliche Struktur für erforderlich hält. Hierzu gehören die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes, die Berücksichtigung zehn zentraler Gestaltungsgrundsätze und die ausführliche Einarbeitung aller Modellvorstellungen in die Satzung.

Im Rahmen der Satzung will der Autor allerdings zu viel integrieren und damit an Problemen lösen bzw. vermeiden helfen. Entsprechend ausführlich werden die Organe und ihre Entscheidungskompetenzen dargestellt. Auch die Erläuterung der Verteilungsgrundlagen lassen an Umfang nicht zu wünschen übrig. Wird doch auf über 100 Seiten alles vom Verteilungsverfahren über den Verteilungsschlüssel bis hin zur zugrundegelegten Leistungsbewertung genau beschrieben. Die Einarbeitung der entsprechenden Ergebnisse ins Rechnungswesen umfasst noch einmal 100 Seiten.

Dem Buch liegt die Überzeugung zugrunde, (fast) alles regeln zu können und auch zu müssen. Dabei wird der Satzung als Problemlösung und selbstgeschaffenes »Gesetzeswerk« ein zu hoher Stellenwert beigemessen. Hat doch in der Wirklichkeit vieles mit Prozessen, Emotionen, Entwicklungsverläufen zu tun, die sich durch Verträge nur begrenzt steuern lassen. Im Gegenteil, oft dürfte der Prozess der Entwicklung einer solchen Struktur wie sie Rottmayer darstellt, ein höherer Stellenwert zukommen als dem eigentlichen Ergebnis. Da ändert nichts daran, dass der Autor das bisher umfassendste und wichtigste Grundlagenwerk vorgelegt zu dem Problem hat, wie sich qualifizierte Berufsgruppen in Mitarbeiterunternehmen bzw. Professionsgenossenschaften organisieren können.

Sepp Rottmayer: Selbständigkeit in der Partnerschaft. Betriebsmodell für kooperative Unternehmen, (Bayerischer Raiffeisen- und Volksbanken Verlag) München 1999, DM 45,00.

Die Entwicklung von Betriebsmodellen strukturieren – ein Methoden-Set

Die Entwicklung von Unternehmensmodellen lässt sich nur begrenzt durch Wissens- und Erfahrungsvermittlung anstossen. Vorträge und Veröffentlichungen, gleichgültig wie spannend und fundiert, reichen nicht aus, die erforderliche Eigeninitiative zu organisieren. Hier schliesst das Methoden-Set, erschienen im Ökotopia-Verlag, eine wichtige Lücke.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Methodische Strukturen erleichtern Aktivität und Kreativität«, »Methodischer Durchblick fördert Ehrlichkeit und Mitverantwortung« und »Methodische Verbindlichkeit führt zu Ergebnissen und Erfolgen« – vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse bauen die drei Autoren Reinhold Rabenstein, René Reichel und Michael Thanhoffer ihr Methoden-Set auf. Ziel ist es, die lebendige Kommunikation in Gruppen, Grossgruppen und Institutionen zu unterstützen. Erkenntnisse der Transaktionsanalyse, der Gruppenpädagogik, der NLP-Technik und anderes mehr fließen in die Gestaltungsvorschläge mit ein.

Herausgekommen ist eine umfassende Handlungshilfe zur Organisation von Lern- und Arbeitsprozessen in Gruppen. Die fünf Bücher (eher dicke Hefte im A4-Format) beziehen sich auf die Phasen Anfangen, Themen bearbeiten, Gruppen erleben, Reflektieren und Konflikte. Sie sind einfach und ohne grossen technischen Aufwand aufgebaut. Handgezeichnete Grafiken, Karikaturen, Vorlagen und Übersichten nehmen die Angst vor unkompliziertem Einsatz der verschiedenen Seminarmethoden. Checklisten helfen beim systematischen Vorgehen und Stichwortverzeichnisse erleichtern das schnelle Finden geeigneter Methoden.

Für alles werden konzeptionelle Hilfen kurz und übersichtlich vorgestellt, von der gemeinsamen Vorstellung in der Gruppe über Kreativübungen für die Arbeitsphase bis hin zu abwechslungsreichen Präsentationsformen von Arbeitsergebnissen in der Gesamtgruppe. Methoden, die in den verschiedenen Phasen eingesetzt werden können, stellen die Autoren gegebenenfalls mehrfach dar. Insofern ist jedes Buch für die jeweilige Arbeitsphase »vollständig«. Auch wenn eine aufwendigere, modernere grafische Bearbeitung zum professionellen Einsatz der Bücher wünschenswert wäre, kann das Set für die Arbeit in Gruppen dennoch »auf's Wärmste« empfohlen werden.

Reinhold Rabenstein, René Reichel, Michael Thanhoffer: Das Methoden-Set. 5 Bücher für Referenten und Seminarleiterinnen, 9. Aufl. (Ökotopia-Verlag) Münster 1998, DM 159,00

Geschichte quer

Die Zeit der Geschichtswerkstätten, die sich der Regional- und Lokalgeschichte verschrieben hatten, ist eigentlich vorbei. In den 80er Jahren hatte es einen regelrechten Boom von Geschichtsinitiativen »von unten« und eine gewisse Öffnung der etablierten Geschichtswissenschaft für diese neuen Ansätze gegeben. Die BarfußhistorikerInnen wollten die Geschichte z.B. ihres Stadtteils oder eines Betriebes aus der Sicht derjenigen schreiben, die in der etablierten, an Staaten und großen Männern orientierten Geschichtsschreibung nicht vorkamen: Also aus der Sicht von Frauen, ArbeiterInnen, BäuerInnen oder der »Unterschichten«. Sie propagierten andere, neue Methoden, z.B. die sog. »oral history«, die mündlich erzählte Erinnerungen als Quelle in die Geschichtsschreibung einführte. Heute ist diese Bewegung sehr klein und unübersichtlich. Sie verfügt neben der sehr akademisch und dementsprechend etwas langweilig gewordenen *Werkstatt Geschichte* (Zeitschrift für Alltagsgeschichte; Ergebnisse Verlag Hamburg) kaum noch über überregionale Zusammenhänge und Mittel, die sie von außen wahrnehmbar machen.

Eine umso angenehmere Überraschung ist es deshalb, dass die bayerischen Geschichtswerkstätten seit 1992 jährlich mit *Geschichte quer* eine kleine Zeitschrift veröffentlichen. Die neuste Ausgabe der relativ ansprechend gestalteten *Geschichte quer* hat »Revolutionen und soziale Umbrüche – 1525, 1848, 1918, 1968« zum Thema. Sie widmet sich nicht den großen geschichtspolitischen Debatten, obwohl auch das sehr interessant wäre, sondern betreibt Geschichte von unten im traditionellen Stil. Einzelne Beiträge thematisieren u.a. den Bauernkrieg, die demokratische Revolution von 1848, die sozialistisch-kommunistische von 1918/19, oder die Anfänge der Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Blick der AutorInnen, die meist aus Geschichtswerkstätten stammen, richtet sich dabei nicht auf die Metropolen (wie etwa München), sondern sie schreiben über die Ereignisse an ihrem eigenen Wohnort in der »Provinz«, wie etwa Bamberg, Augsburg, Lindau oder Bayreuth. Neben Berichten darüber, was sich im Zusammenhang des jeweiligen Umbruches in einer Stadt oder einer Region abspielte, finden sich auch eher unbekannte Aspekte, wie etwa antisemitische Ausschreitungen im Zusammenhang der bürgerlichen Revolutionsversuche 1848. Die Ausgabe, die auch noch Rezensionen und einige Projektvorstellungen enthält, vermag insgesamt leider nicht so recht zu überzeugen, vor allem weil Beiträge zu »1968«, obwohl auf dem Cover angekündigt, leider fehlen. *Geschichte quer* ist ein wichtiges Projekt, schon aus dem Grund, dass es kaum noch solche Basisinitiativen gibt. Ältere Ausgaben sind noch erhältlich. Sie haben die Schwerpunkte Weibsbilder/Frauengeschichte (Nr. 6), Archive und Zeitzeugen (Nr. 5), Fremd in Bayern (Nr. 4) und Umweltgeschichte (Nr. 3).●

Bernd Hüttner

Geschichte quer Nr. 7, 64 S., 10 DM, alibri Verlag,
Postfach 167, D-63703 Aschaffenburg,
fon/fax (0 60 21) 1 57 44

Wann ist endlich Feierabend?

Der Wecker klingelt, es ist noch dunkel und kalt, vielleicht regnet es. Du willst nicht aufstehen, aber um acht Uhr beginnt die Schule, das Seminar, die Arbeit. Fünf Minuten noch, einmal umdrehen – am Ende stehst du irgendwie auf. Niemand zwingt uns konkret, und doch gehen wir hin: recht pünktlich, angemessen fleißig, wieder mit einem Blick auf die Uhr: Feierabend? Was ist passiert in den Jahrhunderten, nachdem unsere meist bäuerlichen Vorfahren mit Gewalt, Folter und Arbeitshäusern zur neu aufkommenden Industriearbeit abgerichtet werden mussten?

Antworten lassen sich in einem Aufsatz von *Götz Eisenberg* finden, der in einem Sammelband unter dem Titel »Feierabend!« erschienen ist, herausgegeben von der Nürnberger *Krisis-Gruppe*, welche die gleichnamige Zeitschrift herausgibt. Anders als das polemische »Manifest gegen die Arbeit« sind die nun erschienenen »elf Attacken gegen die Arbeit« stärker um konkrete Vermittlung bemüht und bieten anhand der (manchmal etwas wenigen) Quellenhinweise mehr Möglichkeiten, den Entstehungsprozess der Texte nachzuvollziehen.

In seinem Aufsatz geht Eisenberg historisch-konkret den Fragen nach, »wie (man es) schafft, dass Menschen arbeiten wollen und sich das Produkt ihrer Arbeit wegnehmen lassen«, und »man gefügige und nützliche Körper (erzeugt)«, die sich dem Rhythmus der Arbeitszeit in Fabrik und Büro unterwerfen (S. 50 f.). Denn was heute dem Alltagsverstand als normal erscheint, ist eine historisch junge Erscheinung, gebunden an die verallgemeinerte Marktwirtschaft, die allgemeine Produktion für andere, während alle früheren Gesellschaften zwar auch den Tausch kannten, den Mittelpunkt aber die Herstellung von Gebrauchsgegenständen bildete. Das hatte Folgen: Gewohnt, die Tätigkeit mit dem konkret-gegenständlichen Resultat zu beenden, hörten die frühen Lohnarbeiter auf zu arbeiten, wenn sie genug Geld für den Lebensunterhalt der Woche verdient hatten. Und: Gewohnt, dem Auf und Ab der Jahreszeiten und der Tageslänge zu folgen, widersetzten sich die ersten Lohnarbeiter der »Diktatur der Pünktlichkeit« (Foucault) in einem Ausmaß, das öffentliches Anketten und Geldbußen als Bestrafungen durch die Kapitaleigner herausforderte (49 f.).

Eine Zwischenbemerkung: Diese Zurichtungsprozesse und zum Teil ihre Formen sind etwas, was wir in den Vereinigten Staaten, in Westeuropa und beispielsweise auch noch in der Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre beobachten können. Das erlaubt es, auch die bisherigen frühen (nach Fülberth: verfrühten) Sozialismen als Teil der einen, großen Durchsetzungsgeschichte der Arbeit zu lesen. Diese »Totalitarismus-These« ist allerdings nicht zur politischen Rechtfertigung der Demokratie formuliert, sondern als Kritik der Totalität arbeitsgesellschaftlich-demokratischer Sozialisation.

Allerdings, schreibt Eisenberg, hat die demokratische Arbeitsgesellschaft die Gefängnisse von außen nach innen, in die Psyche der Menschen verschoben. In der rohen Frühzeit wurden die Kinder in Schulen und Arbeitshäusern mit offener Gewalt zugerichtet: »Man disziplinierte ihr ganzes Verhalten und bestrafte jede noch so geringfügige Abweichung und Nachlässigkeit mit körperlichen Züchtigungen und Demütigungen. Man kolonialisierte die Köpfe, indem man sie mit funktionalem Wissen vollstopfte, und die Körper, indem man sie desexualisierte und zum Arbeitsinstrument herrichtete« (S. 52). Es dauerte mehrere Jahrhunderte, bis sich im Gleichschritt von inzwischen Maschinen gestützter Arbeit, familialer Sozialisation und Verallgemeinerung der Arbeit die »zweite Natur« des modernen Arbeitsmenschen herausbildete: Fleiß und Pünktlichkeit, Reinlichkeit und Ordnung.

Wie aber kam es, dass die Gesellschaften plötzlich aus ihrer bisherigen Gewohnheit aufgescheucht wurden und von der Naturalproduktion zum verallgemeinerten Geldvermittelten Wirtschaften übergingen? Die Entwicklung welcher Produktivkraft lag dem zu Grunde? Gar keiner, so der Aufsatz von *Robert Kurz*, sondern das Auftauchen einer Destruktivkraft, der Feuerwaffen (S. 15 ff.). Während alle bisherigen Waffen lokal und dezentral hergestellt werden konnten, sprengte die Herstellung von Gewehren und vor allem Kanonen diese Form. Der Aufbau einer besonderen, der Rüstungsindustrie begann, die Rohstoffe und Arbeiter in bisher ungekanntem Ausmaß benötigte. Parallel dazu sonderte sich die militärische Organisation von der sonstigen Gesellschaft ab, mit der die Armee bisher in Form der Bauernheere verbunden war: »Stehende Heere« wurden bereitgehalten. Der einsetzende staatliche Rüstungswettlauf heizte das Tempo der Aufrüstung, also auch der Produktion, die von der bis dato gewohnten Form der Verbrauchsgüterherstellung abgesondert war, weiter an. Eine neue Disziplin der Arbeiter und Soldaten (siehe Eisenberg) war notwendig. Nicht allein in der Rüstung, denn um die Geldsummen zusammenzubekommen, die die Staaten benötigten, pressten sie einerseits die Bevölkerung steuerlich wie die sprichwörtliche Zitrone aus (2000 Prozent Erhöhung der Geldsteuern zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert) und stiegen andererseits über neu gegründete Manufakturen selbst in die Produktion für einen großen, anonymen Markt ein. Auf dieser materiellen Grundlage verbanden sich protestantisch-calvinistisches Arbeitsethos (vgl. Max Weber), neue Entdeckungen und Erfindungen und politisch-ökonomischer Prozess zum unaufhaltsamen Aufstieg des Kapitalismus.

Neben diesen beiden Aufsätzen attackieren die Autoren die Arbeitsgesellschaft mit weiteren Texten: So besprechen *Massip/Lohoff* informativ aktuelle Entwicklungen von Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, *Norbert Trenkle* setzt sich mit der politischen Ökonomie des Billiglohns auseinander, und *Karl-Heinz Wedel* zeigt, wie sich in der aktuellen Bildungsdiskussion das Menschenbild durchsetzt, jeder habe sich als »Unternehmer seines Arbeitsvermögens« zu verstehen und zu verhalten (153 ff.). Weniger überzeugend ist der Aufsatz von *Gerd Bedszent* über die Arbeitskultur in der DDR, denn es wird nicht hinreichend deutlich, was die Grundlage für den überraschend einfachen Übergang von den Arbeitsformen der DDR zu denen der Bundesrepublik bildete.

Fazit: Eine bemerkenswerte Feierabendlektüre.●

Frank-Otto Pirschel

Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit, Hamburg 1999 (konkret literatur Verlag), 256 Seiten, 32 DM

Aus:
ak – analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 432 / 18.11.1999

Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht

Der Politikwissenschaftler Johano Strasser plädiert für Gelassenheit und erinnert an den alten Menschheitstraum, weniger arbeiten zu müssen. Wie konkrete Reformen zur Neuverteilung der Arbeit aussehen könnten und was bisher an Vorschlägen auf dem Tisch liegt, ist in diesem Essay sehr gut zusammengefasst.

Wenn von der Zukunft der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft die Rede ist, geht es um viel mehr als um Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Der Politikwissenschaftler Johano Strasser sieht in seiner Analyse das gesamte Institutionensystem der Demokratie und des Sozialstaats betroffen, die einst um die Arbeitsgesellschaft herum errichtet und auf sie zugeschnitten wurden. Aber auch die sinnstiftende Funktion von Arbeit als »entscheidende Dimension menschlichen Daseins«, als »fundamentale Funktion der Existenz des Menschen« (Enzyklika Laborem exercens, 1981) gilt es hier zu berücksichtigen.

Zunächst beschäftigt sich Strasser mit den bisher unterbreiteten Vorschlägen von Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten, wie der Arbeitslosigkeit beizukommen sei. Der Autor vertritt zu Recht die Auffassung, das die oft favorisierte Strategie der Wachstumsförderung das Problem nicht lösen kann, da heute wirtschaftliches Wachstums und Rationalisierung in der Regel Hand in Hand gehen. Von 1970 bis 1995 stieg das BSP um 63 Prozent pro Kopf der Bevölkerung, gleichzeitig sank die nachgefragte Arbeitsmenge um ein Fünftel, weil sich die Arbeitsproduktivität im selben Zeitraum mehr als verdoppelte. Auch die vielfach beschworene Steigerung im Dienstleistungssektor wird seiner Ansicht nach geringer ausfallen als vielfach angenommen, weil die Konsumenten immer mehr von passiven Käufern zu Mitproduzenten von Waren und Dienstleistungen werden.

Strasser kommt zu dem Schluss, dass es Erwerbsarbeit für alle nur geben kann, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeiten gelingt und diese sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert ist. Einer Verkürzung der Normalarbeitszeit gibt Strasser jedenfalls den Vorrang vor einem Ausbau des »Dritten Sektors« der gemeinnützigen Tätigkeiten. Die Folge wäre, dass die »Erwerbsarbeit allmählich an existentieller und lebensprägender Bedeutung für die Menschen verliert« (S. 57). Dem Autor schwebt vor, die Erwerbsarbeit und die Nichterwerbsarbeit gerecht zu verteilen. Männer und Frauen teilen sich die Familienarbeit partnerschaftlich und alle Bürger kümmern sich in ihrer »freien« Zeit um ihre hilfsbedürftigen Nächsten und die Belange der Gemeinschaft. Der Autor bezeichnet es als »große historische Chance, die sich am Ende der alten Arbeitsgesellschaft ergibt«, die produktiven Energien wieder in die eigenen Hände zu nehmen, sich der anonymen Zwänge der alten Arbeitsgesellschaft und der Abhängigkeit von Fremdleistung zu entziehen. Und war es nicht ein uralter Menschheitstraum, vom Joch der Arbeit befreit zu werden. Warum also jetzt in Angst und Panik geraten, wenn die Erfüllung dieses Traums ein Stück näher rücken und Konturen annehmen könnte?●

Alfred Auer

Johano Strasser: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. Zürich (u. a.): Pendo-Verl., 1999. 142 S.

Rezension aus »Pro Zukunft 2/99«
Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift Pro Zukunft vor. Die abgedruckte Rezension stammt aus der von der JBZ herausgebenen »Top Ten '99 der Zukunftsliteratur«, einer Liste von 10 ausgewählten Publikationen.

Arbeitshilfe Fundraising

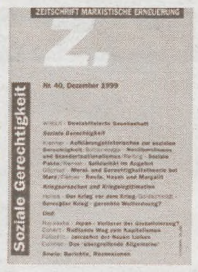
Für alle Gruppen und Initiativen, die sich trotz angespannter Finanzlage nicht entmutigen lassen, sondern nach neuen Finanzierungswegen suchen, ist die neue »Arbeitshilfe Fund Raising« gedacht. Sie gibt, nach Schlüsselbegriffen sortiert, einen Überblick über die wichtigsten Finanzierungsarten, diskutiert ihre spezifischen Vor- und Nachteile, dokumentiert Beispiele aus der Praxis und enthält zahlreiche weiterführende Tipps und Hinweise.

Die Arbeitshilfe kann keine Patentrezepte zur Geldbeschaffung bieten, wohl aber Ideen und Anregungen für ein notwendiges konzeptionelles Vorgehen. Dieses muss auf die spezifischen Bedürfnisse und Eigenheiten der jeweiligen Initiative bzw. des jeweiligen Verwendungszwekkes zugeschnitten sein. Maßanfertigung und nicht Konfektionsware ist hier angesagt.●

dp

Fundraising Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen 21, ISBN 3-928053-64-7, DM 12. Bezug: Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn,
Tel. (02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22

Soziale Gerechtigkeit



Neben Beiträgen zum Schwerpunktthema »Soziale Gerechtigkeit« enthält das Heft Nummer 40 der Vierteljahresschrift *Z.* – Zeitschrift für Marxistische Erneuerung Artikel von *Hans G. Helms* über ein Kolloquium zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in Deutschland und von *Werner Goldschmidt* über den Jugoslawien-Krieg. *Keizo Hayasaka* analysiert die Wirtschaftskrise und ihre Folgen in Japan, *Hansgeorg Conert* stellt Forschungen und Positionen russischer Sozialwissenschaftler zum sozialen Wandel Russlands im vergangenen Jahrzehnt vor. *Georg Fülberth* schreibt über »Das Jahrzehnt der Neuen Linken«, *Thomas Collmer* beschäftigt sich mit Hans Heinz Holz' »Einheit und Widerspruch«. Einleitend veröffentlicht die Zeitschrift den Aufruf des »Forum Gewerkschaften«, »Wir brauchen eine andere Politik« sowie eine Untersuchung von Dietmar Wittich zu gesellschaftlichen und politischen Wandlungen in den Wahljahren 1998 und 1999.

Herrmann Klenner eröffnet den Schwerpunktteil unter dem Titel »Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit«. Das Kardinalproblem der bürgerlichen Gesellschaft in dieser Hinsicht bestehe »in dem Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz«. Die Divergenz von formaler und materialer Gleichheit sei von explosiver Natur, da ein Gerechtigkeitskonsens gar nicht oder nur verschleiernd herstellbar sei. *Christoph Butterwegge* geht in seinem Beitrag dem Zusammenhang von »Neoliberalismus und Standortnationalismus« nach und spricht von einer deutschen »Globalisierungshysterie«, deren Ursache u. a. die Verteidigung des deutschen »Platzes an der Sonne« sei. Eher skeptisch fällt das Urteil von *Jörg Reitzig* über den Wert eines »neuen Gesellschaftsvertrages« aus. Soziale Pakte könnten kein Ersatz für die Demokratisierung des öffentlichen Raums sein, könnten allerdings Anstöße für gesellschaftliche Reformprozesse geben. *Harald Werner* analysiert die Aushöhlung des Solidaritätsbegriffs zu einem Bestandteil der sozialdemokratischen »Angebotspolitik« bei Schröder. *Dogan Göcmen* informiert über Diskussionen im angelsächsischen Raum zum Marx'schen Gerechtigkeitsbegriff. Mit den Positionen von Rawls, Hayek und Margalit zur »gerechten Gesellschaft« setzt sich *Fritz Fiehler* auseinander. Konferenzberichte und zahlreiche Rezensionen komplettieren das Heft.●

dp

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 40 (Dezember 1999), DM 18. Redaktion & Vertrieb: Z.,
Postfach 50 09 36, D-60397 Frankfurt

»Räder müssen rollen für den Sieg«

Zwangsarbeit im Dritten Reich

»Räder müssen rollen für den Sieg«, soeben im Stuttgarter Schmetterling Verlag erschienen, ist eines der wenigen Bücher, das sich umfassend mit dem Thema Zwangsarbeit im »Dritten Reich« beschäftigt. Diese aktuelle Neuerscheinung bietet einen kompakten Überblick zum Thema, resümiert die Entschädigungsdebatte nach 1945 und verbindet dies mit der anschaulichen Dokumentation der Zustände und Ereignnisse vor Ort. Mit Beiträgen von Karl Heinz Roth, Lion Feuchtwanger, Tjark Kunstreich, Alfred Hausser und anderen.●

dp

VVN/BdA, KV Esslingen (Hg), Schmetterling Verlag, 2000, ISBN 3-89657-460-4, 184 Seiten, 26,80 DM

Anzeige

Für 18 ganz schön clever...

... sind unsere beiden neuesten Bücher, wieder in bewährter AKP-Qualität zum sagenhaft niedrigen Preis von jeweils 18,– DM.

Bielefeld 1999
136 Seiten, 18,– DM
ISBN 3-9803641-2-7

Bielefeld 1999
136 Seiten, 18,– DM
ISBN 3-9803641-3-5

Hier bestellen:
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40, 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17, Fax 05 21/17 75 68
e-mail: AKP-Redaktion@t-online.de
www.gruene.de/akp-redaktion

JOBS

Großes Naturkostfachgeschäft (230qm) sucht Verstärkung!
Wir wünschen uns Fachkenntnis, längerfristige Perspektive, Teamfähigkeit und hohe Belastbarkeit.
Schriftliche Bewerbungen an:
Abraxas Naturkost, Friedrichstr. 35, D-67433 Neustadt/Weinstr.

PROJEKTE

Im Wendland (LK Lüchow-Dannenberg) ist auf einer Hofstelle mit vielen Nebengebäuden Garten u. 1 ha Acker Platz frei für unternehmungs-Lustige Menschen. Wohn oder Hausgemeinschaft.
☎ (0 58 64) 80 22

Wir suchen Menschen für die Neugründung einer Landkommune mit Bio-Landbau und Verbindung zu Stadtprojekt in Bremen (ggf. ABM-Stelle möglich).
☎ (04 21) 70 66 16 oder 7 68 40

Miteinsteiger für die Übernahme eines Projektes in Süddeutschland gesucht: Tagunghaus, Fischzucht, Schreinerei, bestehende Betriebe, faszinierendes Anwesen.
Chiffre: Lehutu

SONSTIGES

TeilnehmerInnen für internationale Jugendbegnungsmaßnahmen in Afrika, Nahost, Asien und Lateinamerika gesucht!
Der Service Civil International e.V. (SCI) ist eine internationale Freiwilligenorganisation und vermittelt jährlich Jugendliche und Erwachsene in 600 internationale Workcamps auf der ganzen Welt.
Aufforstungsarbeiten in Panama, Mitarbeit in einem Jugendzentrum in Paraguay, Renovierung von Schulen in Simbabwe, Hilfe beim Schulunterricht in Togo, Unterstützung einer Spenden-Sammel-Fahrradtour auf Mauritius oder Friedenarbeit in Sri Lanka: In über 20 Ländern Afrikas, des Nahenostens, Asiens und Lateinamerikas können engagierte junge Menschen ab 21 in zwei- bis vierwöchigen Workcamps Eindrücke und Erfahrungen in enger Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung sammeln.
Die Vorbereitungsseminare finden im April 2000 statt.
Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen für die Vorbereitungsseminare sind erhältlich bei:
Service Civil International, Blücherstr. 14, D-53115 Bonn
☎ (02 28) 21 20 86, Fax 26 42 34
E-Mail: aal@sci-d.de
http://www.sci-de.de

JOBSUCHE

Ich (25J.) suche ab 2.2000 bzw. 8.2000 Ausbildungsplatz zur Landwirtin (3 Lj.) auf Bio-Betrieb mit u.a. Milchvieh. Gerne vielfältige Hofgemeinschaft mit offenen, interessierten Menschen.
Erfahrungen in der Geflügel- u. Büllenmast, mit Milchvieh u. im Ackerbau.
Auf Eure Antwort freut sich Heike Lorenz, Schillerstr. 2, D-55262 Heidesheim

VERKAUF

Versandantiquariat sucht KäuferIn: Literatur, Gesellschaftswiss., Geschichte, Politik u.v.m.. Ca. 80.000 Bücher. Nur komplett gegen Gebot.
Chiffre: Klappe!Text

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr u.a. zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Zusätzlich gibt es seit August 1999 die Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommune

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

224 Seiten
10. Jahrgang, Nr. 40, Dezember 1999
Wittich – Destabilisierte Gesellschaft: Gesellschaftsveränderungen 98/99
Soziale Gerechtigkeit
Klenner – Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit / Butterwegge – Neoliberalismus und Standortnationalismus / Reitzig – Soziale Pakte und soziale Ungleichheit / Werner – Wertewandel in der Sozialdemokratie / Göçmen – Moral und Gerechtigkeit bei Marx / Fiehler – Rawls, Hayek und Margalit
Kriegsursachen und Kriegslegitimation
Helms – Der Krieg vor dem Krieg (1938/39) / Goldschmidt – Balkan-Krieg: Gerechter Krieg für eine gerechte Weltordnung?
Und: Hayasaka – Japan - Verlierer der Globalisierung? / Conert – Rußlands Weg zum Kapitalismus / Fülberth – Das Jahrzehnt der Neuen Linken / Collmer – Das 'übergreifende Allgemeine' - zu H. H. Holz
Berichte: Balkan-Krieg / Wirtschaft in Ostdeutschland / E. W. Iljenkow-Symposium **Rezensionen:** Sozialstaatsdemontage, Armut und Reichtum, Gesellschaftstheorie (Bourdieu; Deppe), deutsche Geschichte
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M., Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

INFOLINKS
DIE ARCHIV CD-ROM (1995 BIS APRIL 1999)

Infos unter: www.infolinks.de

Recherchieren in den Texten von neun Publikationen (über 40.000 Artikel):

ak – analyse & kritik
Geheim
Bürgerrechte & Polizei / CILIP
Antifaschistische Nachrichten
POONAL
Lateinamerika Nachrichten
Links (bis Feburar 97)
junge Welt (ab 22.5.97)
ila – Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika (1996)

Systemvoraussetzungen: Windows ab 3.1, NT ab 3.51, min. 8 MB RAM, CD-Laufwerk

Preis: 99 DM (49 DM als AbonnentIn einer der obigen Publikationen / bitte Abo-Nr. und Publikation angeben). Preis incl. MwSt., zzgl. 5 DM Porto / Verpackung). Bestellung per Vorkasse (104,– DM bzw. 54,– DM per Scheck / bar) bei:
Info Pool Network, Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, Tel. 030/53602222

Männerrundbrief Nr. 13
Inhalt u.a.: Kosovo/a- Krieg, Interview mit Bob Connell, Geschlecht und Männlichkeit, Genitale Korrekturen an intersexuellen Menschen

Männerrundbrief
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
MaennerRB@aol.com
Fax: 040-3603 351 307

iz3w
Kuhhandel des Jahrtausends?
iz3w-Sonderheft zur »millennium round« der WTO
Themen unter anderem:
- Weltmarkt & Freihandel
- Patentierte Gene
- Internationaler Agrarhandel
- Dienstleistungen

52 Seiten, DM 6,- *Bestellung bei:*
iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (07 61) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org · Internet: www.iz3w.org

ÖKOSTADT
Eine Vision, die Realität werden soll: ökologisch bewußtes, sozial gerechtes städtisches Leben.
Grundsätzliches, Konkretes und Aktuelles dazu alle zwei Monate in den *ÖKOSTADT* Nachrichten.
Kostenloses Probeheft:
ÖKOSTADT
Danziger Straße 219
10407 Berlin
Tel. 423 59 53
Fax 423 56 87

ARNie INFO EXPRESS
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

- ★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
- ★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen sowie Texte anderer regionaler Gruppen
- ★ mit großer regionaler Presse-Schau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
- ★ jetzt mit "Kurz & Bündig"
- ★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
- ★ erscheint zum 15. jeden Monats

ARNie gibt es:
❒ für 4,- DM pro Ausgabe
❒ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❒ Soli-Abo für 60,-/??,- DM / 10 Ausg.
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1126,
69401 Eberbach

express
Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

- ★ Nachrichten vom 'Waren-Leben im Valschen' im Betriebsspiegel
- ★ Industrial Relations in Theorie und Praxis
- ★ Debatten zur Politik der Ökonomie
- ★ und das 10 mal im Jahr

❍ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
❍ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse)

Name
Straße
Ort

AFP
PF 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel. 069 / 88 50 06, Fax 82 11 16

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

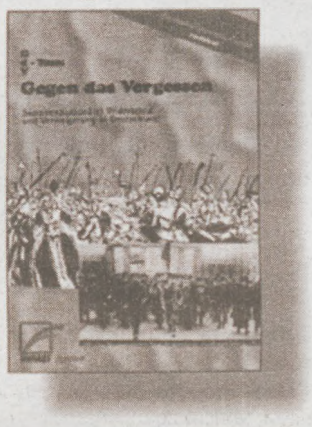
SCHNIPSEL

Praktische Solidarität mit Cuba!
Mit Eurer Spende ermöglicht Ihr den Kauf dringend benötigter Werkzeuge, Ersatzteile und Maschinen für Ernährung, Bildung, Gesundheit und Hygiene.
Taller de la solidaridad
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon (0 61 51) 6 40 66
Telefax (0 61 51) 6 40 66
E-mail: Taller@link-f.frankfurt.org
Spendenkonto:
Postbank Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60
Kto 48 78 02 - 603
Wir unterstützen zum Beispiel die Textilfabrik WERNER LAMBERZ und den Konfektionsbetrieb TRICANA mit regelmäßigen Lieferungen von Ersatzteilen, Nadeln und Werkzeug für die Strick- und Nähmaschinen aus der DDR, mit denen vor allem Baby- und Kinderkleidung für den heimischen Markt hergestellt wird. Devisen für den Kauf von Ersatzteilen und neuen Maschinen sind in Cuba rar, die Preise dafür sind – blockadebedingt – extrem überteuert. Mit Eurer Hilfe können wir weiter zur Sicherung der Produktion und zum Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den beiden Betrieben beitragen!

edition krisis: beiträge zur kritik der warengesellschaft
Krisis 23: Krise der Politik - Politik der Krise
ca. 180 Seiten, Broschur,
DM 20 / öS 147 / sFr 19.50
ISBN 3-89502-101-6
Januar 2000
Aus dem Inhalt:
Franz Schandl: Das Phänomen Haider – Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
Gerhard Scheit: Demokratischer Rassismus und Outsourcing des Staates Zum Verhältnis von Nation und Bande
Ernst Lohoff: Das neue Simulationsmodell Die sozialdemokratische Rückkehr zur Politik in Form der Notstandsverwaltung
Robert Bösch: Über eine Theorie des Mangels Zur Psychoanalyse von Jacques Lacan (Teil 2)
Rezensionen · Kommentare · Glossen
Horlemann Verlag · Postfach 1307 · 53583 Bad Honnef
Fax 02224-5429 · e-mail: horlemann@aol.com

Anti-Militarismus+Feminismus+Wirtschaft&Soziales
Es gibt gute Argumente
www.akweb.de
für ein *ak*-Abo
3 x ak für 10 DM*
*verlängert sich automatisch zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
Unsere Abo-Preise:
60 - 90 - 150 DM
Sozial - Normal - Förder - Preis
für ein Jahresabo
ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Rombergstr.10, 20255 HH, t: 040-40170174, f: - 40170175, ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
Linke Debatte+Anti-Rassismus+Kultur
Anti-AKW-Bewegung+Anti-Faschismus
Geschichte+Anti-Nationalismus+Internationalismus

Gegen das Vergessen



Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland
Die bekannte Geschichtsserie aus der **radikal** neu hrsg. und bearbeitet
WiederverkäuferInnen erhalten selbstverständlich die üblichen Rabatte:
ab 5 Ex. 30 %, ab 50 Ex. 35 %, ab 100 Ex. 40 %

Gegen das Vergessen erschien von Ende der 80er bis Mitte der 90erJahre als 11-teilige Geschichtsserie in der linksradikalen Zeitschrift radikal, um den historischen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse umfassend darzustellen und ihn so vor dem Vergessen zu bewahren. Immer wieder suchen die AutorInnen dabei den Bezug der historischen Ereignisse zur aktuellen politischen Situation der 80er und 90er Jahre.
330 Seiten, 29,80 DM, ISBN 3-89771-950-9
In jedem Buch- und Infoladen, oder bei uns:
***UNRAST* Verlag**
Postfach 8020 – 48043 Münster
Tel (0251) 666293 — Fax 666120

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎ Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10777 Berlin, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; **Regionalentwicklung und Landwirtschaft:** 28201 Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **Information & Kommunikation,** 45549 Sprockhövel, Karl Dietz, Zechenstr. 40, E-Mail: dietz@koma.free.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 4.-6.2.2000

Los geht's:
Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen
Auch an Pfingsten 2000 (8.-12.6.) lädt die Kommune Niederkaufungen wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 300 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.

When I'm 64 ...
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden verglichen: die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema Altersvorsorge, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 24.-26.3.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

SOZIALPOLITIK

Soziale Arbeit hat Zukunft
Realitäten zwischen Politik und Kapital
Die »Krise des Sozialen« ist derzeit in aller Munde. Sie ist keine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen Globalisierung, sondern Folge der neoliberalen Wirtschafts-und Standortpolitik. In nächster Zukunft wird es weder möglich sein, den nationalen Wohlfahrtsstaat in seiner herkömmlichen Form zu konservieren, noch wird eine internationale Absicherung tatsächlich gerechter Sozialpolitik zu erreichen sein.
Sozialpolitik und soziale Arbeit, die sich dem Globalisierungsprozess nicht ohnmächtig gegenüber sehen, können notwendige wohlfahrtsstaatliche Arrangements nur mit einer Doppelstrategie der Europäisierung und gleichzeitiger Dezentralisierung / Kommunalisierung von nationalstaatlichen Beschränkungen befreien. Dazu muss Sozialpolitik in die Offensive gehen, um gegenüber global wirtschaftendem Kapital verlorenes Terrain zurückzugewinnen.
Auf dieser Arbeitskonferenz der Zeitschrift SOZIAL EXTRA am 17./18.3.2000 in Potsdam sollen Analyse und Kritik aktueller Sozialpolitik in Deutschland einhergehen mit dem Versuch, Antworten auf die neuen Fragen sozialer Arbeit zu skizzieren.
Information & Anmeldung:
Sozial Extra Verlag, Bärenstr. 6, D-65183 Wiesbaden
Fax (06 11) 37 91 81
E-Mail: konferenz@sozialextra.de
www.sozialextra.de

Stadtteilorganisation
Um Möglichkeiten und Chancen, Grenzen und Schwierigkeiten von Quartiersmanagement und Stadtteilorganisation geht es bei einer Tagung, die die Stiftung MITARBEIT, der »Arbeitskreis Integriertes Wohnen e.V.« und die »VHS Leipzig« am 11.2.2000 in Leipzig durchführen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die BewohnerInnen eher benachteiligter Wohnquartiere stärker im Gemeinwesen beteiligt werden können.
Information & Programm:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
http://www.mitarbeit.de

Fundraising
»Wenig Geld« und knapper werdende öffentliche Mittel stellen zunehmend mehr Initiativen und Projekte vor Schwierigkeiten. Private Drittmittelfinanzierung wird daher für soziale, kulturelle, politische Vorhaben immer wichtiger. Fundraising verspricht Abhilfe.
Ein Informations- und Trainingsseminar vom 25.-27.2.2000 in Berlin will Grundlagen zum Thema Spenden/Sponsoring vermitteln und Verlauf und Ergebnis von Fundraisingaktivitäten diskutieren. Zielsetzung ist es, zu einer realistischen Einschätzung bestehender Möglichkeiten zu gelangen, Chancen und Risiken der verschiedenen Verfahren auszuloten.
Nähere Informationen sie oben.

GESUNDHEITSTAG 2000

Die Zukunft mitgestalten
In Berlin fand 1980 der 1. bundesweite Gesundheitstag statt. Vom 31. Mai bis 4. Juni 2000 soll nun wieder ein Gesundheitstag in Berlin seine Arbeit aufnehmen. Die folgenden Punkte aus dem Aufruf zum Gesundheitstag skizzieren die bisher vorhandenen Themenbereiche, die auf Veranstaltungen zum Gesundheitstag 2000 berarbeitet werden könnten:

- **Kommunikation und Kooperation** – schmucke Worte für Sonntagsreden? Hausarzt, Facharzt, Kliniken, Sozialstationen, Selbsthilfegruppen, Psychologen: Jeder arbeitet isoliert vor sich hin. Welche Netzwerke und Kooperationsformen taugen für die Zukunft?
- **Krankenkassen** – Bürokratische Kolosse ohne Innovation und Vision. Wie müssen die Kassen der Zukunft aussehen?
- **Fortschritt der Medizin** – Albtraum oder Hoffnung? Gentechnik, Klonung, künstliche Befruchtung, Transplations- und Intensivmedizin, Telemedizin und Gläserner Patient: Was wollen, dürfen, müssen wir tun?
- **Pflege im Wandel** – Entwickelt sich die Pflege zur neuen Heilkunst? Wie können »cure&care« gleichermaßen zur Geltung kommen?
- **Patienten und Ärzte** – Gegner oder Partner? Rechte, Wissen und Verantwortung in einer problematischen Beziehung.
- **Prävention** – Hilfe für ein gesundes Leben: Schule, Fernsehen und was noch?
- **Mensch, Arbeit und Umwelt** – Gesundheitskultur und Lebensräume im 21. Jahrhundert
- **Alternative Medizin und Esoterik** – Ernst zu nehmendes Angebot oder Spielwiese für Abzocker?
- **Gesundheitspolitik und Gesellschaft** – Markt, Staat oder was?
- **Wissenschaftstheorien und Menschenbilder** – Paradigmenwechsel in der Medizin? Was leisten Pflege- und Gesundheitswissenschaften?

Wie sollen Leben und Arbeiten, Gesundsein und Kranksein in Zukunft aussehen? Welche Modelle schlagt ihr vor? An welchen Konzepten arbeitet ihr? Wie kommen wir aus der jetzigen Krise? Welche Maßnahmen sind nötig? Wie kann alles besser werden?
Zukunft – hat das was mit uns zu tun? Schickt uns eure Visionen und Beiträge für Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen und Projekte!
Kontakt:
Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, D-12159 Berlin
☎(0 30) 85 99 97 79, Fax 85 99 97 78
E-Mail: info@gesundheitstag.de
http://www.gesundheitstag.de

NEUE ARBEIT

KÖLN

Samstag 29. Januar
11 Uhr bis 18 Uhr
Tagesseminar
Marktwirtschaft 2000 – die eskalierende Ausgrenzungsgesellschaft
Risiken und Gegenstrategien
mit Ernst Lohoff und Heinz Weinhausen.
Was beschert uns die Marktwirtschaft im kommenden Jahrtausend? Wohlstand für alle oder die Ein-Fünftel-Gesellschaft, die den Rest ausgrenzt? Ernst Lohoff legt dar, warum gerade der technologisch hochgerüstete Kapitalismus entgegen seinen Verheißungen die Gesellschaft in massenhafte Armut und Verrohung treibt. Marktwirtschaft 2000 bedeutet: Statt boomender Wirtschaft Fabrikruinen, statt regulierendem Staat dessen Auflösung, statt Demokratie soziale Apartheidsgesellschaft.
Gegenstrategien sind nur entgegen der Logik der Warengesellschaft denkbar. Ressourcen nicht für den Markt, sondern für alle, heißt hier die Perspektive. Wenn Menschen Häuser, Land, Gebäude, Produktionsmittel, Kommunikationstechnologie usw. gemeinsam besitzen, sie sich technisches und soziales Knowhow aneignen, sie sich selbst organisieren und vernetzen, ist die Existenzsicherung und ein gutes Leben ganz anders möglich. Heinz Weinhausen stellt Umrisse, Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten einer solchen Aneignungsbewegung vor.
Ernst Lohoff, Publizist, Redakteur der Zeitschrift Krisis, Autor des Buches »Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg – Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung«, Nürnberg.
Heinz Weinhausen, Mitarbeiter des INA und des KRISIS-Kreis-Köln.
Kostenbeitrag: 30 DM inkl. Verpflegung.
Anmeldung erbeten bis 15.Jan. unter Tel. (02 21) 640 52 45 oder Fax 640 31 98. Übernachtung? Wir sind behilflich.
Information: Institut für Theorie und Praxis der Neuen Arbeit e.V., Düsseldorfer Str 74, D-51063 Köln

ANARCHISMUS

Seit 1932 organisieren holländische AnarchistInnen jedes Jahr über Pfingsten ein 'nationales' Treffen. Seit 1936 finden diese auf dem 'antimilitaristischen, freisozialistischen, alkohol- und drogenfreien Zeltplatz »Tot Vrijheidsbezinning«' in Appelscha, Friesland, statt. Über die Jahre hinweg haben sich diese »Pinksterlanddagen« (PL) sich zu einer für Holland unentbehrlichen Tradition entwikkelt, vergleichbar etwa, mit dem Londoner »Anarchist Bookfair«. AktivistInnen und AnarchistInnen allerart können sich dort treffen, miteinander dikutieren, sich mit Kultur befassen, rumhängen, Fußball spielen, usw. usf. Die Vorbereitungsgruppe hat sich für 2000 als Ziel gesetzt, dass das inhaltliche Programm – Diskussionsgruppen, AG's, usw. – einen stärkeren Zusammenhang aufzeigen soll als in den letzten Jahren. Dazu werden (u.a.) auch deutsche Gruppen zu den »Pinksterlanddagen« eingeladen:

Zukunftwerkstatt Appelscha
Wie weiter mit dem Anarchismus??
.... ist der Arbeitstitel der 64. anarchistischen 'Pinksterlanddagen' in Appelscha, Friesland. Unter dieser Fahne hofft die Vorbereitungsgruppe am Wochenende des 9. bis 11. Juni 2000 wiederum etwa 500 AnarchistInnen, AktivistInnen und sontiges unruhiges Gesindel – zuminstest zeitweilig –zusammenzubringen.
Wie der Arbeitstitel schon vermuten lässt, haben wir die Weichen auf eine wohl ambitiöse PL gesetzt. Denn »Zukunftwerkstatt Appelscha« ist mehr als hohles Geschrei, mehr auch als ein unbestimmter Rahmen, in dem über alles und jenes diskutiert werden kann. »Zukunftwerkstatt Appelscha« ist Plan und Struktur. Sie soll bewirken, dass Diskussionen und AGs sich in mehr oder weniger organisierter Weise den Zeichen der Zukunft stellen werden.
Informationen:
Toekomstwerkplaats Appelscha, p/a postbus 1338, NL-3500 BH Utrecht
E-Mail: toekomstwerkplaats@hotmail.com
http://www.antenna.nl/~bn/pl

BUKO

Strategien internationalistischer Politik und die EXPO 2000
Auf diesem Seminar soll aufbauend auf eine Auswertung der bisherigen Aktivitäten des BUKO und der Internationalismus-Bewegung über weitergehende Strategien beraten werden. Hierbei soll unter anderem diskutiert werden, wie internationalistische Standpunkte in die Disussionen um die EXPO 2000 eingebracht werden können und welche konkreten Aktionsfelder sich dazu anbieten. Bezug genommen werden soll dabei auf die vom BUKO angedachte Veranstaltungsreihe – BUKOMOBIL – und die anderen derzeit im Umfeld der ANTI-EXPO-Planungen entwickelten Ideen. Um diese Diskussionen einzuleiten wird anfangs eine kritische Betrachtung der Anti-EXPO-Aktivitäten und vergleichbarer Kampagnen vorgenommen. Ebenfalls mit einbezogen werden zudem Ansätze, die die Debatten um die EXPO 2000 in einen umfassenden Kontext einordnen und auf eine Reorganisierung der Linken und eine Wiederbelebung der Internationalismus-Bewegung abzielen. Mit diesen perspektivisch orientierten Blickwinkeln sollen verschiedene Aspekte des BUKO 22 (s. CONTRASTE Nr. 182) aufgegriffen und die Diskussionen um »Gegenmacht von unten« fortgesetzt werden.
Termin: 18.-20.2.2000 in Bremen
Nähere Infos: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
E-Mail: bukohh@t-online.de
www.epo.de/buko/index.htm

FRAUEN

Frauen übernehmen Betriebe
Frauen, die sich mit dem Gedanken tragen, einen Betrieb zu übernehmen, erhalten künftig Unterstützung beim Verein »Frau und Arbeit e.V.«. Am 25.1.2000 um 19 uhr findet hierzu die erste Informationsveranstaltung statt. Im Rahmen eines Modellprojekts, das von der Europäischen Union und der Hamburger Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales gefördert wird, werden potentielle Betriebsübernehmerinnen gesucht. Sie können in Workshops und Einzelgesprächen herausfinden, ob eine Betriebsübernahme für Sie infrage kommt. Geeigneten Teilnehmerinnen wird dann eine prozessorientierte Begleitung und Betreuung in kleinen Gruppen bis Ende 2001 angeboten.
Interessentinnen wenden sich an Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

Neues Seminarprogramm erschienen
»Nur der Wandel ist beständig.« Unter diesem Motto erschien das neue Seminarprogramm für das Jahr 2000 von »Frau und Arbeit e.V.«.
Gewandelt hat sich einiges: Neue Seminarangebote zu Themen rund um den Beruf wie z.B. »Den Erfolg planen« oder »Berufliche Planung und Bewerbung mit 50+«, ergänzen das Programm. Das letzte Seminar will Frauen über 50 Jahre ermutigen, sich offensiv im Arbeitsmarkt zu behaupten. Ziel dieses Seminars ist es, die besonderen Fähigkeiten, wie lange Berufserfahrung und viel Lebenserfahrung, zu analysieren und gezielt in Bewerbungen einzusetzen.
Neu ist auch eine langfristig angelegte, berufsbegleitende Fortbildung für Beraterinnen und Seminarleiterinnen, die in den Bereichen Berufsorientierung oder Existenzgründung tätig sind und ihre Kompetenzen ausbauen möchten.
Der Verein, der sich die Stärkung der beruflichen Identität von Frauen zum Ziel gesetzt hat, ist im Besitz des Siegels »geprüfte Weiterbildungseinrichtung« und wird in 2000 15 Jahre alt.
Infos siehe unter
Frau und Arbeit oben

RADIKAL REISEN

2000 Jahre Christentum
– Verhältnis von Staat und Religion am Beispiel der Türkei
Das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist thematischer Schwerpunkt. Neben einem historischen Abriss des Säkularisierungsprozesses wollen wir uns mit dem gegenwärtigen Umgang der Republik mit dem Islam und anderen Religionsgruppen beschäftigen. Die Rolle des Militärs als sogenannter Hüter der laizistischen Verfassung soll hinterfragt, zivilgesellschaftlicher Alternativen – auch im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland – erörtert werden.
Termin: August, Türkei – Istanbul/Ankara

Peru: Neoliberalismus
Politikwissenschaftler sind sich einig: Peru ist einer der lateinamerikanischen Staaten, dessen sogenannte »Demokratie« derzeit wohl am meisten, nämlich bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wird. Im Zuge einer radikalen, neoliberalen Umstrukturierung der Wirtschaft werden nach und nach sämtliche Staatsbetriebe an ausländische Privatinvestoren vertickt; die harten Auflagen von IWF und Weltbank werden von dem populistischen Präsidenten Alberto Fujimoro geschickt instrumentalisiert, um als »Sachzwänge« von der kontunuierlichen Unterhöhlung der Menschenrechte abzulenken. Die »Politik der harten Hand« fand besonders zu Beginn seiner ersten Amtszeit großen Zuspruch, denn wie in vielen Ländern Lateinamerikas glauben auch die meisten PerunanerInnen, dass die drängenste Not zunächst nur unter den Bedingungen einer »Demokratur« bekämpft werden kann. Da dieser Irrtum nur langsam aufzufliegen droht und nächstes Jahr Wahlen in Peru anstehen, muss der Präsident sich die notwendige Legitimation durch medienwirksame Auftritte (Motto: Gut-Ding-will-Weile-haben) sichern. Trotz Verstoßes gegen die Verfassung – in der maximal zwei Amtszeiten vorgesehen sind – tritt Fujimori noch einmal an...
Peru kennenzulernen ist für alle die interessant, die einen autoritären Staat mit einer demokratischen Fassade kennenlernen wollen. Natürlich ist das Land vor allem auch wegen seiner Menschen, der rauhen Natur, der Kultur, Musik, des essens und des Bieres wegen eine Reise wert! Natürlich werden wir versuchen, Kontakte zu politischen Gruppen vor Ort herzustellen, u.a. mit einer Gruppe in Huaraz (Andines Hochland).
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

SONSTIGES

Öffentlichkeitsarbeit
Wie andere Verbände und gemeinnützige Organisationen brauchen auch Initiativen, Projekte oder kleine Non-Profit-Organisationen für ihre tägliche Arbeit Öffentlichkeit.
Das Seminar der Stiftung MITARBEIT vom 26.-28.1.2000 in Bad Berkesa bei Bremerhaven soll die Möglichkeit bieten, grundsätzliche Fragen der Öffentlichkeitsarbeit in der Mediengesellschaft zu diskutieren. Auf dieser Basis sollen an Beispielen aus der eigenen Praxis Methoden der Öffentlichkeitsarbeit kennengelernt und erprobt werden. Wie lässt sich mit einem kleinem Budget die eigene Öffentlichkeitsarbeit optimieren? Welche Medien bieten welche Möglichkeiten der Präsentation und Information? Wie lässt sich die eigene Arbeit so darstellen, dass öffentlich wird, was von öffentlichen Interesse sein soll?
Information & Programm:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
http://www.mitarbeit.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehen-

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg